



# Plenarprotokoll

## 16. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 16. November 2000

<b>Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein .....</b>	1155	schuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung .....	1170
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 15/278		<b>Gemeinsame Beratung .....</b>	1170
Antwort der Landesregierung Drucksache 15/493		<b>a) Förderung der Gentechnik.....</b>	1170
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	1155	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/386	
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	1158	<b>b) Technikfolgenabschätzung (TA) und     Gentechnologie.....</b>	1170
Thomas Rother [SPD] .....	1161	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1163	Drucksache 15/523	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1165	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/534	
Anke Spoorendonk [SSW].....	1168		
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsaus-			

Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	1170	<b>Gender Mainstreaming - Chancengleichheit für Frauen und Männer</b> .....	1199
Jürgen Weber [SPD] .....	1172		
Brita Schmitz-Hübsch [CDU] .....	1174		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1177	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Lars Harms [SSW] .....	1178	Drucksache 15/521 (neu)	
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	1181	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	1182	Drucksache 15/537	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss.....	1183	Jutta Schümann [SPD].....	1199
		Caroline Schwarz [CDU] .....	1201
		Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	1203
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1206
		Silke Hinrichsen [SSW] .....	1208
		Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie .....	1211
		Ursula Sassen [CDU] .....	1213
<b>Erhalt der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer</b> .....	1184	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	1214
Antrag der Fraktion der F.D.P.			
Drucksache 15/387		<b>Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge</b> .....	1214
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1184, 1189	Antrag der Fraktion der F.D.P.	
Maren Kruse [SPD].....	1185	Drucksache 15/469	
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	1186	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] .....	1214
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1187	Wolfgang Baasch [SPD] .....	1215
Lars Harms [SSW] .....	1188	Manfred Ritzek [CDU].....	1217
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus .....	1190	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1218
Beschluss: Ablehnung.....	1191	Silke Hinrichsen [SSW] .....	1219
		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	1220
<b>Gemeinsame Beratung</b> .....	1192	Beschluss: Ablehnung.....	1222
a) <b>Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKWs</b>		<b>Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen</b> .....	1222
Antrag der Fraktion der CDU		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 15/462		Drucksache 15/516	
b) <b>Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKWs</b>		Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Antrag der Fraktion der F.D.P.		Drucksache 15/535	
Drucksache 15/466		Helmut Jacobs [SPD] .....	1222
Uwe Eichelberg [CDU] .....	1192, 1199	Frauke Tengler [CDU] .....	1223
Bernd Schröder [SPD].....	1193	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] .....	1224
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] .....	1194	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1225
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1195	Lars Harms [SSW] .....	1227
Lars Harms [SSW] .....	1197	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	1228
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	1197	Jürgen Feddersen [CDU] .....	1229
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss .....	1199		

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1230
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/516 .....	1230
<b>Stärkung und Stabilisierung des Wirt- schaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein.....</b>	1230
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/517	
Dr. Heiner Garg [F.D.P.] .....	1230
Bernd Schröder [SPD] .....	1232
Martin Kayenburg [CDU] .....	1233
Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1234
Silke Hinrichsen [SSW] .....	1235
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	1236
Roswitha Strauß [CDU] .....	1237
Klaus-Peter Puls [SPD] .....	1237
Beschluss: Annahme .....	1238
Rainer Wiegard [CDU], persönliche Bemerkung.....	1238

\* \* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
FamilieUte Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und  
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und VerkehrIngrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,  
Landesplanung, Landwirtschaft und TourismusHeide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

\* \* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr****Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kol-  
leginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und  
möchte Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Dr. Happach-  
Kasan, Frau Redmann und Herr Steincke. Wir wün-  
schen ihnen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besucher-  
gruppen der Klaus-Harms-Schule Kappeln und der  
Realschule Meldorf. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in  
Schleswig-Holstein**Große Anfrage der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/278Antwort der Landesregierung  
Drucksache 15/493

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist  
nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich Frau  
Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
Herren Abgeordneten! Das Zentrum für innere Füh-  
rung der Bundeswehr in Koblenz hat vor kurzem er-  
mittelt, dass in unserer Armee zurzeit Soldaten aus 82  
unterschiedlichen Herkunftsländern Dienst tun. Die  
deutsche Armee, eine wichtige Institution in unserem  
Staat, spiegelt damit die gesellschaftliche Realität in  
Deutschland wider und - in Anführungszeichen -  
**Ausländer** verteidigen Deutschland. **Deutsche**, die in  
Deutschland geboren sind, und Deutsche, die im Aus-  
land geboren sind, leben und arbeiten zusammen. Sie  
fühlen sich für unsere **Gesellschaft** verantwortlich,  
übernehmen Verantwortung und sind bereit, auch ihr  
Leben zu geben, um die Freiheit dieses Landes zu  
verteidigen. Für kommende Generationen wird das  
hoffentlich immer selbstverständlicher werden. Heute  
müssen wir darauf noch ausdrücklich hinweisen.

Der **Zentralrat der Juden** in Deutschland feiert in  
diesem Jahr sein 50. Gründungsjubiläum. Für alle  
Deutschen ist das ein besonderes Jubiläum, setzte  
diese Gründung doch ein wichtiges Signal zum Blei-  
ben und zur Rückkehr nach Deutschland für viele

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Menschen jüdischen Glaubens. In den vergangenen 50 Jahren hat der Zentralrat ganz entscheidend dazu beigetragen, eine stabile Demokratie, eine offene Gesellschaft aufzubauen, in der auch kritisch diskutiert werden kann.

Vor einer Woche, dem Jahrestag des nationalsozialistischen Pogroms von 1938, fand in Berlin die größte **Demonstration gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit** seit 1992 statt. Es war beeindruckend mitzuerleben, wie weit über 200.000 Menschen unter dem Motto „Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz“ in der Hauptstadt auf die Straße gegangen sind. Überall in Deutschland, auch außerhalb Berlins, haben engagierte Bürgerinnen und Bürger an diesem 9. November Aktionen gegen den Rechtsextremismus und für eine tolerante Gesellschaft organisiert. Die Botschaft war unmissverständlich: Fremdenhass und Gewalt haben in Deutschland keine Chance!

(Beifall im ganzen Haus)

Diese drei Punkte sind neben vielen anderen positive Zeichen für unsere **Demokratie** und den Willen der **Mehrheit**, mit ihren **Minderheiten** in Normalität friedlich, partnerschaftlich, ja sogar freundschaftlich zusammenzuleben.

Doch das ist leider nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig wurde am 9. November in Elmshorn ein jüdisches Mahnmal geschändet. Die Gedenktafel für die ehemalige Synagoge wurde mit weißer Farbe und Hakenkreuzen beschmiert. Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, beklagte bei der Berliner Demonstration, dass es längst nicht mehr um ein „Wehret den Anfängen“ gehe, sondern dass die **Bedrohung** von Menschen jüdischen Glaubens, Ausländern, Obdachlosen, Behinderten, allein erziehenden Frauen sehr aktuell sei. Es ist traurig und beschämend, dass wir heute noch oder wieder über solche Fragen nachdenken müssen und darüber, wie sie zu bekämpfen sind. Es ist unerträglich, dass jüdische Einrichtungen und Ausländerwohnheime und Menschen, die anders aussehen oder anders leben, als wir oder Einzelne es für richtig halten, Zielscheiben rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher **Angriffe** sind, dass Menschen ihre religiösen Gottesdienste nur dann wahrnehmen können, wenn Polizei vor der Tür steht.

Aber das ist Gott sei Dank nicht das Alltagsgesicht Deutschlands. Wir leben in einer gefestigten Demokratie. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen verabscheut solche Gewalt und lehnt rechtsextremistische Gruppen und ihre Ideologie von Hass, Gewalt und Intoleranz ab.

(Beifall im ganzen Haus)

Auch jenseits der offiziellen Gedenkkultur haben sich seit dem Bombenanschlag in der Düsseldorfer U-Bahn in vielen Städten und Gemeinden Initiativen und Gruppen gegründet, die mit ihren Aktionen ein deutliches Zeichen setzen wollen. Der „**Aufstand der Anständigen**“, den Bundeskanzler Schröder gefordert hat, ist Gott sei Dank - oder auch leider - kein Sommerlochtheater, sondern ein Beweis für das Funktionieren der zivilen Bürgergesellschaft weit über das Zeilenfüllen von Zeitungen, die sonst nicht wissen, was sie schreiben sollen, hinaus.

**Gedenktage** wie der 9. November und **Mahnmale** wie in Elmshorn und anderswo verhindern natürlich keine rechtsextremistische Gewalt, aber sie geben unserer Erinnerung und unserer Haltung einen festen Ort. Sie lassen das Andenken der Opfer nicht verlöschen. Sie ermutigen diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Gewalt, Rassismus und Intoleranz engagieren, die sich für Zivilcourage, für ein Miteinander von Mehrheit und Minderheiten und für einen respektvollen Umgang mit Menschen anderen Glaubens und anderer Hautfarbe einsetzen, dies auch offen zu zeigen. Diese Mehrheit wollen wir stärken. Das liegt im Interesse des Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Die **Landesregierung** wird deshalb eine **Aktion „Bürgergesellschaft“** ins Leben rufen, die klare Signale gegen rechte Gewalt, Rassismus und Diskriminierung setzen soll und bürgerschaftliches Engagement unterstützt. Die Aktion soll nicht von der Landesregierung allein getragen werden, sondern von den vielen engagierten Menschen in Schleswig-Holstein, die sich auch heute schon in allen Gebieten unseres alltäglichen Lebens freiwillig und ohne zu fragen, was man ihnen dafür gibt, engagieren.

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, haben wir für den Auftakt den internationalen Tag des Ehrenamtes, den 5. Dezember gewählt. In diesem Jahr, an diesem Tag, beginnt auch das **Internationale Jahr der Freiwilligen**, das die **Vereinten Nationen** ausgerufen haben. Daran wollen wir anknüpfen, um das Jahr nicht einfach leer verstreichen zu lassen. Das Ziel ist es, engagierte Menschen, vor allem in Institutionen, miteinander in Kontakt zu bringen, neue Wege des freiwilligen Engagements gerade für Jugendliche zu eröffnen und damit Alternativen zur rechten Subkultur aufzuzeigen, die spannend sind, attraktiv sind und den Jugendlichen eine Möglichkeit geben, selbstbewusst und selbstbestimmt Aktionen zu planen.

In diese Richtung zielt auch das **Bündnis gegen Rechtsextremismus**, das sich am 16. Oktober zum ersten Mal getroffen hat. Vertreterinnen und Vertreter

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

von 21 Organisationen haben dabei gemeinsame Aktionen für Toleranz und Zivilcourage bei uns im Lande verabredet. Alle im Landtag vertretenen Parteien haben sich an dem Bündnis beteiligt und eine gemeinsame Resolution unterzeichnet. Für dieses Zeichen des einmütigen Aufstehens gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in unserem Land darf ich mich ganz ausdrücklich bei Ihnen, bei den Fraktionen und ihren Vertretern, bedanken.

Wir wissen, mit jedem Brandanschlag auf Synagogen, Geschäfte und Wohnungen wird auch ein Stück unseres Landes, wird auch ein Stück Deutschland angezündet. Jeder Angriff auf Ausländer, Sinti und Roma, auf Behinderte und Obdachlose, auf Homosexuelle und junge Frauen trifft auch unser demokratisches Gemeinwesen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SSW und vereinzelt bei der F.D.P.)

Deshalb müssen wir rechtsextremistischen Gewalttätern und ihren intellektuellen Hintermännern und Strippenziehern den Boden entziehen. Das ist auch Aufgabe von Regierung, **Polizei und Justiz**. Die Polizei in Schleswig-Holstein hat den Kontrolldruck auf rechtsextremistische Gruppen deutlich erhöht, um die Szene weiter zu verunsichern. Polizeibeamtinnen und -beamte vor Ort erteilen schneller als bisher Platzverweise gegen Neonazis, nehmen ihre Personalien auf und suchen die bekannten Treffpunkte der braunen Subkultur in regelmäßigen Abständen auf. An den Brennpunkten rechtsextremistischer Straftaten werden Sonderkommissionen eingesetzt.

Polizei und Justiz müssen rasch und mit Nachdruck reagieren. Es kommt darauf an, die Arbeit eng aufeinander abzustimmen. Der Rechtsstaat muss unmissverständlich klar machen, dass er rassistische und rechtsextremistische Straftaten nicht duldet, auch nicht als Entschuldigung für zwei oder drei zu viel getrunkene Biere.

Urteile wie im Prozess um die Verfolgungsjagd auf den Algerier Omar Ben Noui im brandenburgischen Guben stoßen unter diesem Aspekt in der Öffentlichkeit auf Unverständnis, zumal andere Gerichte, wie in Dessau oder Frankenthal, zuvor gezeigt haben, dass es durchaus möglich ist, in Urteilen und im Verfahrensverlauf rechtsextremistische Hintergründe zu erkennen und zu berücksichtigen und dennoch nicht blindlings einfach nur harte Strafen zu verhängen, sondern auch die Täter zu betrachten und ihnen die Möglichkeit zu geben, Einsicht zu gewinnen.

Mit der **Antwort auf die Große Anfrage** der SPD-Fraktion zu Rechtsextremismus und Ausländerfeind-

lichkeit in Schleswig-Holstein legen wir Ihnen heute eine umfassende **Bestandsaufnahme** aller Maßnahmen vor, die die Landesregierung in den vergangenen Jahren getroffen hat. Neben der Arbeit von Gerichten und der Polizei geht es dabei auch um Hochschul- und Schulpolitik, die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die länderübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen den Rechtsextremismus und den Umgang mit rechtsextremistischen und jugendgefährdenden Inhalten in neuen Medien wie dem Internet. Darüber hinaus sind auch die **Angebote** dargestellt, die von Volkshochschulen, dem Institut für Zeit- und Regionalgeschichte, kriminalpräventiven Räten und anderen schleswig-holsteinischen Initiativen und Institutionen entwickelt wurden.

Auf dieser Grundlage wird es in Zukunft leichter fallen, die Situation in unserem Land realistisch einzuschätzen, ohne in hektischen Aktionismus zu verfallen, aber dennoch fest und in der Sache unnachgiebig zu bleiben. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, sachlich und mit kühlem Kopf alle Möglichkeiten zu prüfen, gegen rechte Ideologen und Gewalttäter vorzugehen.

Aber genauso notwendig wie rechtstaatliche und polizeiliche Sanktionen ist es, das öffentliche Bewusstsein zu verändern. In der **Erziehung und Ausbildung** unserer Kinder haben wir die Möglichkeit dazu. Sie können lernen, dass Relativieren, Verdrängen und Vergessen, Gewalt und Intoleranz keine Basis für ihr zukünftiges Leben sind, das sie doch auch selbstbewusst gestalten wollen.

Deshalb unterstützt die Landesregierung in vielen Bereichen Projekte, die gerade junge Menschen gegen rechtsextremistische und ausländerfeindliche Parolen stark machen sollen. So haben wir in der Nachschiebeliste zum Haushalt 2001 Mittel für eine **Demokratiekampagne**, für den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine Sonderveranstaltung im Rahmen der jährlich stattfindenden landesweiten interkulturellen Wochen bereitgestellt.

Eine Erziehung zu kultureller Neugier und einem partnerschaftlichen Umgang mit Minderheiten und Schwachen kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn jede und jeder Einzelne sich für eine offene und friedliche Gesellschaft engagiert, in Familie oder Schule, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in Vereinen oder Parteien. Wir brauchen **Vorbilder**, die zeigen, dass Zivilcourage, Toleranz und ein solidarisches Miteinander stark machen. Wir warnen ausdrücklich davor, dass sich Einzelne selbst etwa gar in Gefahr oder Lebensgefahr begeben, weisen aber darauf hin, dass man gemeinsam etwas unternehmen kann, wenn man gemeinsam hinguckt.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Als Landesregierung wollen wir die Voraussetzungen für ein solches Verhalten schaffen. Wir setzen dabei auf drei Bereiche, die für uns entscheidend sind:

Erstens. **Extremistische Gewalt** darf von Jugendlichen nicht als erfolgreich erlebt werden. Deswegen ist eine schnelle und konsequente **Verfolgung** jeder einzelnen Straftat erforderlich.

Zweitens. Auf lange Sicht muss es uns gelingen, rechtsextremistische und rechtsradikale Tendenzen aus unserer Gesellschaft, soweit es nur geht, zu verdrängen und zu verarbeiten. Stattdessen sollen durch eine umfassende **Präventionsarbeit** auf allen gesellschaftlichen Ebenen demokratische Verhaltensweisen eingeübt werden.

Drittens. Schließlich wollen wir den demokratischen, solidarischen und weltoffenen **Grundkonsens** der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner noch stärker als bisher sichtbar machen. Rechtsextremisten sollen nicht mehr unwidersprochen behaupten können, sie sprächen für eine schweigende Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir werden mit Ihrer Hilfe und Ihrer Unterstützung alles tun, um in der Zukunft Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in ihre Schranken zu weisen. Für diese Unterstützung darf ich mich jetzt schon bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wadepful.

**Dr. Johann Wadepful [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Haus hat in einer der vergangenen Sitzungen zu einer beeindruckenden **Gemeinsamkeit der Demokraten** im Kampf gegen den politischen Extremismus gefunden. Unter Zurückstellung parteipolitischer Interessen haben sich die demokratischen Kräfte dieses Hauses zusammengefunden. Ich glaube, das war eine große Stunde für unser Parlament. Das war eine große Stunde für die Demokratie in Schleswig-Holstein.

Anlass waren die rechtsradikalen **Umtriebe** und **Straftaten** in unserem Land, auch in Schleswig-Holstein. Wir haben sie in den vergangenen Jahren erlebt. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir alle beschämt waren, als gerade am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, ein heimtückischer Anschlag auf

das Mahnmal für die ehemalige Synagoge in Elmshorn geschehen ist.

Diese heimtückischen Anschläge, aber auch das, was in Neumünster rund um den unseligen Club 88 geschehen ist, zeigen: Wir müssen zusammenstehen. Wir müssen wachsam sein und wir müssen unsere Demokratie verteidigen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich verstehe das ausdrücklich auch als einen Auftrag an meine Generation, an die jüngere Generation in Deutschland, die auch Politik macht. Nazis dürfen in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Das verlangt, dass wir mit allen **rechtsstaatlichen Mitteln** konsequent und hart gegen Extremismus vorgehen. Die zunehmende Radikalisierung der NPD, ihre extremistische und unseren Staat in seinen Grundfesten infrage stellende Programmatik und Propaganda haben mich schon im Sommer bewogen, einen Verbotsantrag für diese Partei zu fordern. Ich freue mich, dass die Landesregierung, nachdem die stellvertretende Ministerpräsidentin das zunächst abgelehnt hat, einen Kursschwenk vollzogen hat. Auch die sie tragenden Fraktionen standen dem zunächst ablehnend gegenüber. Das hat zwar wichtige Zeit gekostet. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir an dieser Stelle vorangehen.

Niemand gibt sich der Illusion hin - auch ich nicht -, dass das Problem des Rechtsradikalismus mit einem Verbot dieser rechtsradikalen Partei - dieses Verbot wünsche ich mir - erledigt wäre. Aber wir müssen die Kraft haben, die Grenzen unserer Toleranz aufzuzeigen und gegen eine Partei vorzugehen, die unsere Demokratie und Freiheit zerstören will.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich will auf einen unschätzbaren Erfolg allein der Debatte über ein mögliches **Verbot der NPD** aufmerksam machen. Der Bericht weist darauf hin, dass die NPD schon jetzt stark verunsichert ist, dass sie sich in einer Krise befindet. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein sollten.

Aber lassen Sie mich auch zu den rechtlichen Möglichkeiten unseres Vorgehens gegen den Rechtsextremismus drei kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Wir müssen mit **Härte** und **Konsequenz** vorgehen, und dies geschieht auch. Jugendliche Gewalttäter, die gegenüber Ausländern straffällig geworden sind, sind gerade kürzlich völlig zu Recht zu empfindlichen Strafen verurteilt worden. Das Strafrecht bietet eine Fülle von Möglichkeiten, hart und schnell

(Dr. Johann Wadehul)

zu reagieren. Wir brauchen keinen Wettlauf um neue Gesetzesvorschläge.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweitens. Wir müssen unsere Möglichkeiten nutzen. Wir brauchen eine gut ausgerüstete **Polizei** und wir brauchen einen handlungsfähigen **Verfassungsschutz** auch in Schleswig-Holstein. Er ist hier empfindlich verkleinert worden, und manchmal wird er von dem einen oder anderen auf der linken Seite dieses hohen Hauses gar als eine Art dubioser Inlandsgeheimdienst dargestellt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns eine solche Diskreditierung nicht leisten. Wir brauchen einen leistungsfähigen Verfassungsschutz, sonst rächen sich hier die Fehler schon sehr bald.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Wir müssen klug handeln beim Einsatz unserer **rechtlichen Möglichkeiten**. Die Art und Weise, Herr Minister Buß, wie das Innenministerium den Druck auf die Stadt Neumünster erhöht hat und wie das Innenministerium öffentlich erklärt hat, die Stadtverwaltung in Neumünster hätte alle rechtlichen Möglichkeiten, auf der Basis des Gaststättenrechts den Club 88 zu schließen, war kein professionelles Vorgehen; das fand ich dilettantisch. Wir dürfen den Rechtsradikalen nicht die Möglichkeit geben, vor Gericht Erfolg zu haben. Das ist völlig unnötig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben uns darauf verständigt, uns gegen jeglichen **politischen Radikalismus** auszusprechen. Deshalb mahne ich die linke Seite dieses hohen Hauses mit großem Ernst: Seien Sie auf dem linken Auge nicht blind. Ich wünsche mir von Ihnen eine ebenso klare Abgrenzung gegenüber dem politischen Extremismus von links, wie die CDU das gegenüber den Rechtsradikalen praktiziert.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb war es unververtretbar, dass jedenfalls Teile der Grünen in Schleswig-Holstein anlässlich einer Demonstration bei einem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr hier in Schleswig-Holstein gemeinsame Sache mit Autonomen gemacht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb halte ich es auch nicht für sachdienlich, so genannte Bündnisse gegen Rechts - ich sage gleich noch etwas zu diesem Begriff - gemeinsam mit Verfassungsfeinden von links zu schmieden. Das erhöht nicht die Glaubwürdigkeit.

(Widerspruch bei der SPD)

Zur Begrifflichkeit sage ich Ihnen Folgendes. Frau Simonis, Sie haben das an der Stelle korrigiert. Aber glauben Sie eigentlich, wir merken nicht, dass Sie zumindest versucht haben, mit der Wortwahl „Bündnis gegen Rechts“ uns hier in Schleswig-Holstein in eine ganz bestimmte politische Ecke zu stellen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD:  
Quatsch! Was soll diese Anschuldigung! -  
Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Peinlich,  
peinlich!)

Die **Gemeinsamkeit der Demokraten** darf nicht aus parteitaktischen Gründen infrage gestellt werden und ich mahne Sie auch - auch wenn es unbequem ist -: Machen Sie nicht mit der linkssozialistischen PDS gemeinsame Sache!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende  
Zurufe von der SPD)

Ich erinnere Sie: Sie haben mit Herrn Holter einen ehemaligen hohen Funktionär des verbrecherischen SED-Regimes zum stellvertretenden Ministerpräsidenten in Deutschland gemacht.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Konrad Nabel [SPD]: Hören Sie endlich mit  
so etwas auf! Das ist Ihre deutsche Leitkultur!  
- Zurufe von der SPD: Unerhört! - Anhalten-  
de Unruhe - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ha-  
be ich richtig gehört: Unerhört?)

Ich mahne Sie: Denken Sie an Kurt Schumacher; er hat gesagt: Kommunisten sind rotlackierte Faschisten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der  
SPD)

Verraten Sie nicht Ihre Vergangenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Bericht zeigt anschaulich, dass es einen deutlichen Anstieg der rechtsradikalen Gewalt und insbesondere auch der **Gewaltbereitschaft** und der Gewaltausübung unter Jugendlichen bei uns gibt. Ich habe selbst kürzlich miterlebt, wie 7-, 8-jährige Kinder auf einem Spielplatz ein fremdes Fahrrad ohne jedes Schuldbewusstsein zertrampelt haben. Hier müssen wir gemeinsam anfangen. Wir dürfen nicht bequem weggucken, sondern wir müssen unbequem hingucken. Das fängt bei den Kleinsten an. Gewalt darf weder im **Kindergarten** noch in der **Schule** ein Tabuthema sein, nur weil man ein schlechtes Image für die Einrichtung befürchtet. Eltern, Erzieher und Lehrer, wir alle müs-

**(Dr. Johann Wadephul)**

sen **Vorbilder** sein und wir müssen Fehlverhalten deutlich ansprechen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Nennen Sie doch gleich einmal Beispiele!)

Toleranz gegenüber Gewalt ist falsche Toleranz; hier müssen wir intolerant sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber bei aller notwendigen Härte des Staates: Der Bericht weist deutlich darauf hin, dass es die höchsten Zuwachsraten des Rechtsradikalismus dort gibt, wo Jugendarmut und soziale Ausgrenzung besonders deutlich zugenommen haben. Es sind insbesondere diejenigen gefährdet, die sich ausgeschlossen fühlen und die keine Lebensperspektive haben. Wir können also nicht nur mit der strafrechtlichen Härte des Staates reagieren, sondern ich bin dafür, dass wir auch auf junge, verirrte Menschen zugehen, mit ihnen sprechen und ihnen Perspektiven für eine sinnvolle Lebensgestaltung aufzeigen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das muss uns etwas wert sein und das müssen wir uns etwas kosten lassen. Deswegen frage ich Sie, Frau Simonis: Was geben Sie für die jungen Menschen in Schleswig-Holstein aus? Ich frage das gerade im Blick auf die Haushaltsberatungen. Wird nicht gerade im Bereich der Jugendförderung, der politischen Bildung und auch im Sportbereich, dort also, wo man sich um junge Menschen kümmert, empfindlich gekürzt? Ich halte das an dieser Stelle für falsch.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Günter Neugebauer [SPD]: Im Sport wird doch gar nicht gekürzt!)

Ich weise auch darauf hin, dass der Bericht der Landesregierung ausdrücklich davon spricht, dass wir eine bewusste **Erziehung zur Demokratie** betreiben müssen. Sie kürzen gerade bei den politischen Jugendorganisationen, wo diese Erziehung stattfindet. Das finde ich unverantwortlich und ich finde es unverantwortlich, dass die Bildungsministerin diese praktische Arbeit für die Demokratie in der Art und Weise diskreditiert, dass sie von illegaler Parteienfinanzierung spricht. Das ist falsch. An dieser Stelle müssen wir Geld investieren.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Zitieren Sie mich doch einmal ordentlich! Was Sie da sagen, ist unerhört!)

Wenn wir über Ausländerfeindlichkeit miteinander reden, dann müssen wir auch darüber reden, wie wir tolerant und aufnahmebereit mit den Ausländern in

Deutschland zusammenleben wollen. Die CDU hat sich an dieser Stelle bewegt und ist sehr dafür, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und qualifizierte Arbeitnehmer in unserem Land aufzunehmen. Aber wir sagen auch: **Integration** kann nur funktionieren, wenn - das gilt überall auf der Welt - diejenigen, die hierher kommen und hier bleiben wollen, bereit sind, die heimische Sprache zu erlernen, sie zu beherrschen und sich zu den Grundsätzen und Grundwerten unserer Gesellschaft und Verfassung zu bekennen, dass sie sich also zu unserer europäisch-abendländischen Kultur bekennen. Es darf keine parallelen Gesellschaften geben. Das hat selbst die Bundesvorsitzende der Grünen erkannt, die eine multikulturelle Gesellschaft ablehnt.

Wir sind an der Stelle - das ist ein Erfolg unserer Leitkulturdiskussion - ein Stück weiter.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Dafür danke ich der linken Seite dieses hohen Hauses sehr herzlich.

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Ja, ja, Ihre Leitkultur! - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Leithammel wäre sicherlich besser! - Weitere Zurufe und Unruhe)

Deswegen, Frau Simonis, bringt es uns überhaupt nicht weiter, wenn Sie an dieser Stelle den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschuldigen, er würde damit Ausländerfeindlichkeit in Deutschland schüren. Das ist infam.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie diese Entgleisung zurück.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin!

Wir sind zu einer Gemeinschaft der Demokraten bereit. Die Werte unseres Grundgesetzes müssen von jedem respektiert und eingehalten werden. Unsere christlich-abendländische Kultur ist das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Zusammenlebens.

Der Bericht zeigt die Probleme auf. Der Bericht zeigt auch, dass wir weiterhin zu einer **Gemeinsamkeit** aufgefordert sind. Aber wir müssen auch die Kraft zu einer ehrlichen Debatte über Probleme miteinander haben. Ich sage Ihnen insgesamt: Wir stehen zusam-

(Dr. Johann Wadephul)

men im **Kampf gegen Extremismus** von links und rechts.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Antwort der Landesregierung** auf unsere **Große Anfrage „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit** in Schleswig-Holstein“ macht deutlich, dass in diesem Land mehr passiert als nur die Reaktion auf den Knüller des diesjährigen Sommerlochs. Die Antwort ist umfassend, informativ und bleibt - wie die Antwort auf unsere Große Anfrage aus dem Jahr 1990 - immer noch sehr bedrückend - bedrückend vor allen Dingen auch deswegen, weil trotz der Gegenstrategien, die 1990 entwickelt wurden, der Einzug der DVU in den Landtag 1992 nicht verhindert werden konnte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir geändert!)

Ich möchte einige Anmerkungen zu den Teilen des Berichts machen, die Fragen offen lassen und politische Entscheidung erfordern. Ich möchte mich nicht auf irgendwelche Spitzfindigkeiten oder politische Nebenkriegsschauplätze wie Herr Wadephul einlassen,

(Beifall bei SPD und SSW)

sondern das, was er am Ende seiner Rede betont hat, nämlich die **Gemeinsamkeit der Demokraten im Kampf gegen den Rechtsextremismus** herausstellen und tatsächlich etwas zum Bericht der Landesregierung sagen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Wir müssen uns in Sachen Rechtsextremismus auf eine neue Situation einstellen. Ging es dieser Szene früher vor allem um die Verharmlosung und damit um die Rehabilitation der Akteure der NS-Zeit und des Zweiten Weltkriegs, so ist mit der immer stärkeren Orientierung an so genanntem nationalrevolutionärem Gedankengut und dem Zentralthema Ausländer eine neue Qualität entstanden. Es ist sogar eine populäre **rechts-extreme Kultur** entstanden - mit Musik, Mode, neuhidnischer Esoterik -, die sich mitten in unserer Alltagskultur bewegt und jederzeit über das Internet erreichbar ist. Dies zur Kenntnis zu nehmen ist wichtig, vor allem wenn man unter dem Punkt „Gegen-

strategien“ immer noch mehr auf die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus verweist.

Das **rechtsextremistische Einstellungspotenzial** in der Bevölkerung liegt seit den Erkenntnissen der SINUS-Studie von 1979/80 bei fast unverändert 12 % bis 15 %, nach Studien mit weiterer Differenzierung sinkt dieser Anteil. Langzeitstudien über die Dauerhaftigkeit entsprechender Einstellungen gerade von Jugendlichen liegen nicht vor. Das muss nachgearbeitet werden. Schockermeldungen wie zum Beispiel, wie wenig Jugendliche sich in Brandenburg einen jüdischen Freund vorstellen können, sind wohl ein wichtiges Indiz für den Zustand der Gesellschaft, helfen aber in der Regel nicht weiter.

So stellt sich die Frage, ob wir immer mit einem gewissen Prozentsatz von Menschen, die eine solche Einstellung haben, leben müssen. Im gleichen Zusammenhang stellt sich die Frage, die Herr Kubicki aufgeworfen hat, ob nicht überreagiert wird, denn die Zahl der eingeleiteten **Ermittlungs- und Strafverfahren** mit einem rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Hintergrund ist eher rückläufig und unsere Demokratie ist immer noch sehr stabil.

Auch hier gibt die Antwort der Landesregierung klare Hinweise: Die Bereitschaft, rechtsextreme Ansichten öffentlich zu äußern, ist gestiegen. Der offene Beifall aus der Szene für einzelne Aktivisten - und sei es ein Polizistenmörder - steigt. Es ist eine neue, ernste **Bedrohungslage** entstanden. Die Grundstimmung in der Szene ist deutlich aggressiver. Die Wahlbereitschaft zugunsten rechtsextremistischer Parteien wächst mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie. Das haben wir in Schleswig-Holstein leider schon erlebt.

Daher war unsere Positionsbestimmung im September notwendig und richtig. Weitere Konsequenzen bleiben jedoch erforderlich: Das **NPD-Verbot** muss auf den Weg gebracht werden. Die Diskussion über das Verbot hat die NPD nicht gestärkt, sondern in eine Krise gestürzt. Wie nachhaltig ein Verbot wirken kann, haben Sie, Herr Wadephul, in einer Presseerklärung vom Oktober deutlich gemacht. Danke dafür! Es ist klar, wenn ein Verbot erfolgt, muss es konsequent umgesetzt werden und es müssen auch Nachfolgeorganisationen und Ähnliches konsequent bekämpft werden.

Das **staatliche Gewaltmonopol** muss zur Abwehr rechtsextremistischer Gewalt durchgesetzt werden. Wir stehen ganz eindeutig an der Seite der Polizei, die zum Beispiel bei Demonstrationen nicht die Faschisten schützt, sondern die Grundlagen unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

(Thomas Rother)

Aber auch Faschisten haben Grund- und Menschenrechte. Wenn sie diese jedoch für ihre menschenverachtenden Ziele missbrauchen, ist der repressive und wehrhafte Staat gefordert. Die rechtlichen Grundlagen sind dafür vorhanden. Sie müssen klug - wie zum Beispiel beim NPD-Verbot - und konsequent eingesetzt werden. Wir stehen damit an der Seite der Stadt Neumünster und ihres Bürgermeisters bei der Durchsetzung der Schließung des Club 88.

Ich habe viel Verständnis für Unmutsäußerungen darüber, dass dem Szenekommerz - in welcher Form er auch immer auftritt - nur mit großen Mühen - auch rechtlichen Mühen - beigegeben werden kann. Genauso ist es für mich unfassbar - die Ministerpräsidentin hat es angesprochen -, dass Jugendliche, die einen Ausländer in Guben zu Tode hetzen, mit einer gerichtlichen Verwarnung davonkommen. **Präventionsarbeit** - das ist wichtig - muss fortgeführt und stetig fortentwickelt werden. Nur auf diesem Weg können wir die Zahl dieser 10 % bis 15 % der Menschen mit rechts-extremem Weltbild langfristig reduzieren. Ein Abfinden mit dieser Situation darf es nicht geben. Das käme einer Kapitulation gleich.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir müssen uns als **demokratische, solidarische und weltoffene Gesellschaft** kenntlich machen. Das betrifft viele Bereiche und reicht vom Abgewöhnen dummer sprachlicher Gewohnheiten bis zur Förderung von Integrationsarbeit für Ausländerinnen und Ausländer. Für das Beispiel der Sprache ist der Begriff „Deutsche Leitkultur“ ein sehr gutes schlechtes Beispiel.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Setzen Sie doch einmal „Demokratische Leitkultur“ dagegen, dann merken Sie vielleicht, worum es bei der Kritik dieses Begriffs geht. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was sich so mancher vielleicht bei einem Begriff wie „Polnische Leitkultur“ denken würde.

Wir können die zwölf Jahre faschistischer Herrschaft in Deutschland nicht ignorieren, ganz einfach ignorieren. Wir tragen auch als Generation, die sich vielleicht nicht mit Schuld beladen hat, natürlich Verantwortung für die deutsche Geschichte. Das muss bei all diesen Äußerungen immer und immer wieder bedacht werden.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir als Parlamentarier selbst müssen besondere **Verantwortung** tragen, indem wir dafür sorgen, dass unsere **Demokratie** funktioniert, Probleme gelöst, die Sorgen der Menschen ernst genommen, Chancen und

Perspektiven für alle - wirklich alle - geboten werden. Ich bin dankbar dafür, dass die Ministerpräsidentin ein **„Bündnis gegen Rechts“** - so heißt die Überschrift tatsächlich; „Rechtsextremismus“ hat sie in ihrer Rede gesagt - gemeinsam mit anderen initiiert hat. Ich halte - wie Herr Wadephul - diesen Begriff für etwas unglücklich, da es auch unter den Rechten sehr anständige Leute gibt. Eine Vermengung mit Rechtsextremismus herbeizuführen, ist wirklich unglücklich. Da erledigen wir unbewusst das Geschäft für Leute, mit denen wir eigentlich gar nichts zu tun haben wollen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Besonders hervorheben möchte ich das **Engagement der Wirtschaft**. Einzelne Betriebe und Unternehmensverbände haben ganz deutlich Stellung gegen Rechts außen bezogen. Das ist bei diesem Thema nicht alltäglich, da es bislang eher vom linken politischen Spektrum besetzt war.

So ein wichtiges Zeichen wurde auch von den über 300.000 Menschen gesetzt, die am Jahrestag der **Reichspogromnacht** in diesem Jahr der Opfer der alten und neuen Nazis gedachten.

Genauso ein wichtiges Zeichen werden die **Aktionen der Landesschülervertretungen** am 27. Januar des kommenden Jahres sein, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Schülerinnen und Schüler werden im ganzen Land ein Zeichen der Solidarität mit all denen setzen, die wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder Religion verfolgt oder ausgegrenzt werden. Die Ansätze des Kultusministeriums - auch im Bericht aufgezeigt und durch die letzten Presseveröffentlichungen bekannt - sind gut, richtig und wichtig. Zusammenwirken von Schule und Jugendarbeit, Lehrerfortbildung, Projektarbeit, Elternarbeit und verbesserte Unterrichtsmaterialien können als Beispiel genannt werden. Die Tagung des IPTS zum Thema „Rechtsextremismus - was kann Schule tun?“ hat weitere konkrete Hinweise gegeben.

Auf keine andere Weise als über die **Schule** können so viele Jugendliche mit dem Thema konfrontiert werden, können so viele Konflikte ausgetragen werden. Die Schule setzt sich nicht nur mit dem historischen Faschismus auseinander, sondern die eingangs von mir genannten Themen Rassismus und rechtsextreme Kultur sind Gegenstand der vielfältigen Aktivitäten. Gerade die letzten Themen sollten noch stärker in den Vordergrund gerückt werden. Es würde mich freuen, wenn den Schulen nicht nur das Buch „Erzählt es euren Kindern“ - wie Sie vielleicht aus der Presse

(Thomas Rother)

erfahren haben -, sondern auch das Buch „Papa, was ist ein Fremder?“ zur Verfügung gestellt würde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wichtig bleibt auch die **Zivilcourage** eines jeden Einzelnen, Gewalt und Extremismus entgegenzutreten, zu handeln und nicht wegzuschauen. Zivilcourage muss gewürdigt und gefördert werden. Vorfälle wie in Braunschweig, wo ein Behinderter vor den Augen hunderter Passanten von Jugendlichen bedroht, beworfen, bespuckt und gedemütigt werden konnte, ohne dass jemand eingriff, ohne dass jemand hinterher überhaupt etwas gesehen haben wollte, sind das traurige Ergebnis einer Einstellung der Gleichgültigkeit und der heimlichen Kumpanei. Das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Letzten Endes wird es erforderlich bleiben - das hat Herr Wadepful angesprochen -, mehr **Mittel** im Haushalt für das kommende Jahr zur Verfügung zu stellen. Meine Fraktion wird gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Dezember-Tagung Vorschläge dafür vorlegen. Schwerpunkt dieser Maßnahmen müssen die **Präventionsarbeit** und Initiativen zur **Integration** und - wohlgemerkt, nicht zur Assimilation - der Ausländerinnen und Ausländer sein. Eine regionale Komponente in Bezug auf Brennpunkte erscheint mir dabei notwendig.

Auf diesem Wege werden wir ein Stück weit vorankommen, um die Bedrohung durch die faschistischen Strolche einzudämmen. Es darf in unserem Land nicht nur davon geredet werden, dass wir weltoffen und tolerant sind, sondern wir müssen dafür sorgen, dass tatsächlich ein tolerantes und weltoffenes Lebensgefühl erzeugt wird. Das ist eine wichtige Aufgabe.

(Beifall im ganzen Haus)

Daher sollten wir das Ergebnis der Großen Anfrage in den Ausschüssen Soziales, Innen und Recht und Bildung weiter beraten.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort.

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meines Beitrags möchte ich etwas tun, was mir ansonsten wegen der Ritualisierung nicht liegt: Ich möchte mich ausdrücklich bei der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die die **Antwort** auf die **Große Anfrage der SPD-**

**Fraktion zum Rechtsextremismus und zur Ausländerfeindlichkeit** in Schleswig-Holstein erarbeitet haben. Weiter möchte ich mich bei Regierung und SPD-Fraktion dafür bedanken, dass wir dieses Thema zunächst im Parlament und nicht zuvor in der Öffentlichkeit diskutieren.

Aus dem Bericht erschließen sich für mich mit einem sehr nachdenklichen Unterton zwei Dinge:

Erstens. Wir müssen aufpassen, dass wir dem Phänomen des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit sowie der gestiegenen Gewaltbereitschaft - gerade von jungen Menschen - nicht mit schnellen Antworten, die vordergründig plausibel erscheinen, begegnen und hierbei jedes Maß an Verhältnismäßigkeit verlieren.

(Beifall bei F.D.P., CDU und der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Zweitens. Wir müssen uns fragen, was die Vielzahl der dokumentierten Maßnahmen, wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und pädagogischen Begleitungen der letzten zehn Jahre eigentlich bewirkt haben. Ich bin der Landesregierung dankbar für die Feststellung, dass sich der Rechtsextremismus bei jungen Leuten weit stärker aus aktuellen Erfahrungen und Wahrnehmungen denn aus historischen Kontinuitäten aufgebaut hat.

Ich bin dankbar für die Feststellung, dass sich die **Zahl** der so genannten **Neo-Nationalsozialisten** 1991 bundesweit auf 2.100 und 1999 auf 2.200 Personen belief und damit kaum eine Veränderung erfahren hat, dass das Potenzial der militanten rechtsextremen **Skin-headszone** im Jahre 1991 4.200 Personen betrug und im Jahr 1999 auf 9.000 Personen angewachsen ist, wobei die Übergänge in die allgemeine jugendkriminelle Gewaltszene typisch sind.

Letztlich bin ich dankbar für die Feststellung, dass die **Anzahl der Gewalttaten**, die in Schleswig-Holstein zu verzeichnen waren, Anfang der 90er-Jahre - im Einklang mit der bundesweiten Entwicklung nach der Vereinigung - in vorher nicht bekannte Höhen gestiegen war, nämlich auf 121 Taten in 1992. Im Jahr 1999 ist sie hingegen auf 24 Taten gesunken.

Dies alles lässt mich erneut mahnen, die Entwicklung zwar sehr aufmerksam zu verfolgen und sämtliche Mittel im Kampf gegen die rechte Szene - insbesondere gegen Gewalttaten aus der rechten Szene - zu ergreifen, jedoch hierbei auch zu beachten, dass die Beschäftigung mit diesen Phänomenen nicht außerhalb

(Wolfgang Kubicki)

jeden Verhältnisses zu ihrer wirklichen Bedeutung gerät.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Wenn es denn stimmt - und ich schließe mich dieser Analyse ausdrücklich an -, dass die individuellen und sozialen Bedingungen die Übernahme rechtsextremen - beziehungsweise fremdenfeindlichen - Gedankenguts bei jungen Menschen begünstigen, die immerhin zwei Drittel bis drei Viertel aller Straftäter aus diesem Bereich stellen, dann ist eine übermäßige **Beschäftigung mit Rechtsextremisten** oder gewaltbereiten Skinheads - und ich meine, in einem über das dem Problem angemessene Maß hinaus - in der Öffentlichkeit eher kontraproduktiv.

Zu den **begünstigenden Bedingungen** gehören ein niedriger Bildungsgrad, ein gewaltaffines, gewaltbefürwortendes Männlichkeitsideal, der Einfluss patriarchaler, militanter Leitbilder, eine fehlende soziale Einbindung und gesellschaftliche Integration, vor allem aber Existenz- und Zukunftsängste beziehungsweise - wie es die Shell-Studie beschreibt - fehlende Lebensplanung, fehlendes Selbstvertrauen, weniger Status und Furcht vor Nachteilen durch vermehrte Flexibilitäts- und Bildungsanforderungen.

Gerade junge Menschen, deren Selbstvertrauen nicht sonderlich ausgeprägt ist, erleben durch das ihnen geschenkte Maß an Aufmerksamkeit, dass sie durch ihre Aktionen etwas bewirken können. Damit wird nach meiner Auffassung die Tendenz eher gestärkt, sich normabweisend zu verhalten, als sich in die Gesellschaft einzufügen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn die Landesregierung ausführt, rechtsextremistische Gewalt sei zu einem großen Teil zugleich Teil der allgemeinen Jugendkriminalität, wenn sie uns erklärt, dass in zehn untersuchten europäischen Ländern seit Mitte der 80er-Jahre die Jugendgewalt insgesamt stark angestiegen ist, und wenn sie uns gleichzeitig mitteilt, für viele sei die Nähe zur Szene nur eine vorübergehende Episode, so beschreibt sie zugleich unsere gemeinsame **politische Verantwortung**. Diese besteht darin, diesen jungen Menschen den Einstieg - oder den Wiedereinstieg - in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, anstatt sie in Form einer Stigmatisierung dauerhaft auszugrenzen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wir müssen wohl - ob uns das gefällt oder nicht - mit einem Bodensatz - hier meine ich den Begriff ernst - von zu rechtsextremem Gedankengut neigenden Men-

schen in einer Größenordnung von 10 bis 13 % rechnen. Dies war Anfang der 70er-Jahre so, wie es die SINUS-Studie belegt, und dies auch heute noch so. Im Übrigen gilt diese Tatsache für alle anderen europäischen Länder in gleicher Weise und in gleicher Größenordnung.

Wir müssen aber nicht das **Gewaltphänomen** akzeptieren. Dankenswerterweise weist die Landesregierung darauf hin, dass der Rückgang von rechtsextremistischen Gewalttaten - bei gleichzeitig starkem Anstieg der gewaltbereiten Szene - mit großer Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass repressive staatliche - das heißt polizeiliche und gerichtliche - Maßnahmen in der Szene Wirkung gezeigt haben, obwohl einzelne Gewalttaten nicht verhindert werden können. Aber auch hier sage ich: Der **Staat** kann schließlich nicht verhindern, dass überhaupt kriminelle Taten begangen werden, wie groß der präventive oder repressive Aufwand auch immer sein mag.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich mein Unwohlsein formulieren. Mittlerweile scheint sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus zu verselbstständigen. Durch eine täglich auf uns niederprasselnde Flut einer zunehmend moralisierenden Rechtsextremismusdebatte treten in der Bevölkerung Abnutzungserscheinungen auf. Die Debatte selbst gerät in Gefahr, im Wettbewerb der demokratischen Parteien untereinander instrumentalisiert zu werden. Ich bekenne freimütig, dass es mir nach wie vor schwer fällt, in ein **Bündnis gegen Rechtsextremismus** einbezogen zu werden, bei dem ich Bündnispartner politischer Gruppierungen sein soll, denen die Anwendung von Gewalt zur Verfolgung ihrer vermeintlich höheren Ziele nicht so fern liegt beziehungsweise die die Anwendung von Gewalt gegen Sachen und/oder Personen in der Vergangenheit gerechtfertigt haben oder heute noch rechtfertigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben nach wie vor eine gewaltbereite **linke Szene**, die sich hinsichtlich ihres Umfangs und der Zahl der kriminellen Aktivitäten mit der **rechten Szene** durchaus messen kann. Ich habe bereits in der letzten Landtagstagung erklärt, dass die Gewalt, die bei Demonstrationen gegen Rechts von dieser linken Szene gegen Sachen und Personen ausgeht, ihrerseits einen Angriff auf die Demokratie und die Demokraten darstellt. Sie dient nicht der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit in unserem Land.

(Beifall bei F.D.P., CDU und vereinzelt bei der SPD)

Weit bedrückender aber empfinde ich mittlerweile die Tatsache, dass wir uns in der politischen Diskussion

(Wolfgang Kubicki)

auf einen Weg der **Moralisierung und Tabuisierung** begeben, der in einer auf freiem Meinungswettbewerb fußenden Demokratie gefährlich ist. Mit Recht und Gesetz, mit den Möglichkeiten des Staates, werden wir mit ein paar Kriminellen - gleich welcher Geisteshaltung - fertig. Ein Problem taucht aber auf, wenn unter der Überschrift eines Kampfes gegen Rechts demokratische Politiker ins moralische Abseits gestellt werden und eine Tabuisierung bestimmter Fragestellungen eintritt, sodass sich Zweifel, Skepsis oder auch Furcht vor Überfremdung, Andersartigkeit oder vor Gewalt - auch durch Ausländer - nicht mehr artikulieren können.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Ob der Begriff Leitkultur brauchbar und klug ist, gehört zum politischen Streit. Ihn moralisch zu diskreditieren, ihn in Zusammenhang mit Synagogenschändungen und Gewalttaten zu bringen, verletzt die Regeln der demokratischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ob Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, sich und der Sache mit dieser Äußerung einen Dienst erwiesen hat, bezweifle ich. Es ist aber symptomatisch für die **Reflexhaftigkeit** der politischen Reaktionen auf rechte **Provokationen**. Der Kreisvorsitzende der F.D.P. in Neumünster, Reinhard Ruge, hat uns im Rahmen der Debatte, die wir darüber geführt haben, erklärt, er habe mit seinen Töchtern eine Diskussion darüber geführt, ob sie sich von den Glatzen aus dem Club 88 in irgendeiner Weise gedroht fühlten. Ich denke, die Reaktion stimmt nachdenklich. Seine Töchter erklärten, von den Glatzen würden sie nicht belästigt, wohl aber von Türken in der Diskothek. Darüber dürfe man jedoch nicht sprechen, dieses Problems nehme sich niemand ernsthaft an.

Über diese einzelne Erklärung hinaus, die in ähnlicher Weise von der Schulsprecherin der Schule in Gadeland, die dem Club 88 gegenüberliegt, auch gegenüber Herrn Staatssekretär Dr. Stegner bei einer Diskussionsveranstaltung geäußert wurde, gibt es in unserer **Gesellschaft** viele Menschen, die sich mit Fremden schwer tun, die ihre **Identität** auch in der **Abgrenzung** zu anderen Kulturen finden, die auf die Erhaltung - auch ungeschriebener - kultureller Regeln in unserem Lande bestehen und die ihre Kinder aus Schulen nehmen, in denen Mitschüler, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, in der Mehrheit sind.

Ich glaube, dass die Tabuisierung ihrer Ängste und Sorgen genau das schafft, was angeblich verhindert werden soll, nämlich ein apathisches Umfeld für die wenigen Gewalttäter. Wer das Gefühl hat, dass seine

Sorgen und Nöte - seien es auch Vorurteile und unbegründete Überfremdungsängste - in der politischen Auseinandersetzung nicht vorkommen, weil sie unmoralisch sind, wird den Gewalttätern keinen Widerstand entgegensetzen, da er der demokratischen Kultur nicht mehr vertraut.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bin sicher, dass die Folge von Tabus und moralisierender Unterdrückung vorhandener Stimmungen nicht weniger, sondern mehr Gewalt in einem aus dem Verfassungsbogen ausgestoßenen Umfeld sein wird. Das kann niemand wollen. Und das werden wir auch nicht zulassen.

Eine unspektakuläre, unaufgeregte, angemessene und vor allem rationale Diskussion ist wichtig - unter Einschluss aller Aspekte des Phänomens. Eine moralisierende Debatte, die zur Unperson bereits den erklärt, der Ängste hat oder sie artikuliert, der auf Probleme auch mit Ausländern hinweist, nützt zwar der Instrumentalisierung eines Kampfes gegen Rechtsextremismus, sie schadet jedoch ihrem Erfolg.

Aus dem „**Aufstand der Anständigen**“, den Bundeskanzler Gerhard Schröder gefordert hat, darf nicht die permanente Revolution werden. Denn die Geschichte lehrt, dass die Revolution am Ende ihre Kinder frisst.

Wenn wir, wie wir es in der vorletzten Legislaturperiode im Schleswig-Holsteinischen Landtag ja demonstriert haben, gemeinsam unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Positionen beschreiben und vertreten, also unsere Grundrechte mit Leben erfüllen, werden wir verhindern, dass die Feinde der Demokratie über ihre bisherige marginale Größe hinaus anwachsen können.

Die **wehrhafte Demokratie** hält jeden Angriff von außen aus. Wir müssen verhindern, dass sie im Über-eifer von innen geschwächt wird.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU, Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen Beitrag zur **Beantwortung der Großen Anfrage zum Rechtsextremismus** stelle ich unter einen Gedanken von Rita Süßmuth: „Integration - das verpflichtende Wort für Demokraten“. Mir scheint, Rita Süßmuth hat damit den Bogen gespannt,

(Irene Fröhlich)

den ich sehe, wenn ich das Wort von der „Gemeinsamkeit der Demokraten“ höre. Mir scheint, dass ich mich unter diesen Bogen leichter stellen kann als unter das, was Sie, Herr Dr. Wadephul, hier gesagt haben.

Dass wir uns heute mit der Großen Anfrage der SPD zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein noch einmal ausführlich auseinander setzen, halte ich für ein positives Zeichen. Es zeigt, dass wir dieses Thema ernst nehmen, dass wir es nicht nach dem Sommerloch und der Debatte um ein Verbot der NPD abhaken.

Noch ein Wort zum **Verbot der NPD**. Dies ist wahrlich ein Schritt, den man gut bedenken sollte, Herr Dr. Wadephul! Es wahrlich nicht geeignet, parteipolitisch Kapital daraus zu schlagen, dass es in diesem Land Kräfte gegeben hat, die mit Recht vor diesem Schritt gewarnt haben.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Mit Recht nämlich stellt unsere Demokratie ein Parteiverbot unter höchst sorgfältig zu prüfende Regeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Dass gerade Sie als Jurist an dieser Stelle polarisieren, verstehe ich nicht. Das sprengt für mich den Gedanken der **Gemeinsamkeit der Demokraten**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir werden in gleicher Weise angegriffen!)

Die Demonstration in Kiel am 9. November zeigte nicht nur, dass 4.000 bis 5.000 Menschen daran teilgenommen haben, sondern sie zeigte auch, dass mit dem **Kieler Runden Tisch** ein breites gesellschaftliches **Bündnis gegen Faschismus** gebildet werden konnte und dieses Bündnis Menschen in Bewegung setzen kann, was in dieser Gesellschaft nicht mehr leicht ist. Das kann ich aus guter Erfahrung sagen.

Ich möchte etwas zum Stichwort Bündnis sagen. Wir sollten aufpassen, dass wir nicht Dutzende von Bündnissen machen, damit es nicht sozusagen Dutzende von Bewegungen gibt. An dieser Stelle stimme ich Ihnen, Herr Kubicki, zu. Wir sollten aufpassen, dass wir Bündnisse schließen, die wirklich Bündnisse sind, innerhalb derer man parteiübergreifend, lagerübergreifend wagt, miteinander zu reden. Das muss selbstverständlich auch mit denen sein, die am linken Spektrum des Lagers stehen.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses, Folgendes sagen. Wer hat in den Debatten in den 70er-Jahren über die RAF auf die gleichzeitig stattfindenden Friedhofsschändungen und

Gewalttaten und Straftaten von Rechtsextremisten hingewiesen? In einer Debatte um Rechtsextremismus müssen wir, die wir uns dem linken Lager zurechnen, uns dies anhören und gefallen lassen. Umgekehrt passiert das so niemals, in Deutschland nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Durch diese Antwort auf die Große Anfrage, die in den letzten Wochen erstellt wurde, haben wir eine gut strukturierte Zusammenfassung der Situation in Schleswig-Holstein erhalten. Vieles davon ließ sich auch in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre lesen.

Einen für mich wesentlichen Aspekt lässt der Bericht allerdings aus. **Rechtsextremistische Einstellungen** teilen nicht nur diejenigen, die in entsprechenden Parteien, Vereinen und Kameradschaften organisiert sind. Es gibt Untersuchungen darüber, wie viele Menschen in Deutschland rechtsextreme Ideologien im Sinne der Definition von Seite 9 des Berichts für richtig halten. Die Ergebnisse schwanken zwischen 10 und 30 %. Diese erschreckende Zahl habe ich hier noch nicht gehört.

Wenn wir uns nur auf die Mitglieder entsprechender Vereinigungen und die Tatverdächtigen von fremdenfeindlichen Straftaten konzentrieren, lassen wir den größten Teil des Problems außer Acht. Deswegen halte ich es für so wichtig, dass wir hier offen darüber debattieren. Selbstverständlich liegt es auch mir nahe, die Debatte um die Leitkultur aufzugreifen, weil ich denke, dass die CDU damit etwas getan hat, dessen Tragweite sie nicht überblickt hat. Oder wussten Sie, dass schon 1928 ein Abgeordneter des Reichstages der Partei des Zentrums von dem Begriff der „Leit-Cultur“ gesprochen hat? Wussten Sie, dass Thomas Mann 1928 darauf geantwortet hat?

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie haben die gestrige „FAZ“ nicht gelesen! Sie haben nur die Sonnabend-Ausgabe gelesen! Das ist gestern richtig gestellt worden!)

- Man kann das heutzutage nachlesen. Ich habe hier einen Text, aus dem ich am liebsten zitiert hätte. Auf jeden Fall wollte ich aus diesem Text nichts herausgreifen, weil sich Thomas Mann nicht zitieren, sondern nur vorlesen lässt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo liegt der Unterschied?)

Der Bezirksleiter der IG Metall, Herr Teichmüller, hat es in der letzten Woche auf der Demonstration in Kiel sehr treffend ausgedrückt:

(Irene Fröhlich)

„Es sind die Onkel Herberts am Kaffeetisch, die wir reden lassen, um Ärger zu vermeiden. Und die, die nur reden, können damit andere anstiften, zu Baseballschlägern zu greifen, weil sie sich unterstützt und gerechtfertigt glauben.“

Das, was sich in solchen Menschen abspielt, lässt sich nicht mit der Anwendung von Strafrecht oder anderen Gesetzen beeinflussen. Der Ignoranz kann nur durch ständige **Aufklärung** und **Richtigstellung** entgegen gewirkt werden. Ich erwarte an diesem Punkt auch die **Zivilcourage** der Politikerinnen und Politiker, das heißt von uns, dass von uns in jeder Wahlkampfzettel, beim Stammtisch des Ortsvereins klargestellt wird, dass unser Wohlstand auch auf der Zuwanderung der so genannten Gastarbeiter beruht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum glauben Sie, dass wir das dauernd tun müssen?)

dass wir Zuwanderung schon aus nackten wirtschaftlichen Gründen brauchen, auch wenn wir uns vielleicht deutlich von denen abgrenzen, die potenzielle Wähler sein könnten.

Ich empfehle Ihnen auch an dieser Stelle, das Buch der Politikerin Rita Süßmuth „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ einmal nachzulesen. Dann werden Sie feststellen, dass es auch in der CDU Stimmen gibt, die keineswegs nur aus wirtschaftlichen Gründen auf Ausländer setzen, sondern die sehr wohl wissen, dass **deutsche Kultur** von Beethoven bis Hindemith auf Einflüssen von Orient und Okzident beruht, die keineswegs nur deutsch sind, wenn man Deutsch nicht sogar als den Schmelztigel in Europa bezeichnen will. Es ist also immer ein Mix aus verschiedenen Kulturen. Daraus hat meine Partei das utopische Ideal der multi-kulturellen Gesellschaft gemacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon haben Sie sich gerade verabschiedet!)

Ob das möglicherweise über das Ziel hinausschießt und damit mehr Ängste auslöst, als es hilft, will ich an dieser Stelle gern infrage stellen. Ich glaube nämlich, dass es darum geht, dass wir solche Begriffe selber infrage stellen, das aber auch gegenseitig zulassen können.

Ich erwarte von der CDU, dass sie aufhört, auf einem Paul Spiegel herumzudreschen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

der wagt, die Dinge beim Namen zu nennen. Natürlich muss man, wenn man den Begriff deutsche Leitkultur verwendet, mit an Ausschwitz denken. Anders kann es überhaupt nicht gehen. Die deutsche Geschichte gehört

in ihrer Gänze in ein Wort von deutscher Leitkultur und nicht abgeschottet und abgebrochen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vor einigen Wochen hat meine Fraktion Fachleiter aus den Bereichen der Polizei, des Verfassungsschutzes, der Soziologie und andere Fachleute zu einem Gespräch über Rechtsextremismus eingeladen. Dabei wurde eines wieder sehr deutlich: Die demokratische Überzeugung, die Achtung anderer, die Fähigkeit, Konflikte auch ohne Gewalt auszutragen, wird in der Kindheit geprägt. Anders gesagt: **Prävention** fängt im **Kindesalter** an.

Daher liegt in der Kinder- und Jugendförderung der Schwerpunkt unserer Finanzpolitik. Ich will hier keine Haushaltsdebatte führen, wie Sie das vorhin offensichtlich betrieben haben. Dazu gehört selbstverständlich die Sicherung einer vernünftigen pädagogischen Betreuung in den Kindergärten. Nur so viel zu diesen Bereichen!

Aus einem anderen Punkt auf die Antwort auf die Große Anfrage ist mir eines klar geworden. Wir müssen den **rechtsextremen Internetseiten** etwas entgegensetzen. Verhindern werden wir sie nicht können. Daher müssen die demokratischen Kräfte im Internet ebenso massiv mit ansprechenden jugendgerechten Angeboten präsent sein. Eine solche Schwerpunktsetzung in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung würde ich mir jedenfalls sehr wünschen. Aber ich begrüße auch die Initiativen von Providern, die bestimmte gewalttätige und zu Gewalt anstiftende Botschaften und Inhalte nicht weiter übermitteln und damit natürlich auch auf ein Stück der Möglichkeiten, sich zu verbreiten, verzichten.

Ich kann es mir in diesem Zusammenhang nicht verkneifen, auf die aktuelle Debatte einzugehen. Ich habe dazu schon einiges gesagt. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal Zitate von Rita Süßmuth aus ihrem schon erwähnten Buch zumuten. Das eine Zitat bezieht sich auf den Begriff „Integration“:

„Das ist das verpflichtende Wort für Demokraten, für alle, die eine soziale Leistungsgesellschaft, eine offene Bürgergesellschaft suchen und wollen.“

Und wenige Seiten weiter heißt es:

„Ein Kriterium, von dem es mit abhängt, ob das Modell einer Bürgergesellschaft erfolgreich sein kann, wird sein, welchen goldenen Mittelweg wir zwischen Integration und dem Zulassen von Anderssein, dem Zulassen einer

(Irene Fröhlich)

bereichernden Vielfalt finden mögen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende **Große Anfrage** wird von der antragstellenden Fraktion bewusst in die Tradition früherer Berichte und Anfragen gestellt; nicht zuletzt sei hierbei an die Große Anfrage der SPD aus dem Jahre 1989 gedacht. Diesem Anspruch wird die **Antwort der Landesregierung** aber nicht gerecht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

Während die Anfrage von 1989 programmatischen Charakter hatte und somit eine neue Ära in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Schleswig-Holstein einläutete, wirkt die Antwort auf die Große Anfrage vom Ergebnis her eher blutarm. Ich hätte mir also etwas mehr Engagement gewünscht, so zum Beispiel in der Beantwortung der ersten Fragen, die sich auf die **historischen Perspektiven** beziehen. Ich hebe diesen Punkt bewusst hervor, weil ich finde, dass es uns gut zu Gesicht steht, nicht zu vergessen, was Menschen - nicht nur die Profis, sondern auch ganz viele Amateure - nach 1989 geleistet haben. Unter dem Motto „Grabe, wo du stehst“ haben sie die immer noch verschüttete Nazigeschichte Schleswig-Holsteins auszugraben begonnen.

Es mag sein, dass der Landesregierung keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der historischen Wurzeln des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein bekannt sind; es wäre aber wünschenswert gewesen, dass sie die Chance genutzt hätte, ausführlicher darauf einzugehen, welches denn die Erkenntnisse sind.

Es reicht aus meiner Sicht nicht aus zu sagen - ich zitiere aus der Antwort -:

„Ob und inwieweit heutige Skinheads sich in einer kontinuierlichen Tradition befinden oder nur jeweils neu erfahrene Ängste auf bekannte Weise kanalisieren und mehr oder weniger in einen historischen Kontext stellen, ist umstritten.“

Der **Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein** ist mehr als glatzköpfige Jugendliche - er ist gar keine Jugendbewegung, sondern betrifft alle Altersgruppen. Er besteht aus organisierten und nicht organisierten Befürwortern rechtsextremistischen Gedankenguts, die

in unterschiedlichem Maße an den geschichtlichen Nationalsozialismus anknüpfen.

In diesem Zusammenhang vermisse ich ganz einfach auch die Erfahrungen, die man in Schleswig-Holstein mit vier Jahren **DVU** im Landtag gemacht hat. Die Redebeiträge dieser „Volksgenossen“ belegten immer wieder, dass heute vertretenes rechtsextremistisches Gedankengut durchaus in der **Tradition des Faschismus** steht. Dazu findet sich im vorliegenden Papier aber keine Zeile.

Auch in der Frage der weiteren **Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus** in Schleswig-Holstein hätte ich mir mehr gewünscht. Es schadet ja nicht, eine Bibliografie zu bekommen; sie reißt aber niemanden vom Hocker. Wenn man bedenkt, wie schwierig der Anfang war, wenn man bedenkt - ich sagte es bereits -, dass gerade die Große Anfrage aus dem Jahre 1989 dazu beitrug, dass sich junge Historiker mit großem Enthusiasmus an die Arbeit machten, dann hätte ich mir auch in dieser Frage von der Landesregierung mehr Engagement gewünscht.

(Beifall bei SSW und CDU)

Einiges ist im letzten Jahrzehnt abgearbeitet worden; auch das sagte ich bereits. Aber zu sagen, „das meiste ist geschafft“, kann doch wohl nicht die Konklusion sein.

Die Blutarmut der Antwort auf die Große Anfrage beschränkt sich aber nicht nur auf den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die **Beantwortung der Fragen** zum heutigen Rechtsradikalismus in Schleswig-Holstein liest sich in weiten Zügen wie ein **Verfassungsschutzbericht**. Dieser Aspekt sollte ja laut Antragstellerin auch einbezogen werden, aber er kann nur einen Teil der Analyse darstellen, auf der unsere Schritte gegen den heutigen Rechtsextremismus fußen.

Die Zahlen zu den **Ermittlungs- und Strafverfahren** mit rechtsextremistischem beziehungsweise fremdenfeindlichem Hintergrund in Schleswig-Holstein machen deutlich, dass wir gegenwärtig glücklicherweise keinen großen Anstieg zu verzeichnen haben. Über 400 Verfahren pro Jahr sind zwar immer noch über 400 zu viel; wir können es uns aber leisten, einen kühlen Kopf zu bewahren. Es besteht gegenwärtig wenig Anlass dazu, aktivistisch nach harten innenpolitischen Maßnahmen zu rufen und zweifelhafte Verbote einzufordern.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Es muss vielmehr darum gehen, die Ursachen ins Visier zu nehmen. Hierfür bietet die Antwort auf die

(Anke Spoorendonk)

Große Anfrage einige Ansätze, wobei ich allerdings nicht verhehlen möchte, dass ich mir mehr gewünscht hätte.

Die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse über die **Ursachen von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit** sind klar. Das stellt der Bericht auch eindrucksvoll dar. Es sind vielfach die Verlierer der Modernisierung, die für solche Gedanken anfällig sind. Auch die Konklusion aus dieser Erkenntnis ist einigermaßen klar: Nur soziale Sicherheit, Bildung und demokratische Teilhabe werden verhindern können, dass die Anhänger rechtsextremen Gedankenguts zunehmen. Das Einzige, was nicht klar ist, ist der Ansatz der Landesregierung zur vorbeugenden Bekämpfung dieser Ursachen. Ich möchte aber hinzufügen, dass ich mich ausdrücklich bei der Ministerpräsidentin dafür bedanken möchte, dass sie heute eben diesen Punkt angesprochen hat.

Die Landesregierung bleibt hier selbstverschuldet in einem schwierigen Spagat hängen, weil sie gleichzeitig in der Jugend- und Sozialpolitik **Haushaltskürzungen** vorschlägt. Man spricht zum Beispiel über die herausragende Bedeutung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen und will gleichzeitig die Fördermittel für die Demokratiekampagne „Schleswig-Holstein - ein Land für Kinder“ kürzen. Man will junge Menschen daran hindern abzugleiten, gibt aber nichts für neue Wege in der Jugendstraffälligenhilfe aus.

Aber nochmals: Der **Rechtsextremismus** ist mehr als eine Jugendbewegung. Der Bericht zeigt, dass wir in allen Altersgruppen in hohem Ausmaß rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen antreffen. Der größte Teil dieser Menschen ist weder jugendlich noch gewalttätig und begreift sich nicht als rechtsextrem. Daher werden wir nicht mit Jugendhilfe oder historischer Aufklärung allein weiterkommen; wir kommen nicht umhin, uns auch mit **politischen Argumenten** auseinander zu setzen.

(Beifall beim SSW)

Gerade hierzu gibt die Landesregierung aber zu wenige Antworten - außer dem Hinweis auf Veranstaltungen in der Erwachsenenbildung, die hauptsächlich jene erreichen dürften, die ohnehin nicht für rechtsextremistisches Gedankengut anfällig sind. Damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht: Wir sehen diese Veranstaltungen durchaus positiv; sie stehen in der aufklärerischen Bildungstradition der Volkshochschulen und das ist gut so. Doch die Ansätze, die eher auf eine direkte Bearbeitung der Probleme „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ abzielen, bleiben auf Jugendhilfe und Schule beschränkt. Das reicht nicht.

Der SSW wirbt dafür, dass sich die Demokratinnen und Demokraten im Land den minderheitenfeindlichen Argumenten der Rechtsradikalen stellen. Nur wenn wir gemeinsam plausibel vertreten und vermitteln, dass uns zum Beispiel Ausländer keine Arbeitsplätze wegnehmen, werden wir den rechten Brandstiftern wirklich das Wasser abgraben.

Wir haben daher zum Beispiel die gemeinsame Herausgabe einer Zeitung an alle Haushalte, eine Serie von Zeitungsanzeigen oder ähnliche Maßnahmen angeregt, mit denen gegen die offensichtlich hohlen, aber wirkungsvollen Parolen der rechten Agitatoren argumentiert werden könnte.

(Beifall beim SSW)

Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, auch in diesem Hause Verbündete für eine solche Strategie zu finden.

Erfreulich ist, dass wir endlich eine Debatte darüber bekommen, dass wir ohne Einwanderung gar nicht weitermachen können. Das ist ein Fortschritt und wird hoffentlich auch zur Akzeptanz **ausländischer Mitbürger** beitragen. Trotzdem besteht auch Anlass anzumahnen, dass Politiker überlegen, was sie auslösen, wenn sie sich an der Diskussion beteiligen. Wir alle wissen, wie sensibel das Thema ist. Ich werde heute zu dem Thema Leitkultur nichts weiter ausführen. Wir haben uns dazu geäußert und stehen zu unserer Pressemitteilung. Wer schwammige Begriffe in den Raum stellt, muss damit rechnen, dass dadurch alle Formen von Interpretationen möglich gemacht werden. Auch da bitten wir darum, dass man verantwortungsbewusst mit Begriffen umgeht.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir brauchen zusammenfassend das, was der Jusobundesvorsitzende Mikfeld mit dem treffenden Ausdruck als „**doppelte Integration**“ bezeichnet hat: Wir müssen Einwanderer in unsere Gesellschaft integrieren, aber wir müssen genauso dafür sorgen, dass die **sozial Schwachen** und **gesellschaftlich Ausgegrenzten** in unserem Land in die Gesellschaft integriert werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Diese Aufgabe steht leider im Widerspruch zu der Zielsetzung, die Lage der öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Die Finanzen aber dürfen nicht wichtiger sein als der soziale Frieden.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

**(Anke Spoorendonk)**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Wenn ich die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein betrachte, dann komme ich leider zu dem Schluss, dass die Beantwortung in zweierlei Hinsicht blutleer ist: Sie lässt im Umgang mit der Vergangenheit den Geist von 1989 vermissen, auf den sie sich beruft,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist Hokus-pokus!)

und sie entbehrt gleichzeitig zukunftsweisender Ansätze zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wirklich Unsinn!)

Die Aussagen der Ministerpräsidentin lassen aber hoffen, dass diese Ansätze in den Ausschüssen vertieft debattiert werden. Gleichzeitig macht der Bericht aber auch deutlich, dass wir uns noch viel mehr mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinander setzen müssen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ich habe keinen ausdrücklichen Antrag vernommen,

(Widerspruch bei der SPD)

frage aber, ob die Antwort auf die Große Anfrage an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen werden soll.

(Lothar Hay [SPD]: Bildungsausschuss, Sozialausschuss und Innen- und Rechtsausschuss ist von Herrn Rother in seinem Redebeitrag beantragt worden!)

- Überweisung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss! Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ehe ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, erlaube ich mir eine Bemerkung. Es heißt zwar: „Ein schöner Rücken kann auch entzücken“, ich bitte dennoch, nicht nur aus Höflichkeit gegenüber dem Präsidium, sondern vor allem aus Höflichkeit den Rednerinnen und Rednern gegenüber, dass Sie uns während der Debatte Ihre vordere Seite zuwenden.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 6 und 17 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Förderung der Gentechnik**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/386

**b) Technikfolgenabschätzung (TA) und Gentechnologie**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/523

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/534

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir an dieser Stelle, einen herzlichen Gruß nach Bäk zu senden, denn eigentlich wäre es der Redebeitrag von Frau Dr. Happach-Kasan gewesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich dachte schon, das sei eine gentechnische Veränderung! - Jürgen Weber [SPD]: Wir bedauern, dass sie nicht da ist!)

Ich werde mir Mühe geben, sie würdevoll zu vertreten.

Im September haben sich die SPD-geführten Landesregierungen bei der Bundesregierung über die geplante **Verteilung von Fördermitteln für gentechnische Forschung** beschwert. Die Mittel würden überwiegend in den Süden der Republik fließen. In diesen Chor stimmte natürlich auch die schleswig-holsteinische Landesregierung mit ein. Ich frage Sie: Was soll eine solche Beschwerde, wenn im Koalitionsvertrag von Rot-Grün in Schleswig-Holstein die Gentechnik gefährlich nahe an eine Geißel der Menschheit herangerückt wird?

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wir sollten uns bei einer solchen Politik und einer solchen Einstellung nicht wundern, wenn kaum Fördermittel für gentechnische Vorhaben nach Schleswig-Holstein fließen.

(Jürgen Weber [SPD]: Abwarten!)

Die **gentechnik-basierte Biotechnologie** gehört zu den **Wachstumsbranchen** der Hochtechnologie und den Wachstumsquellen der Zukunft. Die Zeitschrift „The Economist“ nennt die Gentechnik als eine von

(Dr. Heiner Garg)

drei Quellen für einen neuen langen Wachstumsschub der Weltwirtschaft gemeinsam mit der Informations- und der Brennstoffzellentechnologie.

Wenn wir in Schleswig-Holstein Einfluss auf den Umgang mit der **Gentechnik** nehmen und direkten Nutzen aus ihr ziehen wollen, müssen wir für die Gentechnik in **Schleswig-Holstein** mehr tun; denn nur wer mitmacht, wird auch beim Mitreden ernst genommen. Schleswig-Holstein darf nicht zum gentechnischen Niemandsland werden!

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das ist das Anliegen des vorliegenden Antrages.

Die **Bundesregierung** und andere **Landesregierungen** haben die Zeichen der Zeit längst erkannt. Sie erkennen nicht nur die Chancen der Gentechnik, sie lassen ihrer Erkenntnis auch Taten folgen. In Mecklenburg-Vorpommern entsteht das BioCon-Valley, ein Projekt, das unser Nachbarland in ein internationales bio- und gentechnisches Forschungsnetz einbindet. In Rheinland-Pfalz wird in den nächsten Jahren massiv in die Forschung an grüner Gentechnik investiert. Bayern und Baden-Württemberg sind bei gentechnischer Forschung die Vorreiter in Deutschland.

Die Bundesregierung bezeichnet die Gentechnik in ihrem Bericht „Genomforschung in Deutschland - Stand und Perspektiven“ als das zentrale Wissenschaftsfeld für den Erkenntnisfortschritt in den Lebenswissenschaften und für die Innovationsfähigkeit der Medizin, der Pharma- und Biotech-Industrie, der Agrarwirtschaft, des Nahrungsmittelsektors und des Umweltschutzes“. Weiter heißt es:

„Die Dynamik des Erkenntnisfortschritts in den Lebenswissenschaften und die daraus erwachsenden Innovationen für viele Wirtschaftsbereiche machen auch in Deutschland eine in Breite und Tiefe exzellente und international konkurrenzfähige Genomforschung erforderlich.“

Dies ist eine rot-grüne Erkenntnis, der sich der F.D.P. nicht nur nicht verschließt, sondern die wir voll und ganz unterstützen. Es ist dann aber an der Zeit, dass sich unsere Landesregierung ihren Parteifreunden in Berlin anschließt und ihr Verhalten von Betroffenheitsprosa und Verhinderungspolitik auf aktive Förderung der Gentechnik umstellt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Leider weist der **Antrag der Koalitionsfraktionen** zur Technologiefolgenabschätzung in Richtung **Verhinderung**. Das ist aber auch nicht weiter überraschend, denn entsprechend dem Antrag soll die einzu-

richtende TA-Einheit unter anderem auch Alternativen entwickeln und öffentliche Diskursverfahren verbessern. Das geht weit über die Bewertung von Chancen und Risiken hinaus. Die TA-Einheit müsste ihre begrenzten Mittel in wesensfremden Aufgaben verzetteln. Dies würde die Schätzung der Folgen der Gentechnik verzögern und Schleswig-Holstein einen weiteren Wettbewerbsnachteil bringen. **Technologiefolgenabschätzung** sollte keine Parallelforschung zur Entwicklung gentechnischer Verfahren und gentechnisch veränderter Produkte sein. Technologiefolgenabschätzung sollte auch kein Verfahren zur Entwicklung von Diskussionsformen und Marketingprozessen in gentechnikbezogenen Diskursen sein. Technologiefolgenabschätzung sollte ein Verfahren des Risikomanagements sein, in dem die Chancen und Risiken vorhandener oder entstehender gentechnischer Verfahren und gentechnisch veränderter Produkte mit nachvollziehbaren Verfahren gemessen und bewertet werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In diesem Sinne ist Technologiefolgenabschätzung nicht nur wichtig, sondern unbedingt notwendig. Die Ergebnisse der begleitenden Forschung sind eine wichtige Grundlage für die öffentliche Diskussion der Gentechnik. Als Diskussionsgrundlage werden die Ergebnisse aber nur dann brauchbar, wenn die Ablehnung der Gentechnik nicht a priori mittels eines politischen Auftrages in die Bewertung von Chancen und Risiken hineingetragen wird.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dieses Ziel scheint Ihr Antrag offensichtlich zu haben. Wir wehren uns dagegen, die notwendige begleitende Forschung für **Chancen und Risiken der Gentechnik** als Mittel der Verhinderung gentechnischer Forschung zu instrumentalisieren;

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

denn das würde erstens eine fruchtbare öffentliche Diskussion behindern und zweitens Schleswig-Holstein im Wettbewerb der Regionen um die Ansiedlung gentechnischer Forschungs- und Produktionsstätten weiter zurückwerfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn wir uns nicht beeilen, wird Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der Gentechnik so weit zurückfallen,

**(Dr. Heiner Garg)**

dass der Boom in diesem Sektor uneinholbar an uns vorbeizieht.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wenn wir in Schleswig-Holstein direkten wirtschaftlichen Nutzen aus der Entwicklung der Gentechnik ziehen wollen und wenn wir Einfluss auf den verantwortungsvollen Umgang mit gentechnischen Erkenntnissen nehmen wollen, dann muss Schleswig-Holstein eine der ersten Adressen für Gentechnik in dieser Republik werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie die Gentechnik positiv unterstützt und weiter voranbringt. Es reicht nicht aus, wenn sich die Vertreter der Regierung nur bei Unternehmensbesuchen für gentechnische Forschung aussprechen. Die **Landesregierung** muss die Chancen der Gentechnik endlich auch der breiten Öffentlichkeit nahe bringen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Gentechnik entwickelt sich so schnell, dass Rückstände nur schwer aufholbar sind. Man wird nicht auf Schleswig-Holstein warten. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich entschlossen handeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Auf dieses Ziel wollen wir die Landesregierung verpflichten, damit wir unsere Zukunft wirklich im eigenen Land bestimmen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Dem Antrag der Union stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

(Zuruf: Aber diesmal ehrlich, bitte! - Jürgen Weber [SPD]: Immer!)

**Jürgen Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat ist es bedauerlich, dass Kollegin Happach-Kasan heute nicht hier sein kann; sonst könnte ich ihr persönlich sagen, dass es - analog zu den Ausführungen, die Herr Garg vorgetragen hat - offensichtlich ein zentrales Missverständnis über Funktion und Bedeutung von **Technikfolgenabschätzung** gibt. Das hat

keinesfalls mit Verhinderung, sondern sozusagen mit systematischer Begleitung von neuen Technologien zu tun. Ich werde darauf gleich noch zurückkommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Biotechnologie ist in ihrer Gesamtheit ein Bereich, der einem beständigen Wachstum unterworfen ist. Auch Schleswig-Holstein hat im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Anteil daran. Jüngstes Beispiel dafür ist das vor kurzem fertig gestellte **Biotechnologie-Großlabor an der CAU**. Hier wird übrigens genau das realisiert, was die Enquetekommission im letzten Jahr einmütig empfohlen hat: ein interdisziplinäres Zentrum und eine sinnvolle Konzentration von Ressourcen aus der Mikrobiologie, der Biochemie, der Biophysik und der Agrarwissenschaft. Ich bin sicher, dass mit der MUL in Lübeck und mit dem Zentrum in Borstel weitere Kompetenzzentren im Land vorhanden sind, die sich entsprechend positiv entwickeln werden. Die Ankündigung eines neuen Studienganges Molekulare Biotechnologie in Lübeck ist ja erfolgt.

Die ökonomische Bedeutung der Biotechnologie wächst auch in unserem Land. Es ist vor kurzem vom Minister dargestellt worden, dass sich die 17 neuen Biotech-Unternehmen, die wir im Land haben, positiv entwickeln.

Ich will gar nicht ausführlich darauf eingehen - wir haben das hier in vielen Debatten gemacht -, wo die spezifischen **Chancen und Risiken** und auch Perspektiven für Schleswig-Holstein liegen. Die besondere Situation mit dem Schwerpunkt im Bereich Nahrungsmittel, Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt zeigt, dass dies für die Biotechnologie besonders interessante Bereiche sind, die in Schleswig-Holstein stark verankert sind. Wir wissen, dass wir an Hochschulen jetzt schon viele Dinge, die häufig unerwähnt bleiben, an Strukturen haben - angefangen von der Bioverfahrenstechnik an der Fachhochschule in Flensburg bis hin zu dem, was unsere Universitäten im Bereich der Medizin anbieten. Das muss ich Ihnen hier gar nicht alles noch einmal en détail ausbreiten.

Jede Entscheidung und jedes Handeln hinsichtlich der Förderung neuer Technologien setzt natürlich auch eine Bewertung von Nutzen und Risiken voraus und - das ist in diesem Fall von besonderer Bedeutung - eine Beurteilung auf höchstem, auf bestem wissenschaftlichen Niveau.

Das Thema Biotechnologie ist natürlich nach wie vor ein Reiz- und Streitthema. Gerade deswegen sollten wir uns nicht darauf beschränken, auf der einen Seite apokalyptische Horrorgemälde zu zeichnen oder auf der anderen Seite vorsätzliche Gedankenlosigkeit zu

(Jürgen Weber)

fabrizieren, sondern es geht um eine vernünftige **Bewertung von Technikfolgen**, übrigens dann auch immer systematisch im Vergleich zu anderen denkbaren Handlungs- und Entwicklungsoptionen. Sonst brauchte man so etwas ja gar nicht durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen sie auch als Entscheidungshilfe für die Förderung und für Förderungsrichtungen. Darüber muss sich doch auch wissenschaftlich qualifiziert geäußert werden können.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das **Prinzip der Technikfolgenabschätzung** nicht so neu ist. Wer einmal in die Akten hineinschaut, wird feststellen, dass bereits 1973 - man höre und staune! - die damalige CDU/CSU-Opposition im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines - ich zitiere! -

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sehr progressiv!)

- ja, in diesem Fall will ich nicht bestreiten, dass das progressiv war --

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Immer!)

- nicht immer, Frau Schmitz-Hübsch; in diesem Fall will ich es aber gern konzедieren - „Amtes zur Bewertung technologischer Entwicklungen“ vorgelegt hat. Das hat dann zwar noch 16 Jahre gedauert, bis in der Bundesrepublik etwas Entsprechendes geschaffen wurde, aber wir haben heute in der Tat bundesweit eine Reihe von Einrichtungen. Ich nenne als Beispiel das Wissenschaftszentrum Berlin, ich nenne die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg oder auch die Universität Hamburg, wo wir auf hohem Niveau entsprechende Einrichtungen haben.

So unterschiedlich die Gegenstandsbereiche und Methoden von TA sind, sie haben alle erstens einen Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität, sie haben zweitens alle den Anspruch einer möglichst umfassenden Darstellung des Problems und sie haben drittens alle den Anspruch - egal, wo sie sich befinden -, auch in Politikberatung einzumünden.

Deswegen glaube ich, dass sich hier für uns in **Schleswig-Holstein** wünschenswerte **Aufgaben** und **Bearbeitungsfelder** anbieten: zum einen Untersuchungen über die Zukunft der Landwirtschaft auch unter dem systematischen Vergleich unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten und unter Einbeziehung transgener Pflanzen - oder nicht - oder auch Handlungsbedarf und Entwicklungsalternativen im Bereich der pränatalen und prädiktiven genetischen Diagnostik.

Das ist ja etwas, was entsprechend betrachtet werden muss.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch gern darauf, dass wir im letzten Jahr in der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ einstimmig - ich betone einstimmig! - empfohlen haben - ich zitiere! -: Es ist „darauf hinzuwirken, dass an einer der Universitäten des Landes eine TA-Einheit eingerichtet wird, die sich schwerpunktmäßig mit den Konsequenzen der Gen- und Biotechnologie für Schleswig-Holstein befasst und die dazu vorhandenen regionalen Entwicklungsalternativen erforscht.“

Nun wissen wir alle, dass man unter dem Gebot äußerster Sparsamkeit im Bereich der öffentlichen Finanzen der Installierung neuer Einheiten und Einrichtungen und Institutionen nicht ohne weiteres das Wort reden soll. Aber es geht darum -, entsprechend bitten wir mit unserem Antrag die Landesregierung -, eine **Bestandsaufnahme** bereits bestehender Projekte und Einzelforschungsvorhaben in diesem Land vorzunehmen, um das entsprechend gewichten zu können, und zweitens Möglichkeiten zu prüfen, was im Rahmen norddeutscher Kooperationen in diesem Bereich möglich ist.

Ich sage noch einmal auf den CDU-Antrag hin orientiert: Es ist keinesfalls so, dass es hier keinen **regionalen Handlungsbedarf** gibt. Es gibt natürlich für regionale Entscheidungen auch das Erfordernis regionaler Forschung in diesem Bereich. Sie muss nicht unbedingt hier gemacht werden, sie kann theoretisch auch woanders gemacht werden, aber eine Aufgabe für unser Land ist es auch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Bundesregierung** stellt in diesem Jahr und in den nächsten Jahren zusätzlich mehrere 100 Millionen DM zur Forschung im Bereich der Bio- und Gentechnologie zur Verfügung.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Integraler Bestandteil - ja, aber auch immer den zweiten Teil lesen! - dieses herausragenden Pakets zur **Förderung der Biotechnologie in Deutschland** sind Mittel für die begleitende Forschung zu rechtlichen, sozialen Fragen der Genomforschung wie auch zu Aspekten der Technikfolgenabschätzung. Wir sehen auch diesen Aspekt als eine Herausforderung in Schleswig-Holstein an, der wir uns stellen wollen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal Folgendes deutlich sagen: Die vor kurzem angeblich gelunge-

(Jürgen Weber)

ne vollständige Entschlüsselung des menschlichen Genoms bietet in der Tat zahlreiche Chancen für das, was man heutzutage neudeutsch „Life Sciences“ nennt. Dabei wird - das sollte man in der Diskussion nicht verkennen - in zunehmendem Maße deutlich, welche Bedeutung die modernen **Biowissenschaften** auch als Basis für **Innovationen** in anderen wissenschaftlichen Bereichen haben. Das ist etwas - so glaube ich -, was wir nicht unterschätzen sollten.

Alle gängigen Technologiestudien, die wir kennen, belegen, dass sich Innovationen sehr häufig in den Grenzbereichen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen ergeben. Es muss daher meines Erachtens künftig in unserem Interesse sein zu prüfen, inwieweit die üblichen, auf Einzeldisziplinen begrenzten Betrachtungsweisen überwunden werden können. Dazu gehört dann auch der gesamte Bereich von **Technikfolgenabschätzung**, wie wir uns ihn für dieses Land wünschen.

Die Zahl der Bereiche in Forschung und Technik, die Disziplingrenzen überschreiten, dürfte ständig zunehmen. Wir erleben heute, dass ein Mathematiker ein Biologiebuch in die Hand nimmt, um neue evolutive mathematische Methoden zu erarbeiten, um beispielsweise das Strömungsverhalten von Turbinen vorhersagen zu können, und wir wissen, dass Informatiker und Ingenieure von der Natur lernen wollen - wir lesen das jeden Tag -, wie man fehlertolerante Computer baut. Die verschiedenen Instrumente zusammenzubringen und das Know-how zu koppeln, muss Bestandteil von Forschungspolitik sein. Ein Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Technikfolgenabschätzung. Deshalb haben wir zu diesem Zeitpunkt auf diesen Aspekt ein besonderes Augenmerk gelegt.

Innovationen brauchen - ich darf einmal sagen, das ist ein Selbstgänger - Diskurs. Wir wissen, im Mittelpunkt des Innovationsprozesses steht immer der Mensch - einerseits, weil er ihn selbst prägt und ausgestaltet, andererseits, weil er Ziel von Innovationen ist, sei es als Verbraucher, Anwender oder Nutzer. Diese Innovation braucht auch wissenschaftlich fundierte Abschätzung von Technikfolgen. Wir wissen, dass sich weltweit global die Märkte und Produkte auch durch internationale Arbeitsteilung verändern, gerade in dem Bereich und gerade auch durch die neuen Methoden und Strukturen, die hinter der Biotechnologie und Biowissenschaft stehen. Wer diese Prozesse, die sich vor unseren Augen entwickeln, verantwortlich und verantwortbar mitgestalten will, muss wissen, worüber er redet. Deshalb brauchen wir ein integriertes Konzept für nachhaltiges Handeln.

Auf genau diese nachhaltige Betrachtungsweise zielt unser Antrag. Wir wünschen uns Zustimmung zu dem

Antrag, wollen ihn aber natürlich gern mit den vorliegenden Anträgen von CDU und F.D.P. in den Ausschüssen weiterberaten.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Besuchertribüne begrüße ich eine weitere Besuchergruppe der Klaus-Harms-Schule Kappeln und der Deutsch-Dänischen Gesellschaft aus Plön.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

**Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zwar ungewohnt, aber durchaus erfreulich, dass auch die Regierungsfractionen einmal einen Antrag zur **Gentechnologie** einbringen. Auf diese Art und Weise bekommen wir wieder die Gelegenheit, dieses Thema im Landtag zu diskutieren. Der Antrag der F.D.P., der heute mitbearbeitet wird, wurde ja bereits mehrfach verschoben. An dieser Stelle möchte natürlich auch ich Frau Dr. Happach-Kasan gute Besserung wünschen.

Ja, Herr Weber, aber damit ist das positive Erstaunen schon wieder beendet, denn der Antrag enthält - wie könnte es auch anders sein - im Wesentlichen Forderungen nach der Beschreibung und der Erforschung der Risiken dieser neuen Technik. Eine Forderung, die **Chancen** zu beschreiben, finde ich leider nicht.

(Frauke Tengler [CDU]: Das ist schade!)

Die Bedenkenräger in den rot-grünen Fractionen haben einmal wieder gesiegt. Ich stelle fest, in den Antrag ist es nicht hineingekommen, Ihre Rede eben war etwas anders, aber offensichtlich haben Sie sich bei der Abfassung des Antrages nicht durchsetzen können.

Für die CDU-Fraktion möchte ich klarstellen: Jede neue Technik birgt Chancen und Risiken. Bei ihrer Erforschung muss Nicht-Wissen in Wissen und damit in Sicherheit umgewandelt werden. Bei ihrer Anwendung hat der Schutz von Mensch und Umwelt Priorität. Die bisherigen praktischen Ergebnisse im Umgang mit der Bio- und Gentechnologie zeigen, dass die Risiken beherrschbar sind, wenn wir verantwortungsvoll mit dieser Technologie umgehen. Zu dieser Verantwortung gehört auch die Schließung von Wissenslücken durch Sicherheitsforschung. Deshalb unterstützen wir voll und ganz die Forderung nach einer wissenschaftlich

**(Brita Schmitz-Hübsch)**

fundierten **Technikfolgenabschätzung** für die Gentechnologie.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Ich freue mich, von Ihnen zu hören, dass Parteifreunde von mir diese Forderung schon vor 27 Jahren eingebracht haben. Da können Sie sehen, wie vorausschauend die CDU als Partei und ihre Vertreter doch sind.

(Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Waren!)

- Sind! Ich komme gleich noch auf das „sind“!

Technologiefolgenabschätzung unterstützen wir also voll und ganz. Aber wieso brauchen wir dazu eine regionale Einrichtung? Zum einen gibt es leider nur relativ wenig Bio- und Gentechnologie-Forschung in Schleswig-Holstein - leider! Zum anderen gibt es solche Forschungsvorhaben an wissenschaftlichen Instituten bundesweit - Sie haben etliche genannt -; ich erwähne hier auch die Universität Hamburg oder zum Beispiel die Fachhochschule Wildau, an der im Übrigen ein antizipatives Verfahren zu einem Bioplastik-Projekt in Schleswig-Holstein läuft. Es findet also längst schon alles das statt, was Sie da fordern.

Wenn man den Gedanken zu Ende spinnen würde, müssten alle sechzehn **Bundesländer** eine eigene wissenschaftliche Technologiefolgenabschätzungsinstitution zur Gentechnologie unterhalten. Dieser Hinweis zeigt, wie absurd der Vorschlag ist.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er fällt unter die Rubrik „nice to have, but impossible to do“, Frau Birk.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das hat sie jetzt nicht verstanden!)

In Anbetracht des desolaten Zustandes der schleswig-holsteinischen Landesfinanzen fällt es mir schwer, mich zu diesem realitätsfernen Vorschlag freundlich zu äußern,

(Martin Kayenburg [CDU]: Müssen Sie ja auch nicht!)

insbesondere angesichts des Stricks, den diese Landesregierung bereits jetzt den Hochschulen um den Hals gelegt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Spätestens die gestrige Demonstration war doch Beweis genug, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir hier nicht überflüssige Institutionen ansiedeln müssen, die es längst gibt.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

**Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:**

Aus Zeitgründen leider nicht, Herr Weber. Tut mir Leid.

Ich fordere Sie deshalb auf, dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen, der eine vermehrte Teilhabe der wissenschaftlichen Institutionen unseres Landes an den Technikfolgeerkenntnissen bundesweiter Institute zum Inhalt hat. Hier muss wirklich nicht jeder vor sich hinforschen, sondern kann angesichts der immens knappen Mittel im Hochschulbereich vom anderen profitieren. Die wirklich wissenschaftlich orientierten Institute in Schleswig-Holstein tun dies längst. Ihr Antrag rennt längst offene Türen ein!

Die Regierungsfractionen bedienen sich zur Untermauerung dieses Antrags der Voten der **Enquete-kommission**.

(Jürgen Weber [SPD]: Der einstimmigen!)

Das ist stark. Die Voten der Kommission wurden 1998 erarbeitet und 1999 zu Papier gebracht. Damals ahnten die Mitglieder der Kommission wohl noch nicht, welche Drangsalierungen durch die Landesregierung auf die Hochschulen zukommen würden.

(Lachen bei der SPD - Zurufe)

- Drangsalierungen, das habe ich gesagt.

Wenn Sie es so ernst mit der Kommission meinen, weshalb greifen Sie dann nicht auch andere Empfehlungen auf, Herr Weber? Was ist zum Beispiel aus der Professur für Molekularbiologie geworden, die die Kommission empfohlen hat? Welchen Sachstand gibt es hier? Läuft ein Berufungsverfahren? Das können wir dann ja im Ausschuss besprechen.

Ohne Zweifel ist eine Bewertung der Risiken der Gentechnik notwendig. Doch dies darf nicht die einzige Seite der Betrachtung sein. Über die Chancen wird in Schleswig-Holstein fast gar nicht oder nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen oder der Wirtschaftsminister tut dies bei Firmenbesuchen. Deshalb ist es notwendig, die Forschung in diesem Bereich massiv zu unterstützen, damit wir nicht von der Entwicklung in anderen Bundesländern abgekoppelt werden, geschweige denn in anderen Ländern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Brita Schmitz-Hübsch)

Der Kollege Garg hat vorhin sehr deutlich gemacht, dass man bei diesem Wettlauf total zurückfallen kann, wenn man nicht endlich in die Puschen kommt.

Wir appellieren deshalb in unserem Antrag an das hohe Haus, die Technikfolgenabschätzung unter dem Aspekt der Kostenminimierung zu bearbeiten, die Chancen dieser Technik aber unter dem Aspekt der Nutzenmaximierung voranzubringen. Dazu gehört die entschlossene Förderung der Forschung auf allen Gebieten, wie sie im Antrag der F.D.P. verlangt wird, dem wir zustimmen werden. Jetzt ist aber offensichtlich Ausschussüberweisung beantragt worden.

Zum verantwortlichen Umgang mit der Gentechnologie gehört aber auch, dass die Ängste, die in der Bevölkerung ohne Zweifel vorhanden sind, ernst genommen und entkräftet werden. Das kann nur über eine offene Diskussion auf allen Ebenen geschehen, auf denen das Thema immer wieder angesprochen und auf den Punkt gebracht wird. Dazu brauchen wir auch eindeutige Stellungnahmen von höchsten Entscheidungsträgern in der Politik.

Noch ein Beispiel für die vorausschauende Politik der CDU, Herr Weber! Die Regierung Kohl hat in den 90er-Jahren die Diskussion um die Gentechnologie wieder belebt. Sie hat 1990 ein **Gentechnikgesetz** auf den Weg gebracht, an dem sich viele Menschen orientieren konnten. Aus dieser Zeit stammt auch der **Bio-Regio-Wettbewerb**, der in der Bundesrepublik bei den Bürgern für eine enorme Akzeptanz der Bio- und Gentechnologie gesorgt hat. In Schleswig-Holstein kam man nur sehr mühevoll und unter riesigen Bedenken in die Puschen und kam dann bei dem Wettbewerb auch zu spät.

Was aber macht Bundeskanzler Schröder? - Wie immer verfährt er nach einem kräftigen „Sowohl-als-Auch“. In seiner Rede zum Expo-Projekt Pflanzenzüchtung im Juni dieses Jahres lobte er die wirtschaftliche Dynamik, die von der Bio- und Gentechnologie ausgeht, über den grünen Klee, äußerte sich freundlich über das gemeinsame Förderprogramm zur Erforschung der pflanzlichen Genome, forderte dann ein Forschungs- und Beobachtungsprogramm für den Bereich der grünen Gentechnik - natürlich auf freiwilliger Basis -, um anschließend die Betriebe aufzufordern, während der Dauer dieses Programms, also für mehrere Jahre, den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zurückzustellen. Ist das politische Führung, meine Damen und Herren?

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das ist Unsinn!)

Es ist eine neue Auflage des üblichen Debattierclubs von Rot-Grün, der ständig mit dem Satz endet: „Wir

haben zwar heute nichts erreicht, aber es ist nett, dass wir darüber gesprochen haben.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Durch ein solches Verhalten werden die Menschen, die in unserem Land in der Gentechnologie forschen und vermarktungsfähige Produkte entwickelt haben, mutlos. Sie werden richtig mutlos. Gehen Sie einmal in die Labore und Institute und reden Sie mit ihnen.

Das betrifft die Wissenschaftler, die in andere Länder abwandern, in denen Forschung weniger behindert wird als bei uns. Es droht damit ein Kompetenzverlust, der sich später nicht mit Greencards lösen lässt. Es betrifft aber auch die Betriebe, die fertig entwickelte Produkte in jahrelangen Verfahren nicht genehmigt bekommen und schon jetzt einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlagert haben. Das wurde am 9. Oktober auf unserer Veranstaltung zur grünen Gentechnik hier im Landeshaus mehr als deutlich.

Es ist notwendig, der Gentechnologie eine dauerhafte Perspektive zu geben, damit hier weiter geforscht werden kann. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, über die Bundesregierung auf die Gremien der EU einzuwirken, möglichst zügig neue Regeln für die Risikoprüfung und Genehmigung von gentechnisch veränderten Organismen zu erlassen. Seit der Blockade der Zulassungsverfahren 1998, also vor rund zweieinhalb Jahren, bewegt sich innerhalb der EU in diesem Bereich nichts mehr. Entsprechend sind auch die Zulassungsverfahren in der Bundesrepublik gestoppt. Nach meiner Information ist die Industrie bereit, auch strengere Zulassungsvorschriften in Bezug auf Freisetzung zu akzeptieren, wenn es damit endlich Rechtssicherheit und Transparenz gibt.

(Beifall bei der CDU)

Es dürfte also Kanzler Schröder nicht schwerfallen, hier aktiv zu werden, damit die von ihm beschworene Wachstumsdynamik der Bio- und Gentechnologie wirklich wirksam werden kann.

Meine Damen und Herren, wir wollten unseren Antrag alternativ zum Antrag der SPD stellen. Da aber der Kollege Weber Ausschussüberweisung für alle drei Anträge beantragt hat, stimmen wir dem zu und freuen uns auf die Fortsetzung der Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Für die eben kurz zuvor erkrankte Frau Abgeordnete Fröhlich erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Hentschel. - Wir wünschen Frau Fröhlich von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum Technikfolgenabschätzung? - Gentechnologie ist eine **Risikotechnologie**. Die Stufe 3 der Gentechnologie erfordert Räume, die ständig im Unterdruck gehalten werden, damit sichergestellt ist, dass keinerlei Material aus diesen Räumen nach außen dringen kann. Sie erfordert Schleusen, durch die die Arbeiter oder Wissenschaftler diese Räume betreten. Sie erfordert eine Verbrennung sämtlicher Materialien, die herauskommen, damit gewährleistet ist, dass keinerlei organische Substanz übrig bleibt.

Diese Sicherheitsbestimmungen, die sicherlich nicht umsonst geschaffen worden sind, machen deutlich, dass wir es hierbei mit einer Technologie zu tun haben, die unserer Aufmerksamkeit bedarf. Bei der Freisetzung von organischen Materialien ist es nicht wie bei chemischen Materialien, dass sie sich irgendwann einmal ablagern; vielmehr bedeutet Freisetzung von organischen Materialien die Freisetzung von Lebewesen, die sich weiter vermehren können. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass Giftstoffe, Bakterien, Viren und Ähnliches produziert werden, die sich selbst weiter vermehren und neue Krankheiten schaffen, möglicherweise sogar Epidemien hervorrufen.

Die Freisetzung von Lebewesen in der Landwirtschaft bedeutet, dass wir künstliche Lebewesen produzieren, die als Pflanzen oder Tiere in Konkurrenz zu bestehenden Arten treten und damit verheerende Auswirkungen auf die Biosphäre dieses Planeten haben können. Das sind alles Fakten, mit denen wir uns beschäftigen müssen, wenn wir das Thema Gentechnologie angehen.

Das, was Sie hier vorgetragen haben, Frau Schmitz-Hübsch, nämlich dass die Gentechnologie in Schleswig-Holstein oder in der Bundesrepublik Deutschland leide, geht völlig an der Realität vorbei; denn es ist sogar umgekehrt. In den letzten Jahren ist es sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der wirtschaftlichen Betätigung zu einem erheblichen Aufschwung gekommen. Darüber hinaus hat sich die harte Front gegen die Gentechnologie von Deutschland in die USA und nach England verlagert. Das heißt, die Situation hat sich völlig verändert, was Sie offensichtlich noch nicht mitbekommen haben.

Ein weiterer Grund dafür, dass wir Technikfolgenabschätzung brauchen, ist die Geschwindigkeit, mit der

mittlerweile der Übergang von der Wissenschaft zur Anwendung stattfindet. Dauerte in früheren Jahrhunderten der Übergang von der Forschung zur Anwendung teilweise Jahrhunderte, mindestens Jahrzehnte, so sind es heute teilweise nur noch wenige Jahre, innerhalb derer ein solcher Übergang stattfindet, und zwar ohne dass genügend geprüft wird, ob das, was in die Praxis eingeführt wird, tatsächlich allen Überprüfungen standhält. Eine Selbstkontrolle der Wirtschaft und eine Selbstkontrolle der Wissenschaft ist aufgrund des Konkurrenzprinzips nicht möglich.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Quatsch!)

Das sage nicht nur ich, sondern das wird Ihnen jeder Forscher in Borstel sagen, wenn Sie einmal dort hingehen. Ich habe mit denen geredet. Alle sagen: Wir erwarten von der Politik, dass sie uns sagt, wo die Grenzen sind und was getan werden kann und was nicht. Sie können doch nicht von uns erwarten, dass wir unsere eigenen Grenzen beschreiben. Das ist vom System her nicht möglich; das ist systemfremd.

Beispiele für die unzureichende **Technikfolgenabschätzung** gab es in der Vergangenheit genug. Nehmen wir nur die Contergan-Fälle; Tausende von Kindern sind aufgrund eines schlechten Medikaments verkrüppelt geboren worden. Ein weiteres Beispiel ist das FCKW im Hinblick darauf, dass internationale Konferenzen erforderlich werden, um die Produktion einer Chemikalie zu stoppen, die die Atmosphäre unseres Planeten zerstört.

Ein weiteres Beispiel für eine mangelnde Technikfolgenabschätzung ist der Skandal um PVC-Spielzeug. Tausenden von Kindern, die Spielzeug gegessen hatten, mussten die Mägen zerschnitten werden, weil das weiche Plastik im Magen hart geworden war und dann zu entsprechenden Zerstörungen geführt hat.

Ein weiteres Beispiel ist die Atomenergie. Es kostet heute Milliarden, um von dieser Wahnsinnstechnologie wieder herunterzukommen. Dadurch werden Generationen belastet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das heißt, Euphorie ist angebracht; denn es geht um neue Chancen. Aber Technikfolgenabschätzung ist notwendig. Kontrollen und Überwachung müssen fallspezifisch sein, Frau Schmitz-Hübsch. Sie können nicht generelle Kontrollen durchführen und sagen: Da gibt es irgendwo Institute, die das machen.

Professor Jung, der nun wahrlich nicht im Ruf steht, ein Gegner der Gentechnologie zu sein, hat dazu Folgendes gesagt - Zitat! -: „Eine pauschale Bewertung gentechnischer Veränderungen ist unsinnig und wis-

**(Karl-Martin Hentschel)**

senschaftlich unbegründet. Jede gentechnische Veränderung muss im Einzelfall bewertet werden.“

Das bedeutet, wir brauchen eine qualifizierte Technikfolgenabschätzung, eine qualifizierte Bewertung.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie findet längst statt!)

Sie muss jeweils überall dort stattfinden, wo Gentechnologien entwickelt und angewandt werden. Das heißt, Sie können nicht sagen: Wir fördern in Schleswig-Holstein die Gentechnologie, aber die Technikfolgenabschätzung findet in Bayern statt. - So kann das nicht funktionieren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Warum nicht?)

- Weil Sie überall dort eine Technikfolgenabschätzung brauchen, wo die Dinge praktiziert und angewandt werden. Die aktuellen Prozesse, die hier in Schleswig-Holstein in der Wirtschaft realisiert werden, müssen auch in Schleswig-Holstein bewertet werden können.

Die Institutionalisierung dieser Angelegenheit ist notwendig. Warum? - Nehmen wir als Beispiel den Datenschutz. Die neue **Informationstechnologie**, die wir alle begrüßt haben - ich selbst natürlich sehr, da ich mein Leben lang in der Informationstechnologie tätig war -, ist auch eine Technologie, die mit gesellschaftlichen Risiken verbunden ist. Deswegen haben wir in allen Bundesländern - nicht nur in den SPD- oder von SPD und Grünen regierten Bundesländern - Datenschutzinstitutionen geschaffen, die eine Technikfolgenabschätzung gewährleisten und eine Überwachung der Produktionseinrichtungen, der Industrie sicherstellen.

Der Datenschutz ist meiner Ansicht nach ein gutes Beispiel, das auch als Vorbild für den Bereich Gentechnologie dienen kann. Wir werden auch im Bereich Gentechnologie zu institutionalisierten Einrichtungen kommen. Ich würde mich wundern, Frau Schmitz-Hübsch, wenn Sie fordern würden, das Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein mit der Begründung aufzuheben, dass Hamburg ja schon eines hat. Ich hielte das für absurd.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Mit Hamburg zusammenlegen!)

Wir brauchen im Bereich der Technikfolgenabschätzung selbstverständlich eine internationale Abstimmung. Es ist natürlich - wie immer - ein Standortfaktor im positiven und im negativen Sinne. Wir wissen, dass Kontrollen gegenüber der Wirtschaft durchaus ein Standortfaktor im negativen Sinne sein können. Deswegen muss man sie kritisch betrachten. Wir wissen aber auch, dass Kontrollen ein positiver Standortfaktor

sein können. Das Label, das das Landeszentrum für Datenschutz aus sicherheitstechnischen Gründen für schleswig-holsteinische Software-Produzenten vorgeschlagen hat, wird bereits überregional nachgefragt. Die Leute sagen, dass das ein Qualitätssiegel ist, das sich vermarkten lässt.

Im Bereich der Gentechnologie geht die Angelegenheit noch weiter; denn die Technikfolgenabschätzung im Bereich der Gentechnologie ist auch ein Standortfaktor insbesondere für die Landwirtschaft. Stellen Sie sich doch einmal vor, die BSE-Katastrophe wäre in England vermieden worden: Um wie viele Milliarden wäre England reicher und um wie viel ginge es der englischen Landwirtschaft besser!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wie ist denn BSE entstanden? Durch eine neue Technik?)

Wenn wir rechtzeitig verhindern, dass hier in Schleswig-Holstein Materialien in die Böden kommen und Materialien in den Genpool unserer landwirtschaftlich genutzten Tiere, dann vermeiden wir Folgen, die wir nicht wünschen - wie beispielsweise Probleme der Bodenverseuchung oder Krankheiten in Tieren. Wenn wir das rechtzeitig verhindern, sparen wir sicherlich Milliarden ein, und es lohnt sich deshalb auf alle Fälle - auch rein wirtschaftlich, ökonomisch -, eine rechtzeitige Technikfolgenabschätzung in Schleswig-Holstein zu institutionalisieren.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das ist ja richtig! Das wird nicht bestritten!)

Deshalb glaube ich, dass unser Antrag ein Antrag ist, der nicht nur der Verantwortung gegenüber diesen Problemen gerecht wird, sondern es ist auch ein Antrag, der dafür sorgt, die Bedenken der Menschen zu zerstreuen,

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das gerade tut er nicht! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, er schürt diese Bedenken! Das ist alles!)

und es ist auch ein Antrag, der der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes nützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gentechnik ist ein weit umfassendes Feld.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

(Lars Harms)

Sie beschränkt sich nicht nur auf Bereiche wie Landwirtschaft, Medizin oder Umwelt; sie greift viel weiter in unsere Gesellschaft ein.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Guter Einstieg!)

Die Auswirkungen und Möglichkeiten der Gentechnik sind bisher nicht vollständig erforscht und abschätzbar.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

Dies hat auch der Abschlussbericht der **Enquetekommission** „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ verdeutlicht,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

obwohl man sich über zwei Jahre ausgiebig mit dem Thema beschäftigt hat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aber nicht geforscht!)

Daher ist es nur angemessen, sich verantwortungsvoll und sorgfältig mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Der Abschlussbericht hat verdeutlicht, dass es nicht möglich war, zu einem von allen Parteien getragenen Bericht zu kommen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Sehr überraschend!)

Dies spiegelt auch die unterschiedlichen Auffassungen und Haltungen zur Gentechnik in der Gesellschaft wider. Heute liegen uns drei Anträge zur Gentechnik vor, die diese unterschiedlichen Ansichten exemplarisch darstellen.

Der SSW kann den ersten Absatz des F.D.P.-Antrages inhaltlich durchaus nachvollziehen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Aha!)

Es ist Aufgabe der Politik, die Normen zu setzen, die im Bereich der Gentechnik gesetzt werden müssen. Wir wissen, dass die Gentechnik ein hohes wirtschaftliches Potenzial in sich birgt. Zurzeit gilt sie als einer der Wachstumsmärkte schlechthin. Daher wäre es für Schleswig-Holstein von Nachteil, wenn wir uns völlig von der Beschäftigung mit der Gentechnik verabschieden würden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Da geben wir Ihnen durchaus Recht. Es muss aber gewährleistet sein, dass die Gentechnik von der notwendigen Normenbildung und der Technologiefolgenabschätzung geleitet und begleitet wird.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

Nach der Auffassung des SSW geht der Antrag der F.D.P. ebenso wie der der CDU jedoch zu wenig auf die möglichen Risiken ein.

(Zurufe der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Er zeigt nicht auf, dass die Gentechnik nicht nur eine wirtschaftlich-technische, sondern auch eine gesellschaftliche Dimension hat. Es kann nicht angehen, dass der Markt hier allein die Richtung bestimmt.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Wer will das denn?)

Vielmehr müssen auch gesundheitlich-biologische Fragen genauso vertieft aufgearbeitet werden wie die ethischen Fragen. Nur dann lassen sich die Konsequenzen in der Gesamtheit überblicken.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Dazu gibt es eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages!)

Die Politik setzt die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes. Hierzu zählt auch die Unterstützung einzelner Unternehmen oder Hochschulen im Bereich der Gentechnik. Davor gilt es allerdings, die ethischen Fragen und Probleme zu lösen. Solche Fragen und Probleme lassen sich nur in einem breiten Dialog zwischen Bevölkerung und Wissenschaft lösen.

Außerdem haben wir unsere Schwierigkeiten mit dem zweiten Teil des F.D.P.-Antrages. So suggeriert die Aufzählung einzelner Bereiche der Gentechnik, dass man sich in der Gesellschaft vollständig mit den Forschungsinhalten identifiziert.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ja!)

Dies wird vom SSW so nicht gesehen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein?)

Themenfelder wie die gentechnische Herstellung von Arzneimitteln oder die gentechnische Erzeugung von Zusatzstoffen in der Ernährungswirtschaft sind immer noch heikle Themen, die man nicht einfach in einer Aufzählung abhandeln kann.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das gibt es doch längst! Wie wird denn Käse hergestellt?)

Hier muss über jede einzelne Fördermaßnahme nachgedacht und intensiv diskutiert werden. Der Abschlussbericht der Enquetekommission hat gezeigt, dass es auch hierbei keine einfachen Lösungen gibt.

(Lars Harms)

Was verwundert, ist, dass die F.D.P und auch die CDU keine Aussagen zum Verbraucherschutz machen. Die **Kennzeichnungspflicht** von gentechnisch veränderter Nahrungsmitteln ist eine Kernforderung des SSW.

(Beifall beim SSW)

Bisher besteht die Grundvoraussetzung in der Bevölkerung nicht, dass gentechnisch veränderte Nahrungsmittel überhaupt akzeptiert werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wir essen sie längst!)

Letztlich muss die Gentechnik im Einklang mit dem Verbraucher entwickelt werden. Hier besteht jedoch noch ein Defizit an Informationen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Wo ist denn da der Widerspruch?)

Daher ist und bleibt die breite Information und Aufklärung in der Bevölkerung über die Gentechnik ein wichtiger Bestandteil unserer Politik.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aber nicht durch ein neues Institut!)

Der SSW ist der Meinung, dass eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung und eine breite Diskussion in der Bevölkerung zur Gentechnik auf der Grundlage der Empfehlungen der Enquetekommission des Landtages möglich sind.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Bringen Sie doch einen entsprechenden Änderungsantrag ein!)

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt in eine Richtung, die unseren Vorstellungen eher entspricht.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das ist aber sehr überraschend!)

Im Prinzip sehe ich drei Bereiche, in denen sich Schleswig-Holstein besonders engagieren muss.

Erstens. Allgemeine Technikfolgenabschätzung und ein breiter ethischer Diskurs in der Bevölkerung.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Allgemeine TA? Ach du lieber Gott! Wissen Sie, was das kostet?)

Zweitens. Technikfolgenabschätzung in der Medizin.

Drittens. Technikfolgenabschätzung in der Landwirtschaft.

Bevor eine Technologie angewandt wird, sollte im Idealfall ein ethischer Diskurs über die Ziele und Auswirkungen dieser Technologie durchgeführt werden. Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Gen-

technik schon da ist. Aber sie befindet sich immer noch im Anfangsstadium. Sie wurde in der Gesellschaft noch nicht ausreichend diskutiert. Weder der Nutzen noch die möglicherweise gravierenden Folgen sind annähernd ausdiskutiert.

Dass sich eine breite Diskussion zu diesem Thema in der Bevölkerung durchführen lässt, zeigt - natürlich - unser nördlicher Nachbar. Die können nicht nur Fußball spielen, sondern sie können auch mit der Gentechnik besser umgehen.

(Heiterkeit)

Hier wurde vom dänischen Wirtschaftsministerium eine Broschüre erstellt, in der der Forschungsstand und die Chancen und Risiken der Gentechnologie zusammengefasst worden sind.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Können Sie die mal übersetzen?)

Der verfolgte Zweck ist, die Information der Bevölkerung sowie die Diskussion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Bevölkerung zu verbessern. Die Diskussion läuft in Dänemark inzwischen auf einer breiten und interdisziplinären Grundlage. Ähnliche Arbeiten müssen in Deutschland respektive in Schleswig-Holstein auch geleistet werden. Mir ist bewusst, dass Schleswig-Holstein sicherlich nicht die Diskussion für ganz Deutschland oder ganz Europa leisten kann, aber wir können die Grundlagen für eine Diskussion erbringen.

Wie sehen diese Grundlagen aus? Indem man sich beispielsweise auf die Bereiche festlegt, die das Land am stärksten beeinflussen. Dies muss jedoch neben einer breiten ethischen Diskussion geschehen.

In ihrer Regierungserklärung erklärte Frau Simonis, dass die Landesregierung einen Schwerpunkt im medizinischen Bereich setzt und die Forschung hier voranbringen wird.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das merkt man auffallend!)

Hier sehen wir die Notwendigkeit eines öffentlichen Diskurses. Es handelt sich hierbei um keine rein medizinische oder biologische Frage. Wenn beispielsweise Erbgut erforscht wird, können diese Erkenntnisse zu allem Möglichen genutzt werden. Gerade hier halte ich eine öffentliche Diskussion für unbedingt notwendig.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Die findet doch schon längst statt, Herr Harms!)

Erst dann können wir genauer abwägen, wie wir damit umgehen wollen.

(Lars Harms)

Der dritte Punkt, den ich genannt habe, bezieht sich auf die Landwirtschaft und die **Ernährungswirtschaft**. Es handelt sich hierbei um klassische Wirtschaftszweige in Schleswig-Holstein, die schon jetzt von der Gentechnik beeinflusst sind. Dies allein ist Grund genug für einen öffentlichen Diskurs.

Zum Beispiel stellt sich die Frage: Ist eine Ertragssteigerung durch die Nutzung von gentechnisch behandelten Pflanzen gesellschaftlich gewollt - vor dem Hintergrund der Tatsache, dass man die Weltbevölkerung heute schon ausreichend ernähren könnte, wenn man die Verteilung der Nahrungsmittel entsprechend organisieren würde?

Sind die eventuell preiswerteren oder höherwertigen Produktionen höher einzuschätzen als mögliche gesundheitliche Nachteile für den Verbraucher?

Gibt es Nachweise für die gesundheitliche Bedenklichkeit von gentechnisch behandelten Lebensmitteln oder - besser umgekehrt gefragt - gibt es objektive Nachweise für die Unbedenklichkeit solcher Lebensmittel?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, die gibt es! - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ja, natürlich!)

Dies sind alles Fragen, die sich ein Agrarland wie Schleswig-Holstein im Allgemeinen wie im Speziellen stellen muss. Es gibt viele offene Fragen zur Gentechnologie, doch es gibt nur wenige Antworten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Daher ist eine interdisziplinäre Forschung an den Hochschulen unter Mithilfe einer weiteren Hochschule im Lande, die die Technologiefolgenabschätzung für die Bio- und Gentechnologie für das Land professionell abdeckt, dringend notwendig.

Dies ist vor allem auch deshalb angeraten, weil es wichtig ist, die Technologiefolgenabschätzung unter unabhängiger und staatlicher Regie durchzuführen. Im Grundsätzlichen herrscht Einigkeit darüber, dass Gentechnik eine wichtige Zukunftstechnologie ist, an der man faktisch - sie ist nämlich schon da - nicht vorbeikommt. Es gilt aber nicht nur, den Markt regieren zu lassen, sondern die Entwicklung auch von der Bevölkerung mitbestimmen zu lassen.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute befassen wir uns mit drei Anträgen, die inhaltlich durchaus in einem engen Zusammenhang zu sehen sind: Die F.D.P.-Fraktion setzt sich für eine stärkere Förderung der **Gentechnik** ein, die CDU-Fraktion ist auch dafür, ist sich aber nicht sicher, ob die Technikfolgenabschätzung auch bei uns stattfinden soll, und SPD und Grüne fordern vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte darüber, ob und in welchem Umfang Gentechnik tolerierbar, akzeptabel oder unverzichtbar ist, eine wissenschaftlich fundierte **Technikfolgenabschätzung** und -bewertung. Beide Forderungen schließen sich meines Erachtens nicht aus, sie ergänzen sich sogar in bestimmten Bereichen.

Vor dem Hintergrund weit verbreiteten Misstrauens und berechtigter Ängste gegenüber den Folgen einer gentechnischen Manipulation sind wir meines Erachtens moralisch und auch verfassungsrechtlich verpflichtet, Chancen und Risiken der Entwicklung und des Einsatzes von neuen Techniken aufzuzeigen. Nur wenn dies bejaht wird, werden Unternehmen gentechnische Verfahren und Produkte erfolgreich auf dem Markt etablieren können.

Aber heute sind viele Fragen noch ungeklärt. Nehmen wir den Bereich der **Landwirtschaft**. Was haben wir nicht alles an Versprechen gehört? Der Hunger in der Welt würde bekämpft, die Verwendung von Pestiziden in der traditionellen Landwirtschaft würde drastisch sinken - und das alles ohne Nebenwirkungen.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch geschehen!)

Was ist aus den Versprechungen geworden? Nein, die Erträge genmanipulierter Sorten sind nicht grundsätzlich höher. Sie sind oft sogar niedriger als bei natürlichen Pflanzensorten.

(Zuruf von der CDU: Genveränderte Sorten!)

Durch Übertragung der Herbizidresistenz von der Ackerpflanze auf Wildkräuter musste der Spritzmitteleinsatz häufig sogar erhöht werden. Und nützliche Raubinsekten wie die Florfliege zum Beispiel starben an Maiszünslern, die wiederum an genetisch veränderten Mais geknabbert hatten. Sie sehen, ohne eine Technikfolgenabschätzung lebt man riskant.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie der Abgeordneten Jutta Schumann [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

(Minister Klaus Müller)

Aber die Verwendung neuer Technologien im offenen Bereich darf nicht zulasten Dritter gehen, zumal wenn der Nutzen der so genannten grünen Gentechnik ökonomisch und ökologisch offen und fragwürdig ist.

In diesem Bereich sind die Kriterien der Rückholbarkeit und des vorsorgenden Verbraucherschutzes zu beachten. Ferner müssen Landwirte vor dem ungewollten Eintrag von Transgenen aus benachbarten Freisetzungsfeldern geschützt werden. Denken Sie in diesem Zusammenhang an die Diskussion über den Import von mit Transgenen kontaminiertem Saatgut, der uns hier vor der Sommerpause beschäftigt hat. Oder nehmen Sie den Bereich der **Humangenetik**. Früher als erwartet ist die Sequenzierung des menschlichen Erbgutes abgeschlossen worden. Die Möglichkeit, Informationen über individuelle Erbinformationen zu erhalten, rückt in greifbare Nähe. Dürfen wir etwas also schon tun, nur weil wir es schon tun können? Ohne weiteres muss man dies mit Nein beantworten.

Wer möchte und wer darf Informationen über Gene bekommen? Was geschieht, wenn die Keimbahntherapie technisch ausreichend gut funktioniert? Zu welchen Zwecken und Zielen werden hier Begehrlichkeiten geweckt? Das ist nur ein Bruchteil der Fragen, die diskutiert werden müssen, um einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Diese und andere Fragen sollen in Verbindung mit der weiteren Entwicklung der Gentechnik immer wieder gestellt und diskutiert werden. Karl-Martin Hentschel hat darauf hingewiesen, dass in Großbritannien oder in den USA die Unternehmen, die hier Vorreiter waren, heute bereits erhebliche Schwierigkeiten auch gerade finanzieller Natur haben.

Wie bereits im Bericht der **Enquetekommission** „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ ausgeführt, wird eine fundierte Technikfolgenabschätzung dazu beitragen, Entscheidungsgrundlagen zu verbessern und darüber hinaus alternative Entwicklungen und Handlungsoptionen aufzuzeigen. So können gen- und biotechnologische Verfahren nicht nur bezüglich der Wirkung auf Mensch und Umwelt, sondern auch auf langfristige ökologische und soziale Folgen untersucht werden. Entwicklungsalternativen können aufgezeigt werden, um Handlungsoptionen zu schaffen und so eine Entscheidungsgrundlage für Wirtschaft und Politik zu bieten.

Gestatten Sie mir abschließend den Hinweis auf ein praktisches Beispiel aus dem Umweltschutz, wo die Landesregierung den Forderungen der F.D.P. bereits einen Schritt voraus ist. Das Umweltministerium hat im Ad-hoc-Arbeitskreis der Störfallkommission den Vorsitz, in der Substitutionspotenziale aus bio- und gentechnischen Verfahren für so genannte harte Chemieverfahren ermittelt werden sollen. Es soll festge-

stellt werden, ob Verfahrensbedingungen aus dem Hochtemperaturbereich - also über 1.000 Grad Celsius - auf sanfte Verfahrensbereiche herunterskaliert werden können. Dies ist im Übrigen auch eine Art zu deregulieren, denn diese Verfahren fallen dann aus dem Katalog der Seveso II-Anlagen heraus. Mit anderen Worten: Bei Erhalt der Umweltstandards werden Verfahren in Schleswig-Holstein beschleunigt. Sie sehen, wir haben uns bereits auf den Weg gemacht und freuen uns hier über die Unterstützung aus dem Landtag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ergänzend zu dem, was mein Kollege Klaus Müller gesagt hat, noch fünf Anmerkungen zu dieser Debatte machen.

Erstens. Wir sind uns einig, dass die **Bio- und Gentechnologie** eine der großen Schlüsseltechnologien dieser und der nächsten Jahre ist.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Sie eröffnet erhebliche Potenziale für die Zukunft. Herr Dr. Garg, man muss fairerweise sagen, der „Economist“ spricht ganz bewusst von Bio- und Gentechnologie - von genetic- and biotechnology. Sie sind nicht hundertprozentig identisch. Schleswig-Holstein hat auch und gerade Chancen in einer Biotechnologie, die auch außerhalb der Gentechnologie liegen, was aber nicht unbedingt heißt, dass wir die Gentechnologie ausschließen.

Zweitens. Es wurde behauptet, Schleswig-Holstein liege im Wettbewerb der Bio- und Gentechnologiestandorte zurück. Wenn man das nur am Standort München misst, mag das so sein. Wenn man aber berücksichtigt, was im Moment passiert - manchmal wäre ich Ihnen dankbar, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie bei einigen Veranstaltungen dabei wären, die wir in den letzten Monaten geführt haben - -

(Beifall bei der SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wir werden leider nicht eingeladen!)

Wir haben in den letzten Monaten bei Veranstaltungen der community der Bio- und Gentechnologieunternehmen - ich selbst war bei mindestens vier Veranstaltungen

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

gen dabei - eine Aufbruchstimmung gespürt, die zwar von einer vergleichbar geringen Basis kommt, aber ein erhebliches Dynamiktempo enthält. Ich erinnere daran, dass die BioInitiative Nord - die Bio Nord - bereits eine Reihe gemeinsamer Maßnahmen mit Hamburg auf den Weg gebracht hat. Wir haben 17 Neugründungen, 10 sind im Moment in der Pipeline.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Wie weit sind denn die anderen?)

- Nehmen Sie doch einmal diese Zahl 17. Ist das denn nichts? Und 10 sind in der Pipeline, Herr Dr. Garg!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Wir haben eine community gegründet - Bay to Bio - ich würde mich freuen, wenn Sie daran einmal teilnehmen würden - -

(Zuruf)

- Ich habe Sie dort nicht gesehen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bitte keine Dialoge.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Bay to Bio ist eine wichtige Einrichtung, um gerade diese Aufbruchstimmung, die wir im Moment haben, gemeinsam zu unterstützen. Dort entstehen neue Gemeinschaftsprojekte und ein neuer Ansatz für die Bereitstellung von Risikokapital für diesen Bereich. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Außerdem - das haben wir mehrfach gesagt - ist die Landesregierung dabei, drei Schwerpunktbereiche in Schleswig-Holstein einzurichten, in Lübeck, in Kiel und in Borstel, und zwar sowohl im Forschungs- und Kompetenzbereich - das wird ausgebaut - als auch in den Gründungszentren, die wir in den drei Bereichen haben.

Drittens. Es wurde zu Recht gesagt, wir sollten diese Dinge stärker in die Öffentlichkeit transportieren. Das ist völlig richtig. Das sind die Veranstaltungen, die ich eben genannt habe. Für eine öffentliche Diskussion brauchen wir auch eine Risikodiskussion. Machen wir uns doch nichts vor! Wenn wir die Chancen nutzen wollen, müssen wir mit der Bevölkerung und mit den Anwendern auch über die Risiken sprechen, anders bekommen wir keine positive Debatte.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht nur, Herr Minister!)

- Sie haben das nicht so klar gesagt. Von „nur“ kann überhaupt nicht die Rede sein. Das habe ich deutlich gesagt. Mein Kollege Klaus Müller hat das auch nicht anders gesagt.

Viertens. Ich möchte darauf eingehen, dass wir nicht so sehr über die Risiken sprechen sollten, Frau Schmitz-Hübsch, sondern mehr über die Chancen. Ich habe deutlich gemacht, dass wir Chancen haben. Ich wiederhole aber: Wenn wir die Chancen nutzen wollen, müssen wir mit den Risiken offen umgehen. Das gilt gerade für die grüne Biotechnologie. Wir haben dafür auch gute Chancen.

Fünftens - das ist der entscheidende Punkt -: **Technologiefolgenabschätzung** Richtig ist, dass wir eine solche Technologiefolgenabschätzung auch in Schleswig-Holstein brauchen. Das heißt nicht, dass wir in Schleswig-Holstein eine Doppelforschung betreiben wollen. Das, was anderswo gemacht wurde, werden wir auch hier nutzen. In Hamburg gibt es zum Beispiel eine sehr profilierte Einrichtung an der Universität - Sie werden sie kennen -, BIOGUM, wo es ein hohes Forschungspotenzial in diesem Bereich gibt.

Natürlich müssen wir uns mit ihnen zusammentun. Natürlich werden wir keine Doppelkapazitäten aufbauen. Es gehört jedoch zu einem Netzwerk, dass bestimmte Dinge, die sich auf schleswig-holsteinische Projekte beziehen, auch hier in Schleswig-Holstein mit einer Abschätzung begleitet werden. In anderen Fragen bedienen wir uns des Sachverständigen von Universitäten aus Nord- und Süddeutschland sowie aus Hamburg. Das ist mit diesem Antrag doch gar nicht ausgeschlossen. Wir sagen doch nur, dass wir auch in Schleswig-Holstein so etwas brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir sind gut beraten, wenn wir dieses Thema - zumindest jetzt nicht mehr - nicht zu einem Streitthema machen, sondern gemeinsam feststellen, dass wir Chancen haben. Wenn wir diese Chancen nutzen wollen, dann müssen wir eine öffentliche Diskussion - auch über die Risiken - führen. Wir müssen auch in Schleswig-Holstein entsprechende Kapazitäten haben. Über den Umfang dieser Kapazitäten sollten wir im Ausschuss diskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit schließe ich die Beratung. Es wurde beantragt, alle drei Anträge federführend an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um

(Präsident Heinz-Werner Arens)

das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erhalt der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/387

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort.

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die große Ehre, bei diesem Thema Frau Dr. Happach-Kasan zu vertreten. Diese Ehre nehme ich mit besonderer Freude an.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir lieben aber die Originale!)

- Kollege Neugebauer, dass Sie das Original lieben, wusste ich bisher noch gar nicht. Ich werde das weitergeben. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist die schleswig-holsteinische Landwirtschaft Spitze.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Hektarerträge und Betriebsergebnisse brauchen keinen Vergleich mit anderen Bundesländern zu scheuen, obwohl die natürlichen Gegebenheiten unseres Landes dies nicht vermuten lassen würden. Die **Landwirtschaftskammer** leistet mit ihren Dienstleistungen einen wesentlichen Beitrag zu diesem Erfolg. Sie berät ihre Mitglieder, sie ist Trägerin der beruflichen Bildung, ihr obliegt das Versuchswesen und sie unterstützt die schleswig-holsteinischen Landwirte bei der überregionalen Vermarktung ihrer Produkte.

Diese Dienstleistungen - seien es Aufgaben der Selbstverwaltung oder Weisungsaufgaben - sind eine der Grundlagen für den Erfolg der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Die Mitglieder der Landwirtschaftskammer sind mit diesen Leistungen zufrieden. Wie eine Umfrage ergab, ist für sie noch nicht einmal die - zugegeben unliberale - Zwangsmitgliedschaft ein Problem. Es scheint mir allerdings so, als wären die Erfolge dieses Selbstverwaltungsgremiums der Landesregierung ein Dorn im Auge. Wie sonst sollen wir die Taten der Landesregierung interpretieren? Seit Jahren handelt die Landesregierung rechtswidrig. Die finanziellen Zuschüsse des Landes liegen seit Jahren unter den gesetzlichen Vorgaben. Staatssekretär von Plüskow hat dies am 9. Oktober in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Agrarausschuss zum Haushalt 2001 unbekümmert zugegeben.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ungeheuerlich!)

- Herr Dr. Garg, ich sehe, Sie kennen die Rede schon. Das ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit.

(Heiterkeit)

Ein Mitglied der Landesregierung bemerkt beiläufig, dass wissentlich gegen ein Gesetz verstoßen wird. Aber es geht ja um Geld - und beim Finanzgebaren der Landesregierung wundert mich schon lange gar nichts mehr. Frau Ministerin, die Landesregierung verspricht Abhilfe. Kurz gesagt, das Landwirtschaftskammergesetz soll an die Zahlungsmoral der Landesregierung angepasst werden. Wenn das Schule machen sollte, na dann Gute Nacht Schleswig-Holstein!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Ich sehe, dass der Kollege Ehlers auch bei geschlossenem Fenster klatscht. Das freut mich sehr.

(Heiterkeit)

Die Befugnisse und Aufgaben der Landwirtschaftskammer sollen eingeschränkt werden. An ihre Stelle soll die öffentliche Verwaltung treten. Hierzu möchte ich sinngemäß aus dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung vom 2. November 1994 zitieren:

„Die Übertragung der landwirtschaftsbezogenen Aufgaben der Umweltämter und Ämter für Land- und Wasserwirtschaft könnte ohne Effektivitäts- und Effizienzverluste an die Landwirtschaftskammer erfolgen.“

Besonders interessant ist dabei, dass Frau Landwirtschaftsministerin Franzen damals Mitglied der Kommission war und diese Empfehlung ohne erkennbaren Widerspruch mitgetragen hat. Frau Ministerin, ich frage Sie: Woher kommt Ihr plötzlicher Sinneswandel? Liegt es vielleicht daran, dass Sie Ihrem Koalitionspartner ein Stück entgegenkommen möchten oder müssen, oder gibt es sachliche Gründe? Neue sachliche Gründe für die positiven Wirkungen der Verstümmelung der Selbstverwaltung der Landwirtschaft sind mir jedenfalls nicht bekannt. Sie sind übrigens auch nicht dem Präsidenten des Landesrechnungshofs bekannt. Er hat in der eben schon genannten Ausschusssitzung mit Bezug auf die Ergebnisse der Enquetekommission ausdrücklich davor gewarnt, der öffentlichen Verwaltung Aufgaben der Landwirtschaftskammer zu übertragen. Dies wäre der Effizienz der öffentlichen Verwaltung abträglich. Wenn sich die Landesregierung mit ihren Vorstellungen durchsetzt, wird sie der

(Wolfgang Kubicki)

schleswig-holsteinischen Landwirtschaft - und damit dem Land - einen Bärendienst erweisen.

(Beifall bei der F.D.P.)

- Das Protokoll vermerkt jetzt keinen Beifall des Kollegen Ehlers! - Um dies zu verhindern, fordert die F.D.P. im Interesse des Landes, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer zu erhalten. Bei der parteiübergreifend als notwendig erachteten Reform des Landwirtschaftskammergesetzes ist deshalb darauf zu achten, dass der Umfang der Aufgaben der Kammer mindestens erhalten oder sogar im Sinne der Enquete-Kommission vergrößert wird und dass die Landwirtschaftskammer hinreichend finanzielle Mittel erhält, um ihre Aufgaben für ihre Mitglieder und für das Land zu erfüllen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In diesem Sinne hat die F.D.P.-Fraktion für das Haushaltsjahr 2001 eine Erhöhung des Landeszuschusses an die Landwirtschaftskammer - wie es der Gesetzeslage entspricht - um 2 Millionen DM gefordert. Ich bitte Sie, den F.D.P.-Antrag an den Agrarausschuss zu überweisen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Wodarz hat das Wort.

(Zurufe von der SPD)

- Der will nicht reden. - Frau Abgeordnete Kruse hat das Wort.

**Maren Kruse [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erhalt und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer sind - wie ich unschwer feststellen konnte - in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der Beratungen des Schleswig-Holsteinischen Landtags gewesen. Bereits 1996 bemerkte der Kollege Jensen-Nissen in einem Beitrag richtigerweise, dass „es richtig ist, dass in einer Zeit wie der unsrigen gespart werden muss, und dass es ebenso richtig ist, dass wir gemeinsam über die Veränderungen in der Landwirtschaftskammer nachdenken müssen und dass dazu ein ständiger Anpassungs- und Lernprozess erforderlich ist“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles, was er damals gesagt hat, ist auch heute noch richtig. Ich stimme dem zu. Wir stehen hier und heute vor dem gleichen Problem. Das Problem heißt nach wie vor:

(Günter Neugebauer [SPD]: Kubicki! - Heiterkeit)

Die Aufgaben der Landwirtschaftskammer sollen klar definiert werden, denn das Gesetz über die **Landwirtschaftskammer** Schleswig-Holsteins von 1997 regelt die Aufgaben nur in allgemeiner Form. Es sollen die in der Landwirtschaft - also Gartenbau, Obstbau, Forstwirtschaft, Imkerei und Fischerei - tätigen Personen fachlich gefördert, betreut und beraten werden. Ausdrücklich benannte Aufgaben sind die Erstellung von Gutachten für Behörden und Gerichte sowie die Erstellung von Vorschlägen für ehrenamtliche Richter für die in Landwirtschaftssachen zuständigen Gerichte und für Mitglieder von Schiedsgerichten sowie Anerkennung und Vereidigung von Sachverständigen. Diese Aufgaben können in Weisungsaufgaben, Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen gegliedert werden. In allen bisher geführten Diskussionen werden die Tätigkeiten der Landwirtschaftskammer oftmals als gesetzlich bezeichnet. Diese Tätigkeiten halten der Definition nicht immer stand und werden nicht von allen Beteiligten gleichermaßen definiert.

Die tatsächlichen gesetzlichen und der Kammer übertragenen Aufgaben des Landes müssten entweder wieder von Landesbehörden erfüllt oder - wenn diese von der Kammer besser erledigt werden können - vom Land entsprechend vergütet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Den letzteren Weg halten wir für den besseren.

(Beifall bei der SPD)

Die öffentlichen Aufgaben der Selbstverwaltung können über Gebühren der Leistungsempfänger und über die Umlage, die übrigens zuletzt im Jahr 1988 angepasst wurde, finanziert werden. In Einzelfällen sollte eine befristete Mitfinanzierung möglich bleiben. Letztlich sollten die marktgängigen Leistungen, für die auch Wettbewerb besteht, auch nach marktgängigen Preisen honoriert werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal ausdrücklich betonen: Niemand von uns ist an einer Auflösung der Landwirtschaftskammer interessiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gut!)

Wir bekennen uns ganz klar zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaftskammer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Maren Kruse)

Die Landwirtschaftskammer hat selber eine Arbeits- und Lenkungsgruppe eingesetzt und erarbeitet Konzepte auf den Gebieten der gerade vorgetragenen Bereiche. Die Landwirtschaftskammer ist zu konstruktiven Gesprächen bereit. Es gilt, zusammen mit allen Beteiligten eine tragfähige Lösung zu finden und umzusetzen. Eine konstruktive Begleitung vor allem im Hinblick auf Umsetzungen und Zeitablauf können wir an dieser Stelle zusagen.

Ich komme zurück auf die eingangs erwähnten Worte des Kollegen Jensen-Nissen: Lassen Sie uns gemeinsam über notwendige Veränderungen nachdenken!

Dies können wir in Gesprächen mit allen Beteiligten lösen. Dazu bedarf es nicht des Antrages der F.D.P.-Fraktion, den wir ablehnen. Wir wollen ergebnisoffene Gespräche führen und nicht vorher alle Punkte festzulegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Erlauben Sie mir ausnahmsweise eine Wertung. Ich gratuliere Ihnen zu dieser gelungenen Jungferrede hier im Parlament.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nicht so draufhauen! Das war eine Jungferrede!)

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Frau Kollegin Kruse, ich freue mich ausdrücklich, dass Sie mich hier zitiert haben.

(Lothar Hay [SPD]: Das kommt auch nicht so oft vor!)

Aber ich will Ihnen auch deutlich sagen, dass dies vor dem Hintergrund dessen, was heute über den Ticker gelaufen ist, einen bitteren Beigeschmack hat. Dort wird gesagt, dass die Mittel der Selbstverwaltung der Landwirtschaftskammer auf unter 10 Millionen DM, auf 7 Millionen DM zurückgeführt werden sollen. Damit verlassen Sie die gemeinsame Linie, die wir in diesem Haus im Sinne einer starken und leistungsfähigen Selbstverwaltung immer beschritten haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das macht den Zeitpunkt sehr brisant. Wenn Sie dann Gemeinsamkeit verlangen, sage ich sehr deutlich:

Diese Gemeinsamkeiten müssen in einem gültigen Finanzplan für die Landwirtschaftskammer dargelegt werden, wie Sie ihn bis zum Jahr 2004 aufgestellt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der F.D.P.-Antrag beschreibt den Zustand einer **Landwirtschaftskammer**, wie er in diesem Parlament in unzähligen Reden eingefordert worden ist. Die Landesregierung hat in Ihrer Verantwortung - bitte nehmen Sie das zur Kenntnis - zwei wesentliche Gesetzesänderungen durchgesetzt, 1992 und 1997, die beide nie die verfolgten Ziele Planungssicherheit, Aufgabenbeschreibung und Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaftskammer erreicht haben.

Frau Franzen, Sie haben in diesem Parlament jeweils mitgewirkt, den jeweiligen Novellierungen des geltenden Kammergesetzes zugestimmt. Es nützt weder den Landwirten in diesem Land noch den Bediensteten der Landwirtschaftskammer, wenn Sie erklären, dass Ihnen Ihr Vorgänger, Klaus Buß, dringend geraten hat, das **Landwirtschaftskammergesetz** wieder zu ändern. Das zeigt, dass unter SPD-Verantwortung in diesem Land nie eine zukunftsorientierte Agrarpolitik oder Kammerpolitik gemacht worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] und Werner Kalinka [CDU])

Wer sich in der jetzigen Situation noch einmal mit den Protokollen der damals durchgeführten Anhörung zur Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes beschäftigt, erkennt, dass weder die finanziellen Grundlagen noch die inhaltlichen Aufgaben der Landwirtschaftskammer damals auf einen vernünftigen und somit zukunftsfähigen Weg gebracht worden sind. Das haben Sie soeben bestätigt, Frau Kruse. Ich danke Ihnen ausdrücklich für diesen Hinweis. Jedes Jahr wieder, trotz des 1997 verabschiedeten Kammergesetzes, haben Sie durch das Haushaltsbegleitgesetz an dem Budget der Kammer herummanipuliert. Jedes Jahr haben Sie in dem Bereich der Mittel für das Gütezeichen herummanipuliert. Unendlich lange hat es gedauert, bevor Sie überhaupt die Richtlinien zur Beratung erlassen haben.

Was in diesem Land in der Landwirtschaft zusammengehört - zukunftssträchtige Maßnahmen wären Pflanzenschutz, Pflanzenproduktion gewesen -, haben Sie bewusst nicht zusammengeführt, weil Sie das nicht wollten. Sie haben eben nicht die Grundlagen für eine zukunftsfähige Ausbildung und Weiterbildung in der Landwirtschaft gelegt. Sie haben eben auch nicht die Grundlagen für ein zukunftsfähiges Transformationssystem von wissenschaftlichen Erkenntnissen in der Landwirtschaft zur Landbewirtschaftung gelegt, also

**(Peter Jensen-Nissen)**

um diese in der Landwirtschaft umzusetzen. Dies ist originäre Aufgabe der Landwirtschaftskammer. Das werden Sie mit den Beschlüssen, die Sie gefasst haben, die heute über den Ticker gehen, im höchsten Maß gefährden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Dinge haben Sie versäumt. Das ist deutlich gemacht worden, auch in der Anhörung zum damaligen Landwirtschaftskammergesetz 1997. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat dazu sehr bemerkenswerte Einlassungen gemacht. Ich bitte Sie, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Sie betreiben ein Totsparen. Ich hatte dieses Wort in meinem Konzept ausdrücklich gestrichen,

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das wäre besser!)

weil wir vor dem Hintergrund der öffentlichen Finanzen gemeinsam Sparmaßnahmen einleiten müssen. Es wird - das ist ein entscheidender Punkt - keine Präsenz der Landwirtschaftskammer in der Fläche geben können, weil Sie der Kammer die finanzielle Grundlage entziehen.

Wir fordern Sie auf, in einer intensiven Beratung ein zukunftsfähiges Landwirtschaftskammergesetz, eine sichere, kalkulierbare Finanzierung auf die Füße zu stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Denn die Menschen in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in den Baumschulen, in der Fischerei und die Landfrauen haben einen Anspruch darauf zu wissen, wie es mit ihrer Selbstverwaltung weitergehen soll.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Das können sie nur, wenn ihnen signalisiert und deutlich gemacht wird: Ja, wir wollen eine starke Selbstverwaltung, wir wollen eine starke Landwirtschaftskammer, und dies im positiven Sinne einer gemeinsamen politischen Verantwortung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur nicht bezahlen!)

Die EU-Agrarpolitik und das, was mit den Berliner Beschlüssen dazu von Ihrer Bundesregierung mitverantwortet wird, haben vieles verkompliziert. Wenn wir im Sinne des Verbraucherschutzes eine verantwortungsvolle Nahrungsmittelerzeugung -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

ich komme gleich zum Schluss - und Agrarpolitik in diesem Land betreiben wollen, brauchen wir eine starke Landwirtschaftskammer, eine bäuerliche Selbstverwaltung.

Die Beratung dieses Antrags im Ausschuss ist notwendig und zielführend,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

weil wir dort das Gesamtbild der Agrarverwaltung betrachten müssen, um es zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Doch an den Umweltausschuss überweisen!)

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag, den uns die F.D.P. heute vorgelegt hat, ist zumindest zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen überflüssig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu welchem Zeitpunkt wäre er angesagt?)

Er ist darüber hinaus in der Sache alles andere als sinnvoll. „Überflüssig“ ist schon gesagt worden. Das haben einige Kolleginnen und Kollegen gesagt. Frau Kruse hat es auch schon angesprochen.

Wir befinden uns in der Vordiskussion über ein **Landwirtschaftskammergesetz**. Die Gremien, die damit zu befassen sind, sind in diese Diskussion eingebunden. Der Landtag wird, nachdem die Landesregierung den Gesetzentwurf vorgelegt hat, damit befasst sein. Zu diesem Zeitpunkt können Sie Ihre Anregungen in die Debatte einbringen.

Ich möchte nicht nur zum Verfahren, sondern auch zur Sache etwas sagen. Es war ein besonderes Erlebnis, Herr Kubicki, heute Sie zu diesem Thema sprechen zu hören.

(Klaus Schlie [CDU]: Das unterschreibe ich auch! - Günther Hildebrand [F.D.P.]: Er hat es gut gemacht!)

- Er hat das gut gemacht. Er hat nämlich das gemacht, was die F.D.P. immer macht, sich auf der einen Seite mit großen Sprüchen von Reformfähigkeit zu schmücken und sich auf der andere Seite dann, wenn es ans

**(Raider Steenblock)**

Eingemachte geht, als eine stinknormale Lobbypartei zu entpuppen. Das hat er hier heute noch einmal dargestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Zurufe von der CDU)

Herr Kubicki, Sie als selbst ernannter Obermodernisierer und Deregulierer des Landes - ich jedenfalls habe kein einziges Wort in Ihrer ganzen Rede zur Landwirtschaftskammer über Verwaltungsmodernisierung, über Aufgabenkritik, über Deregulierung, über Privatisierung, über Ausgliederung gehört, all das, was Sie sonst sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] )

Dann sagen Sie an dieser Stelle, die Landesregierung komme ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Finanzierung nicht nach -

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Tut sie auch nicht!)

das ist ja unverschämt -, weil sie das nicht finanzieren könne. Und das in einer Situation, in der Sie in den Landtag ein Standardöffnungsgesetz mit der gleichen Zielrichtung einbringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Von der Konsistenz Ihrer Argumente in dieser Debatte habe ich mich ausgesprochen amüsieren lassen. Überzeugt hat mich das allerdings nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich bei Ihnen auch nicht erwartet!)

Wir brauchen eine Debatte über ein Landwirtschaftskammergesetz.

Das Gesetz hat gezeigt - das ist allen klar; da stimme ich mit Ihnen überein -, dass die Finanzierung dieses Bereichs auf der Grundlage des alten Gesetzes nicht solide zu erreichen ist. So ist es nun einmal. Deshalb muss man die Konsequenzen daraus ziehen. Das heißt aber, dass wir, was die Aufgaben der Landwirtschaftskammer angeht, zu einer grundsätzlichen Kritik dieser Aufgaben kommen müssen, zu einer **Neuverteilung**. Ich schließe mich in diesem Punkt Frau Kruse ausdrücklich an. Wir brauchen eine Gliederung hinsichtlich der übertragenen Landesaufgaben und diese Aufgaben muss das Land in Zukunft natürlich auch finanzieren. Aber die Selbstverwaltungsaufgaben wird das

Land nur zu einem gewissen Teil bezuschussen können; hier sind Umlagen und Selbstfinanzierungsteile notwendig.

Wenn ich einmal an die LUFÄ/ITL denke, komme ich zu dem Schluss, dass natürlich auch die Eigenfinanzierung solcher sehr stark auf private Geschäfte ausgerichteten Teile der Landwirtschaftskammer deutlich stärker zu prüfen ist. In diesem Bereich bin ich jedenfalls sehr dafür, dass wir diese Anstalten dann auch sehr viel stärker dem privaten Wettbewerb öffnen; sie müssen sich selbst finanzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dafür gibt es vernünftige Grundlagen, um über ein neues Landwirtschaftskammergesetz zu reden. Wir werden zu einer Reduzierung der Aufgaben kommen müssen. Wir haben in Schleswig-Holstein glücklicherweise ein ausgesprochen hohes Niveau in unserer Landwirtschaft; wir haben einen Ausbildungs- und Bildungsstandard in der Landwirtschaft, nach dem sich alle anderen Bundesländer nur die Finger lecken können. Das sage ich sehr deutlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dies brauchen wir. Darüber hinaus brauchen wir in diesem Bereich Beratung und wir brauchen auch dringend die Beratungsringe und die Unterstützung dieser Beratungsringe. Das sage ich auch noch einmal im Hinblick auf die Haushaltsberatungen, die vor uns liegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Diese Bereiche sind wichtig, um unsere Landwirtschaft konkurrenzfähig zu halten. Aber ich glaube, wir brauchen eine ehrliche und offene Diskussion über die Strukturen. Da darf es kein Tabu geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass die schleswig-holsteinische Landwirtschaftskammer innovativ und fortschrittlich ist. Wenn wir das Niveau halten wollen, müssen wir die Landwirtschaftskammer **finanziell ausreichend** ausstatten.

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr gut! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Lars Harms)

Dies ist besonders im Hinblick auf die zukünftig immer höher werdenden Anforderungen auf dem europäischen Markt wichtig.

(Claus Ehlers [CDU]: Das erzählen Sie mal den Sozialdemokraten!)

- Das tue ich gerade!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Wer seine Chancen nutzen will, muss sich ständig anpassen und verbessern. Daher ist es wichtig, dass Schleswig-Holstein einen Wissensvorsprung vor anderen Bundesländern hat. Aus diesem Grund muss die Landwirtschaftskammer leistungsfähig und innovativ bleiben, um Betriebe entsprechend beraten zu können und um ein gutes Versuchswesen aufrechterhalten zu können.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Gerade die Tätigkeit in der Forschung, im Versuchswesen, unterscheidet die Landwirtschaftskammer von anderen Kammern. Diese Forschung, die kennzeichnend für Schleswig-Holstein ist, ist durch nichts zu ersetzen. Schon deshalb ist die Landwirtschaftskammer auf ausreichende Finanzmittel angewiesen, damit unsere Landwirtschaft auch in Zukunft konkurrenzfähig bleibt.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Uns ist durchaus bewusst, dass das Land notwendigen Sparzwängen unterliegt. Dies hat auch die Landwirtschaftskammer erkannt und auch anerkannt. Gleichwohl will sie **Planungssicherheit** haben. Dies ist ein verständliches Anliegen, das wir nur unterstützen können.

Im neuen Landwirtschaftskammergesetz müssen wir festlegen, welche Aufgaben die Kammer in Zukunft haben wird und welche der derzeitigen Aufgaben in Zukunft von anderen Institutionen wahrgenommen werden sollen. Ohne diese Festlegung kann die Kammer nicht wissen, welche Aufgaben sie künftig mit den geringeren Mitteln erfüllen soll. Daher muss parallel mit den Haushaltsberatungen so schnell wie möglich auch eine Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes einhergehen. Sonst hat auch die Politik keine echten Entscheidungsparameter. Die Aufrechterhaltung der derzeitigen Aufgaben bei gleichzeitig geringeren Mitteln ist aus der Sicht des SSW nicht zumutbar.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Daher ist es unsere Aufgabe, vorher festzulegen, mit welchen Aufgaben man die Landwirtschaftskammer künftig betrauen will, bevor die Kürzungen eintreten. Hier sollte die Politik wenigstens von den Planungen

der Landesregierung in Bezug auf die zukünftigen Aufgaben der Landwirtschaftskammer unterrichtet werden, damit man im Vorwege weiß, wohin die Reise geht.

Die **finanzielle Planungssicherheit** der Landwirtschaftskammer ist darüber hinaus für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders wichtig, die einen Anspruch auf Gewissheit in dieser Sache haben.

Wenn Aufgaben und Finanzmittel festgelegt werden, muss dies auch für die kommenden Jahre gelten. Es ist der Landwirtschaftskammer nicht zuzumuten, jährlichen Planungsunsicherheiten zu unterliegen.

(Beifall der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Hier müssen eventuell neben den gesetzlichen Grundlagen zusätzlich auch noch vertragliche Regelungen getroffen werden, um die notwendige Planungssicherheit zu erhöhen. Daher sehen wir den Antrag der F.D.P. durchaus positiv und der Ausschussüberweisung werden wir natürlich zustimmen.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich für Ihre individuelle Pausenplanung nur noch darauf hinweisen, dass ich vor der Mittagspause noch einen weiteren Tagesordnungspunkt aufrufen werde.

Ich erteile jetzt Frau Ministerin Franzen das Wort. -

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Entschuldigung! Wir sollten den Abgeordnetenbeitrag doch noch vorziehen, Frau Ministerin.

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Noch ein Landwirt!)

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Parlamentarischer Gepflogenheit einer lebendigen Debatte folgend möchte ich gern kurz auf die doch sehr feinsinnige Argumentation des Kollegen Steenblock replizieren.

Herr Kollege Steenblock, Sie haben mir und der F.D.P. vorgeworfen, wir entpuppten uns bei näherem Hinsehen als eine „stinknormale **Lobbypartei**“.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

(Wolfgang Kubicki)

- Ja, ich finde Beifall dazu äußerst angemessen. Dabei klingt dann immer unterschwellig mit, das sei etwas Schädliches. Wir nehmen Partei, wir wollen Lobbyisten sein für die Interessen der Landwirtschaft, die Interessen der Bevölkerung, die Interessen der gewerblichen Wirtschaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das mag uns ja möglicherweise von Ihnen unterscheiden, weshalb Sie eben auch geringere Wahlergebnisse haben als wir. Aber das nur am Rande!

Die zweite Geschichte: Herr Steenblock, ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir uns in diesem Hause wenigstens darin einig wären, dass **Gesetze zu beachten** sind, solange sie gelten. Ich stelle mir gerade einmal vor, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes würden sich genauso verhalten wie das Land selbst sich bei der Erfüllung der eigenen Gesetze gegenüber der Landwirtschaftskammer verhält. Dann würden die nämlich sagen: Wir hören jetzt auf mit der Steuerzahlung, weil die Steuersätze im nächsten Jahr sowieso reduziert werden, und fangen erst im nächsten Jahr wieder damit an. Das kann es doch nicht sein. Wir können doch nicht die Akzeptanz von Gesetzen erwarten und selbst immer so tun - wir als Parlamentarier sollten das ernst nehmen -, als ob man die Gesetze nicht beachten müsse, weil es einen anderen politischen Willen gibt, der nur gesetzlich noch nicht umgesetzt worden ist.

Ich erwarte schlicht und ergreifend die Beachtung von Gesetzen - vom Land wie von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Das heißt, solange das Gesetz gilt, habe ich die entsprechende Mitteldotation auch vorzunehmen. Ende!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Sehr zukunftsweisend!)

- Ja, auch das unterscheidet uns beide möglicherweise, Herr Hentschel; ich habe meine Zukunft noch vor mir, Sie haben Ihre Zukunft hinter sich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Fragt sich nur, wo!)

Zur Frage der **Verwaltungsmodernisierung** und zur Frage der **Verwaltungsreform** - das alles sind ja Themen, die wir flächendeckend in allen Bereichen debattieren, deshalb selbstverständlich auch im Bereich der Landwirtschaftskammer. Selbstverständlich haben wir ein Standardöffnungsgesetz vorgelegt, aber das ist noch nicht beschlossen. Auch hier gehen Sie wieder dialektisch vor: Sie greifen Ihre gedankliche Konzeption vorweg, tun so, als sei das bereits gelten-

der Standard, und erlauben damit, dass Sie sich nach wie vor wieder nicht an geltende Gesetzeslagen halten müssen. Wenn wir das Standardöffnungsgesetz verabschiedet haben werden, Herr Kollege Steenblock, dann ist in der Tat auch die Frage der Deregulierung in der Landwirtschaftskammer - das kann ich Ihnen garantieren - völlig anders zu sehen als heute.

Ich stimme Ihnen in einem zu, Herr Kollege Steenblock - und das in völliger Herzlichkeit -: Es darf in diesem Bereich keine Tabus geben!

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt dann aber auch für die Kindertagesstätten, die von den Grünen zu Tabubereichen erklärt werden. Das wollte ich an dieser Stelle nur noch einmal anmerken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt unwiderruflich Frau Ministerin Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne ähnlich wie einige Vorredner damit, dass ich der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein gern in der Funktion als ihre Ministerin bescheinige, dass sie Spitze ist. Sie hat eine gute Agrarstruktur. Sie ist um 70 % größer als in den alten Bundesländern - das ist heutzutage wichtig -, sie hat hohe Ernteerträge - zum Teil 30 % über dem Bundesdurchschnitt -, sie hat einen hervorragenden Ausbildungsstand unter den Landwirten bis hin zum Internetbereich - also auch in punkto Hightech - und Schleswig-Holstein ist - und muss sich dafür auch nicht entschuldigen, wie ich es immer wieder in dieser berühmten Selbstversorgungserie höre - auch ein klassisches Exportland. Das ist schließlich wichtig für uns: Kein anderer Bereich der Wirtschaft muss sich dafür entschuldigen, dass er exportiert.

Und, meine Damen und Herren - das wird Ihnen auf der rechten Seite nicht so gut gefallen, obwohl Sie es natürlich wissen -, das hat sich gerade auch nach dem Jahre 1988 unter einer roten und rot-grünen Regierung so entwickelt. Da hat sich gar nichts geändert.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Trotzdem hat sich das so entwickelt! - Heiterkeit)

- Ja, das glauben Sie! Wir würden sagen: Natürlich deshalb, Herr Jensen-Nissen, das ist doch klar. Ich lege für die Landesregierung gern das Bekenntnis zu einer **leistungs- und zukunfts-fähigen Landwirtschaft**

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

**schaftskammer** ab. Wir möchten eine moderne Kammer, die sich allerdings unabhängiger von Landeszuschüssen entwickelt, und wir möchten eine Kammer - da komme ich auf den Knackpunkt der Diskussion von vorhin -, die aufgrund des Gesetzes eine langfristig stabile und zuverlässige Finanzierung haben kann. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. Da ist der Finger auch in der Wunde. Da möchte ich meinem Staatssekretär, der diese Aussage im Agrarausschuss gemacht hat, gern zur Seite treten.

Ich habe die Situation vorgefunden - als Parlamentarierin und als Ministerin -, dass ein beschlossenes Gesetz nicht ausfinanziert wird. Das ist Fakt. Ich habe die Tatsache vorgefunden und muss dieses Mittel auch diesmal noch anwenden, Kürzung über Haushaltsbegleitgesetz. Ich wiederhole hier gern, was ich auch bei der Kammer und sonst öffentlich gesagt habe: Das ist für mich das am wenigsten demokratische Instrument; denn da gibt es praktisch keine Anhörung. Alles andere geht in Anhörungen und man kann noch einmal überlegen. Dies geht - nichts gegen den Finanzausschuss - ziemlich ratzfatz. Ja, Herr Hay, ich schaue schon hin.

Man muss auch darauf hinweisen dürfen, dass der Rechnungshof - ich habe das noch nicht recherchiert - ein bisschen vor dem neuen globalisierten Gesetz gewarnt hat, das wir nicht ausfinanzieren konnten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So war das!)

Ich habe den Auftrag des Kabinetts zur **Novellierung des Kammergesetzes** zum 1. Januar 2002. Ziele sind: Neuordnung, Modernisierung, größere Effizienz, auch Rückführung der Zahlungen. Die Zahl 7 Millionen DM in der mittelfristigen Finanzplanung 2004 ist genannt worden, sie wird dem Finanzausschuss auch vorgelegt. Da gibt es schon etwas. Ob wir das so schaffen oder wie auch immer - es bestand der Wunsch in den Gruppen, auf die ich gleich zu sprechen komme, eine Richtschnur zu haben; eine Hausmarke musste genannt werden. Ich habe das getan. Wir sind uns allerdings auch darüber im Klaren, dass die mittelfristig „eingesparten“ Gelder für eine begleitende Umsetzung notwendig sein werden.

Ich bin der besonderen Situation mit einer besonderen Verfahrensweise begegnet: Wir haben uns nämlich in **Arbeits- und Lenkungsgruppen** zusammengefunden, die noch an der Arbeit sind, in der alle relevanten Gruppen der Kammer vertreten sind: Bauernverband, Landfrauen, Gartenbau, Mitarbeiter, Gewerkschaften, Personalratsvertreter, Fischerei - nichts ist vergessen worden. Alle Aufgaben werden dort auf den Prüfstand gestellt, wie es die Enquete wünscht, leider nicht mit dem entsprechenden Zeitfaktor. Künftige Organisationen, Aufgaben und Finanzierungen werden beredet.

Der aktuelle Stand dazu: Der Kammervorstand hat in einer Klausurtagung gestern ein Konzept beschlossen, das er für die Selbstverwaltungsaufgaben in diese Arbeitsgruppen einbringen wird. Dazu gibt es morgen eine Pressekonferenz. Zu den Kernaufgaben gibt es weitgehende Einigkeit und zu den Weisungsaufgaben gibt es auch schon weitgehend ausgehandelte Dinge.

Ich glaube, dass sich die Kammer auf die Kernkompetenzen Landwirtschaft, Forsten, Garten-, Obst- und Gemüsebau sowie Baumschulen konzentrieren wird, wahrscheinlich auch auf weniger Standorte, was im Zuge von modernen Techniken auch möglich ist. Es wird auch ein neues Kind genannt: **Thiensen**, ein Standort im Kreis Pinneberg, wo die Kammer im Moment über einen Vertrag mit der I-Bank verhandelt, ob man dort etwas Neues aufbauen kann, vielleicht zusammen mit Hamburg, vielleicht als Leitprojekt des REK. Hier habe ich noch keine Zusagen gemacht, hier muss noch genauer zugeordnet werden.

Ich bin sehr zuversichtlich - und das Zusammenfinden bei diesen schwierigen Aufgaben in den Lenkungs- und Arbeitsgruppen zeigt mir das -, dass wir uns ein Stück werden einigen können. Die Gesetzgebungsarbeit macht selbstverständlich die Regierung.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ich möchte eine Anregung von Herrn Harms aufgreifen: Selbstverständlich ist die Ministerin, wenn sie sprechfähig ist - ich möchte aber das Ende der Arbeit der Arbeitsgruppen abwarten -, im Fachausschuss auskunftsbereit. Ich bitte zu akzeptieren, dass man Zwischenergebnisse nicht auf dem Markt - und die Landtagsausschüsse tagen ja Gott sei Dank öffentlich - austrägt. Zu gegebener Zeit bin ich selbstverständlich gern befragbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist Überweisung an den Agrarausschuss beantragt worden. Mitberatung an den Finanzausschuss?

(Unruhe)

Mitberatung an den Finanzausschuss ist beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir keine Mehrheit für den Antrag auf Ausschussüberweisung. CDU und F.D.P. haben für den Antrag gestimmt, die SPD gegen den Antrag.

(Zurufe)

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

- Klare Beschlusslage. - Stimmenthaltung des Abgeordneten Hay. Der SSW hat ebenfalls für eine Überweisung gestimmt. Aber dieser Antrag findet keine Mehrheit.

(Unruhe)

Damit müssen wir in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/387, in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKWs**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/462

**b) Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKWs**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/466

Zur Begründung wird das Wort nicht gewünscht. Damit eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Eichelberg.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Herr Präsident! meine Damen und Herren! Erst vor kurzem haben wir hier im Hause über die Ökosteuer gesprochen und der Kollege Hentschel, der auch hier ist, hat sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen gerade für die Spediteure in der EU eingesetzt. Wir alle wissen, dass sich da bisher nichts getan hat und Initiativen bisher nicht erfolgt sind. Die Situation bleibt problematisch.

(Unruhe)

Gerade in Gesprächen mit Produktionsbetrieben und Spediteuren in Schleswig-Holstein, Dänemark und Schweden haben wir gehört, dass sich die Lage weiter verschärft hat.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Nun könnte man denken, dass sich mit einer entfernungsabhängigen Maut für alle Fahrzeuge aus dem In- und Ausland mehr Gerechtigkeit erreichen ließe. Aber die Fakten - und dabei ist die Studie, die uns die IHK vorgelegt hat, eine gute Denkhilfe - zeigen, dass die Einführung der Maut die europäischen **Wettbewerbsverzerrungen** nicht beseitigt. Sie bleiben existent, nur auf einem höheren Niveau, aber unser Land, insbesondere die marktfernen Produktionsstätten an der Westküste und im Landesteil Schleswig sowie die Landwirtschaft, erfährt mit der Einführung der Maut eine **Benachteiligung**, die kompensiert werden müsste. Wir haben bisher kein Mittel dafür gesehen.

Die Studie der IHKs zeigt deutlich - übrigens von einem sozialdemokratischen Professor erstellt, deswegen müsste sie Ihnen ja nahe sein -, dass über 80 % der Waren, die hier produziert werden, frei Haus verkauft werden. Das heißt, dass zum Beispiel die Produkte eines Zuliefererbetriebes für die süddeutschen oder südwestdeutschen Kfz-Betriebe oder auch das Flensburger Bier, das ja auch in Bayern verkauft werden soll, so billig produziert werden müssten, dass bei einem Frei-Haus-Preis in der Produktion Kosten eingespart werden könnten gegenüber Betrieben, die in der Mitte Deutschlands liegen - also ein schwerer Nachteil für uns und auch die Baustoffindustrie.

Da die Landesregierung es in den letzten 12 Jahren tatenlos hat geschehen lassen, dass nicht nur Molkeereien, sondern auch andere landwirtschaftliche Produkte verarbeitende Betriebe das Land aufgrund von Wettbewerbsverzerrungen anderer Art verlassen haben, kommen nun auf die Landwirte weitere Belastungen zu, denn sie erhalten für ihre landwirtschaftlichen Produkte nur noch um die Mehrfracht der Maut reduzierte Preise. Das können sie nicht mehr.

Da wir aber glauben, dass die Landesregierung ihre Investitionen in die Förderung und Ansiedlung von Unternehmen an der Westküste und im Landesteil Schleswig nicht dahingehen lassen will, wird sie bestimmt einen Weg suchen und da möchten wir von der Regierung gern einmal hören, was sie vorhat. Sind es zum Beispiel regionale Kfz-Steuervergünstigungen, gibt es weitere Standortsubventionierungen oder was hat man sich vorgestellt?

Es kann doch nicht sein, dass die heute beschäftigten Spediteure durch Fuhrunternehmer aus dem Ausland verdrängt werden oder - was wir gehört haben, was noch schlimmer ist und was selbst die Dänen und die Luxemburger fürchten - dass die deutsche Firma Betz in Reutlingen mit in Rumänien angemeldeten und mit rumänischen Fahrern besetzten LKWs Preise anbietet, mit denen wir nie mithalten können. Damit werden

(Uwe Eichelberg)

gerade die in den peripheren Bereichen angesiedelten Fuhrunternehmer in Schleswig-Holstein verdrängt beziehungsweise sie müssen schlichtweg aufgeben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist ja gerade der Irrtum. Die kommen ja mit den Lohnkosten nicht hinterher; das ist ein viel größerer Posten als der des Benzins.

Der edle Gedanke zu glauben, mit der LKW-Belastung könnte man mehr Fracht auf die Schiene bekommen, unterliegt einem ideologischen Irrtum. Das haben selbst Länder wie Dänemark und Schweden eingesehen und haben Konsequenzen ganz anderer Art gezogen.

Die Entwicklung muss hier - wie in diesen genannten Ländern auch - zu einem Umdenken führen.

Erstens. Selbst wenn die Bahn ihre Kapazität verdoppeln würde - das wissen wir alle -, wäre nach den Prognosen von Professor von Rohr, den Daten, die er erhoben und umgerechnet hat, bis zum Jahre 2010 die Mehrbelastung unserer Straßen mit 20.000 LKW anzusetzen - trotz der zusätzlichen 4.000 Züge, die notwendig wären und die nie zum Einsatz gebracht werden könnten. Das ist Utopie. Also bringt diese **Maut** nichts. Insbesondere belastet sie unsere Wirtschaft. Deshalb müssen wir dazu **Alternativen** haben.

Zweitens. Die wirtschaftliche Arbeitsteilung verlangt schlichtweg auch andere betriebswirtschaftliche Aspekte wie „just in time“ und ähnliche Dinge. Darum können wir uns nicht herumdrücken.

Die Einführung der entfernungsabhängigen Maut belastet diese Räume und führt zu einer weiteren Konzentration der Wirtschaft in den Ballungsgebieten um Hamburg und Lübeck sowie in ähnlichen Bereichen und schafft die Kaufkraft aus den peripheren Räumen heraus.

Übrigens, meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht das, was Sie auch in Italien und in Frankreich erkennen können! Dort sieht man, wie viele LKWs dann das Nahverkehrsnetz belasten, weil sie von den Autobahnen ausweichen. Das bringt eine weitere Belastung und zerstört unsere Siedlungsstrukturen auf dem Land.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir über diese Themen im Wirtschaftsausschuss noch ausführlicher diskutieren können und auch hören werden, was die Landesregierung hier vorhat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den vergangenen Monaten haben wir in diesem Haus mehrfach über die Situation der Spediteure, der Unternehmen im Güterkraftverkehr diskutiert.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Und hat es etwas gebracht?)

- Bei Ihnen sicherlich nicht so viel!

Hierbei sind nicht nur das Thema Ökosteuer, sondern auch die **Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen** im europäischen Bereich erörtert worden. Ich darf daran erinnern, dass wir in der September-Tagung den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen beschlossen haben. Mit diesem Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr einzusetzen. Die Stichworte Angleichung der Benutzungsgebühren für Straße und Schiene, Harmonisierung der Energiepreise, Beendigung der verhängnisvollen Abwärtsspirale von Subvention und Steuersenkung, Einführung einer EU-Fahrerlizenz als Nachweis für legale Beschäftigung, Änderung des EU-Güterkraftverkehrsgesetzes, um graue und illegale Transporte zu verhindern, und auch Erhöhung des Bußgeldrahmens stellen den Rahmen unserer Forderungen dar.

Ich rufe diesen Antrag, der hier nach intensiver Debatte beschlossen worden ist, bewusst in Erinnerung. Es reicht also nicht aus, wenn die CDU-Fraktion jetzt im Rahmen der Einführung der entfernungsabhängigen Benutzungsgebühr für LKWs aus Wettbewerbsgründen für schleswig-holsteinische LKWs eine volle Kompensation für die zusätzlichen Belastungen fordert.

Die Einführung einer entfernungsabhängigen beziehungsweise streckenbezogenen Autobahnbenutzungsgebühr für LKWs ist in der Vergangenheit ja durchaus parteiübergreifend gefordert worden; sie war auch im Programm der alten Bundesregierung enthalten.

Es ist doch kein Geheimnis und wird auch in dem Bericht der Pällmann-Kommission gefordert, dass die wichtigen Zukunftsinvestitionen - und hier eben auch wichtige Zukunftsinvestitionen insbesondere für Schleswig-Holsteins Infrastruktur - in absehbarer Zeit nur durch zusätzliche Finanzierungsmittel zu realisieren sein werden. Auch hier hat es Mitte des Jahres

(Bernd Schröder)

noch einen parteiübergreifenden Konsens gegeben, dass zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur eine Benutzungsgebühr für LKW auf Bundesautobahnen dringend erforderlich ist.

Gleichzeitig wurde gefordert, dass diese Mittel zweckgebunden und ausschließlich für den Bau und die Unterhaltung dieser Infrastruktur Verwendung finden.

Der Vorteil einer derartigen Gebühr ist sicherlich nicht nur darin zu sehen, dass Finanzierungsmittel - wie eben geschildert - zusätzlich zur Verfügung stehen, sondern auch darin, dass gewollte Verlagerungseffekte entstehen, die nicht zuletzt dazu dienen sollen, den **Wettbewerb zwischen Schiene und Bahn** realistischer zu gestalten.

Schleswig-Holstein als Drehscheibe im Norden, aber auch als Transitland muss daran ein erhebliches Interesse haben; denn alle Verkehrsprogramme gehen von einer deutlichen Steigerung des Güterverkehrs in den nächsten zwanzig Jahren aus.

Die Einführung der entfernungsabhängigen Benutzungsgebühr für LKW auf Autobahnen ist dringend erforderlich. Sie bietet darüber hinaus die Chance für die Unternehmen, die Infrastruktur und für eine gewollte Verlagerung der Güter vom LKW auf die Schiene. Dazu ist es natürlich erforderlich, dass es ein realistisches Bahnkonzept gibt, das nicht nur auf Vorleistungen der Länder - siehe den Aufbau von Güterverteilungszentren - abstellt. Wir erwarten von der Bahn nach wie vor, dass sie ihre Dienstleistungen - wie jeder gute Kaufmann - erweitert und nicht einstellt.

Die SPD-Fraktion verkennt nicht die außerordentlich schwierige Lage der Spediteure und Güterkraftverkehrsunternehmer in Schleswig-Holstein. Wir wollen aber nicht einem CDU-Antrag zustimmen, der sich mit der vollen Kompensation der zusätzlichen Belastungen ausschließlich aus Wettbewerbsgründen beschäftigt.

Wir fordern - das sollten wir dann gemeinsam machen - unseren Minister auf, in die Verhandlungen zur Ausgestaltung der Benutzungsgebühr die besondere Situation Schleswig-Holsteins als Flächenland einzubringen. Dazu sollten wir den von mir in Erinnerung gerufenen Antrag zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen um diese Forderung ergänzen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie SSW und F.D.P. in der September-Tagung beschlossen. Die CDU hatte sich damals enthalten. Vielleicht können wir uns heute auf diese Vorgehensweise verständigen.

Den jetzigen CDU Antrag lehnen wir - wie geschildert - ab. Zum Berichtsantrag der Fraktion der F.D.P.

schlage ich vor, dass wir diesen Bericht dann, wenn ihn der Minister gehalten hat, gemeinsam im Wirtschaftsausschuss diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem, was der Herr Kollege Schröder ausgeführt hat, kann ich nur sagen, dass wir unseren Antrag offensichtlich genau richtig gestellt haben. Wir haben weder die volle Kompensation gefordert noch haben wir die Nichteinführung der LKW-Maut gefordert, sondern wir wollen mit unserem Antrag ausdrücklich auf die **Probleme** hinweisen, die sich für die **schleswig-holsteinische Transportwirtschaft** auf der einen Seite, aber selbstverständlich auch für die gesamte andere Wirtschaft, die hier im Land vorhanden ist, stellen. Dieses Thema muss rechtzeitig aufgegriffen werden. Die Landesregierung muss sich und wir müssen uns damit beschäftigen, welche Probleme auf uns zukommen und welche Möglichkeiten wir dann haben, wenn diese LKW-Maut eingeführt wird, um darauf zu reagieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir müssen natürlich damit rechnen, wenn diese LKW-Maut eingeführt wird, dass es nicht nur erhebliche Nachteile für die schleswig-holsteinische Wirtschaft gibt, sondern wir müssen auch damit rechnen, dass es ein verkehrspolitisches Problem ist, dass möglicherweise der LKW-Verkehr von der Autobahn verdrängt wird, das heißt, sich von der Autobahn entfernt. Dann stehen die LKWs statt im Stau auf der Autobahn im Stau in den Orten. Auch das können wir selbstverständlich nicht wollen. Auch mit diesem Problem werden wir uns zu beschäftigen haben.

Dann stellt sich natürlich die Frage, inwieweit sich letztlich der Gütertransport auf die Schiene verlagert. Wenn wir dies alles schon in der Vergangenheit gefordert haben und dies vielleicht auch heute nachdrücklich fordern, müssen wir uns angesichts der Schreckensmeldungen, die uns in den letzten Wochen und auch heute wieder von der Bahn überbracht wurden und werden, fragen, ob dies dann überhaupt noch eine realistische Alternative sein wird.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Denn es ist wirklich kaum noch zu glauben, dass wir in weitem Umfang überhaupt Gütertransporte auf die Schiene verlagern können.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wir als F.D.P. haben hier ja auch in der Vergangenheit schon immer unsere Fragezeichen gehabt und im Übrigen ist es - so glaube ich - inzwischen auch parteiübergreifend völlig klar, dass die Gütertransporte nur dann wirklich auf die Schiene verlagert werden, wenn es sich um **Langstreckentransporte** handelt,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Jawohl!)

während gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein nur Kurzstreckentransporte angesagt sind, also alle Transporte bis zu 200 km oder auch bis zu 300 km ohnehin über den LKW abgewickelt werden müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich auch so - der Wirtschaftsminister hat ja in der vergangenen Woche über die Verdienste und auch über die Erfolge der **Außenwirtschaftspolitik** in der Presse berichtet; wir werden das hier heute Nachmittag oder morgen auch noch einmal besprechen -, dass auch die Exportwirtschaft gerade vom Transport abhängig ist; denn Export bedeutet Transport. Auch insoweit haben wir ein massives Interesse daran, uns rechtzeitig mit den anstehenden und den auf uns zukommenden Problemen zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, damit ist zu dieser Problematik eigentlich alles gesagt.

Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, Herr Kollege Schröder, dass wir den Bericht, der uns dann sicher von der Landesregierung gegeben wird, im Ausschuss sehr ausführlich beraten, damit wir rechtzeitig - wenn ich richtig informiert bin, soll ja die Maut erst im Jahre 2003 eingeführt werden - die schleswig-holsteinischen Probleme beraten können.

(Beifall bei F.D.P., CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das **Güterverkehrskonzept der Landesregierung**, das auf meine Initiative hin erstellt worden ist

(Widerspruch bei der CDU)

- das habe ich in den Koalitionsvertrag 1996 eingebracht! -, prognostiziert in Schleswig-Holstein in wenigen Jahren einen Zuwachs der Güterverkehre um 30 %. Das sind durchschnittlich 4.000 LKW täglich. Und eine weitere Zahl kann ich Ihnen nicht ersparen: Ein 40-Tonner-LKW richtet so viel Straßenschäden an wie 150.000 PKW. Zugleich wissen wir, dass an vielen Stellen die Kapazität des Straßennetzes erschöpft und weitere Ausbauten in der Dimension der vergangenen Jahre weder finanzierbar noch ökologisch sinnvoll sind.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da erwartet man doch Konzepte. Deshalb will die Bundesregierung auf Vorschlag der Pällmann-Kommission ab 2003 eine **Straßenbenutzungsgebühr** für LKW einführen. Und was fällt der CDU Schleswig-Holstein dazu ein?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie fordert die Kompensation dieser Gebühr für schleswig-holsteinische Unternehmen. Sie wollen also einen Schutzzaun um Schleswig-Holstein errichten. Haben Sie sich das wirklich gut überlegt?

Ich war letzte Woche als Referent auf dem Mittelstandsforum Ihrer Partei - war von Ihren Abgeordneten überhaupt jemand da? -, dort war davon nicht die Rede, wie ich feststellen musste.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wo war das?)

So eine Forderung hätte sie wahrscheinlich auch überrascht. Sie wissen so gut wie ich, dass dies nicht nur zu unsinnigen Subventionen und Marktverzerrungen führen würde, es würde auch von Herrn Monti in Brüssel als unerlaubte Subvention sofort untersagt werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und einzelner Beifall bei der SPD)

So viel zur Wirtschaftskompetenz der CDU! Das reicht.

Kommen wir zu den Tatsachen! Da ist zunächst einmal festzustellen, dass die **Dieselpreise für LKW** in Deutschland immer noch niedriger liegen als in den meisten anderen europäischen Ländern. Das gilt auch dann noch, wenn ich die Preisvergütung für Speditionen in einigen anderen europäischen Ländern mitberücksichtige. Das gilt nicht für Osteuropa, dafür dürfen osteuropäische LKW aber auch nur 200 l zollfrei

(Karl-Martin Hentschel)

importieren. Anders sieht es bei der **KFZ-Steuer** aus. Hier liegt Deutschland etwa im europäischen Mittelfeld und einige wichtige europäische Konkurrenzländer haben geringere Steuern. Hier gibt es deutlichen Anpassungsbedarf. - Das als Tipp an die CDU.

Und wie wirkt sich nun die Einführung einer Autobahngebühr aus? - Nun, wenn alle LKWs - deutsche wie ausländische - diese LKW-Gebühr bezahlen müssen, führt sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen. Im Gegenteil, auf diese Art und Weise werden die ausländischen LKWs, die zu Tausenden quer durch Deutschland fahren, endlich an der Reparatur unserer Straßen beteiligt. Das ist ein notwendiger Schritt.

Es wird häufig argumentiert, dass die **schleswig-holsteinischen Firmen** benachteiligt werden, weil sie ihre Waren über längere Strecken transportieren müssten. Auch das stimmt nicht, Frau Aschmoneit-Lücke. 31 % unserer **Produkte** gehen in den Export. Davon werden 90 % per Schiff transportiert. Für diese Exporte liegt Schleswig-Holstein sogar ausgesprochen günstig, jedenfalls besser als Süddeutschland. Ein weiteres Drittel unserer Waren geht in die Region, also nach Schleswig-Holstein oder Hamburg.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das hat sie auch gesagt!)

Auch diese Waren erreichen ihre Absatzgebiete nördlich der Elbe auf kurzem und schnellem Wege,

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Nichts anderes hat sie gesagt!)

und zwar günstiger als zum Beispiel die vergleichbare Wirtschaft im Ruhrgebiet und im Rheinland, wo auf den verstopften Straßen die durchschnittliche Geschwindigkeit von LKWs mittlerweile auf unter 10 km/h gesunken ist.

(Unruhe)

Damit ist die Wirtschaft Schleswig-Holsteins nicht schlechter gestellt als die Wirtschaft woanders in Deutschland, wo die Entfernung zum Hafen größer und der regionale Verkehr dichter ist. Nicht umsonst liegen einige der florierendsten Regionen der Europäischen Union, zum Beispiel Schottland, Finnland und Irland, gerade nicht in den Zentren, sondern sind lediglich per Schiff gut zu erreichen.

Die Frage der **Wettbewerbsfähigkeit schleswig-holsteinischer Unternehmen** ist eine wichtige. Die Wettbewerbsfähigkeit jedoch nur an die Straßenbenutzungsgebühr koppeln zu wollen, hält den Tatsachen nicht stand. Vielmehr müssen sich die Unternehmen in einem wachsenden und schwierigen Markt - das ist unbestritten - behaupten, indem sie ihr Angebot weiter ausweiten und neben dem reinen Transport ihren Kun-

den weitere speziell zugeschnittene Dienstleistungen im Bereich der Logistik und Lagerung anbieten. Hier entscheidet sich die Zukunft für die Unternehmen im Transportgewerbe.

Vergessen wir über der Diskussion über die Straßenbenutzungsgebühren nicht die Notwendigkeit einer Kehrtwende in der Verkehrspolitik.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allein aus Klimaschutzgründen, aber auch aus reinen Kostengründen müssen wir jede Anstrengung unternehmen, Schleswig-Holstein zu einem Land zu machen, wo noch mehr **Güterverkehr auf Schiff und Schiene** stattfindet und nicht gerade auf der **Straße**. Übrigens, zur Erinnerung - die meisten wissen das nämlich nicht -: Zwei Drittel des Transitverkehrs durch Schleswig-Holstein finden zurzeit noch nicht auf der Straße statt, zwei Drittel erfolgen mit dem Schiff. Wenn wir das ändern, werden wir eine Katastrophe erleben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf: Niemand will das ändern!)

Schleswig-Holstein braucht keine Debatte über Subventionen, sondern über ein zukunftsfähiges Konzept zur Bewältigung der vielen Millionen Tonnen Güterverkehr, die jedes Jahr durch unser Land rollen werden. Deshalb haben wir auch in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, dass, sobald das Konzept für die Straßenbenutzungsgebühr vorliegt

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident -, die Landesregierung die Fortschreibung des Güterverkehrskonzeptes vorlegen wird. Dann haben wir genau das, was die F.D.P. berechtigterweise fordert - das finde ich sinnvoll -, dass wir nämlich auf der Grundlage eines neuen Konzeptes, auf der Grundlage der Daten, die dann fortgeschrieben sind, und auf der Grundlage der neuen Gesetze aus Berlin über die Zukunft des Güterverkehrs in Schleswig-Holstein reden können. Das ist sinnvoll und insofern freue ich mich auch, dass wir die Debatte im Ausschuss weiterführen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus-Peter Puls [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

**Lars Harms** [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst einmal die grundsätzliche Haltung des SSW zur Autobahnbenutzungsgebühr darlegen: Eine Autobahnbenutzungsgebühr sollte für alle gelten oder für keinen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus unserer Sicht darf eine mögliche **Autobahnbenutzungsgebühr** nicht pauschal, zum Beispiel per Vignette, erhoben werden. Sie darf auch keine Steuer sein, die nur inländische Bürger trifft. Es muss der Grundsatz gelten: Wer viel fährt, soll viel zahlen, wer wenig fährt, soll wenig zahlen und zahlen sollen alle.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist auch eine Überlegung wert, ob man eine Kombination aus gewichtsbezogener und streckenbezogener Autobahnbenutzungsgebühr einführt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Inklusive Insasengewicht?)

- Selbstverständlich, Herr Kayenburg!

Je schwerer die Fahrzeuge, desto größer der Fahrbahnverschleiß. Das liegt manchmal auch am Menschen. Genau am **Fahrbahnverschleiß**, der Abnutzung, sollte sich die **Gebühr** orientieren. Je nach Nutzen für die Benutzer sollte man viel oder weniger zahlen. Eine Autobahnbenutzungsgebühr wird nur dann akzeptiert, wenn es gerecht zugeht. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn eine Gebühr beispielsweise nur Inländer per Steuerbescheid trifft, ausländische Fahrzeuge aber keine Gebühr zahlen sollen. Daher ist es auch wichtig, neben dem Ob auch das Wie und das Wer zu diskutieren.

Aus unserer Sicht ist es nur dann gerecht, wenn eine **Maut** erhoben wird. Dann zahlt der, der auch wirklich die Autobahn benutzt. So würden auch eventuelle Wettbewerbsnachteile im internationalen Vergleich von vornherein ausgeschlossen. Viele unserer europäischen Nachbarländer erheben bereits Gebühren auf ihren Autobahnen. Dieses spricht für eine Erhebung von Autobahnbenutzungsgebühren in Deutschland.

Wenn aber Gebühren erhoben werden, sollten diese auch für das **Straßennetz** verwandt werden. Noch besser wäre es sogar, wenn alle mit dem Straßennetz verbundenen Aufwendungen hieraus finanziert werden könnten. Dann würden wieder Mittel frei, die man beispielsweise für die Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene einsetzen könnte. In der Schweiz macht man

das bereits seit einigen Jahren ähnlich. Frei werdende Mittel werden in Logistikzentren an Bahnhöfen investiert, um Güter zumindest bei der Überbrückung von Teilstrecken auf die Bahn zu bekommen. Ganz wird man das sicherlich nicht schaffen. Es ist ein sehr fortschrittlicher Ansatz, den wir auch bei uns verfolgen sollten.

Meines Wissens nach ist es noch nicht sicher, ob und in welcher Form eine Autobahnbenutzungsgebühr kommt. Daher ist es auch schwer, die Belastung für Einzelne zu ermitteln. Wir wissen noch nicht einmal, wie hoch mögliche Autobahnbenutzungsgebühren sein könnten. Dieses hängt auch vom Verfahren ab, das dann eingeführt wird. Daher kann sich die Landesregierung auch nicht für die Minimierung von Wettbewerbsnachteilen einsetzen, wenn noch nicht einmal klar ist, ob es große oder kleine oder auch gar keine Wettbewerbsnachteile geben wird. Der CDU-Antrag ist daher aus unserer Sicht etwas vorschnell.

Einen Bericht zu diesem Thema zu erhalten, wie es die F.D.P. fordert, ist der richtige Weg. Erst nach näheren Erkenntnissen kann man die konkreten Auswirkungen einer Autobahnbenutzungsgebühr einschätzen und ich freue mich jetzt schon auf die Ausschussberatung.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Minister Rohwer.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine entfernungabhängige LKW-Straßenbenutzungsgebühr ist sinnvoll. Ich habe heute in diesem hohen Hause keine anders lautende Bemerkung vernommen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie ist erstens sinnvoll, weil Bundesstraßen und Bundesautobahnen aus dem Haushalt nicht mehr ausreichend zu finanzieren sind. Sie ist zweitens sinnvoll, weil wir die relativen Preise zwischen Straßen- und Bahnbenutzung ändern müssen. Herr Eichelberg, auch wenn wir keine Wunder erwarten dürfen, ist es richtig, die Preisrelation gerade in Bezug auf größere Entfernungen zu ändern, um den Modal Split in dieser Hinsicht zu verändern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Drittens ist sie sinnvoll, weil sie das einzige Instrument ist, um auch die ausländischen LKWs zur Finan-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

zierung der inländischen Verkehrswege heranzuziehen.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb begrüßt die Landesregierung ausdrücklich, dass die Bundesregierung plant, ab 2003 eine solche **Gebühr** für **schwere LKWs** einzuführen. Sie wissen, dass 25 bis 30 Pf. im Gespräch sind. Über die genauen Beträge müssen wir noch sprechen; sie sind noch nicht endgültig festgelegt. Wir müssen ebenfalls noch über die Details der Ausgestaltung sprechen.

Die Pällmann-Kommission hat gute Argumente dafür vorgetragen. Sie hat übrigens auch gute Argumente zur Verkehrswegefinanzierung insgesamt vorgetragen. Ich rate dazu, dass wir im Ausschuss die Gesamtproblematik und nicht nur die LKW-Gebühr diskutieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich habe dem Antrag der CDU entnommen, dass auch Sie nicht grundsätzlich gegen eine solche Gebühr sind. Nicht einig sind wir hinsichtlich der Kompensationsfragen. Meines Erachtens ist die Devise, „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, in diesem Fall nicht weiterführend.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kayenburg und Herr Eichelberg, einmal abgesehen von der EU-Konformität von Kompensationsmaßnahmen müssten wir uns auch überlegen, was eine Kompensation bedeuten würde, wenn wir sie wirklich als volle Kompensation begreifen würden. Ich habe noch nicht ganz verstanden, was Sie unter **Kompensation** eigentlich verstehen. Eine volle Maut-Kompensation würde bedeuten, dass das Geld, das - wie Sie wissen - teilweise auch für Projekte, die Schleswig-Holstein zugute kommen, eingeplant ist, dann nicht mehr für Verkehrsprojekte zur Verfügung stehen würde. Zweitens würde eine volle Kompensation bedeuten, dass der von der Pällmann-Kommission - wie ich finde - zu Recht ins Gespräch gebrachte Gedanke einer stärkeren Nutzerfinanzierung nicht wirklich zum Tragen kommen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb führt dieser Antrag meines Erachtens in die Irre.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der F.D.P.-Antrag greift meines Erachtens ein echtes Problem auf, nämlich: Wie kann die LKW-Straßenbenutzungsgebühr, die entfernungsunabhängig sein soll - das ist der entscheidende Punkt -, so ausgestaltet werden, dass die Frachtbetriebe, die Spediteure,

aber auch die Endkunden, die Wirtschaftskunden, die Privatkunden, in den Flächenländern, die weniger zentral gelegen sind, nicht benachteiligt werden? Das ist keine verkehrspolitische Frage, sondern das ist eine struktur- und regionalpolitische Frage. Diese Frage müssten wir im Ausschuss diskutieren. Sie ist nämlich etwas komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheint. Ob da eine degressive Ausgestaltung ausreicht, wage ich zu bezweifeln, weil man dann genaue Kriterien definieren müsste.

Die weiter gehende Frage, die der Kollege Schröder richtigerweise noch einmal angesprochen hat, ist: Wie kann das Problem anderer **Wettbewerbsverzerrungen**, die mit dieser Maut überhaupt nichts zu tun haben - die Kfz-Steuer, die Frage der Kabotage-Regelung, die Frage der Lizenzen für Fahrer -, gelöst werden? Da sage ich Ihnen - darüber habe ich an anderer Stelle schon berichtet -, dass wir in Gesprächen mit der Bundesregierung sind, dass die Bundesregierung im Moment wiederum mit der EU darüber spricht, weil das natürlich EU-weit geregelt werden muss. Ich sehe hier durchaus Erfolg versprechende Ansätze.

Ganz kurz noch zu der Problematik, die wir im Ausschuss diskutieren müssten: Was heißt es eigentlich, **regionale Interessen** Schleswig-Holsteins bei der **Ausgestaltung der Maut** zu berücksichtigen? - Das kann doch nicht heißen, dass wir generell eine Degressivität einführen. Ich habe das mit Herrn Klimmt diskutiert. Wir waren der Meinung, dass wir solche Fragen klären müssen. Aber wenn wir das degressiv ausgestalten würden, dann - Herr Hentschel hat darauf richtigerweise hingewiesen - würden alle Transporte, die über längere Strecken gehen, gegenüber denen, die über kürzere Strecken gehen, bevorzugt. Das kann doch nicht das Ziel sein. Ziel müsste es sein, wenn überhaupt, regional- und strukturpolitisch zu überlegen, ob es die Möglichkeit gibt - da sehe ich im Moment keine Lösung; das ist eine schwierige Geschichte -, für bestimmte weniger zentrale Standorte einen gewissen Abschlag zu gewähren, soweit sie Ursprung oder Ziel der Transporte sind. Das würde dann eigentlich Sinn machen. Das ist aber ordnungspolitisch schwierig zu begründen.

Überlegen Sie also bitte noch einmal, was Ihre Forderung im Detail bedeutet. Ich habe mit Herrn Klimmt besprochen, dass wir uns darüber unterhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg  
[CDU])

- Der BMV, Herr Kayenburg, hat die Degressivität zunächst abgelehnt. Ich habe gesagt, dass das ein schwieriges Thema ist, dass wir das vertiefen sollten.

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

Abschließend rate ich dazu, die Frage, die die F.D.P. aufgeworfen hat, die auch unseren Überlegungen entsprochen hat, im Wirtschaftsausschuss noch einmal vertiefend zu beraten.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nach § 56 Abs. 4 erteile ich Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, ich bitte darum, dass Sie unseren Antrag mit in den Ausschuss überweisen; denn wir haben nichts gegen die Maut. Vielmehr sehen auch wir sie als Notwendigkeit an. Andererseits müssen Sie berücksichtigen, dass wir sehr viel Geld zur Förderung der Betriebe gerade in den strukturschwachen Gebieten bereitgestellt haben. Die wollen wir nicht zerstören. Wir wollen - wie der Minister eben dargelegt hat - darüber nachdenken, wie wir kompensierend helfen können. Es ist nichts gegen die Maut zu sagen. Wir diskutieren das gern im Ausschuss mit Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich werde nach der Antragslage zunächst darüber abstimmen lassen, ob wir beide Anträge in den federführenden Ausschuss überweisen wollen. Gegebenenfalls werden wir über Einzelüberweisungsanträge abstimmen.

Es ist beantragt worden, beide Anträge federführend in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig beschlossen.

Dann treten wir jetzt in die Mittagspause ein. Um 15 Uhr werde ich den Tagesordnungspunkt 15 aufrufen.

(Unterbrechung von 13:18 bis 15:02 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Nachdem ich heute Morgen gelernt habe, dass Englisch keine Fremdsprache, sondern eine Umgangssprache ist, will ich ganz locker damit umgehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Gender Mainstreaming - Chancengleichheit für Frauen und Männer**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/521 (neu)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/537

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schümann.

**Jutta Schümann [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Bei der Benennung des Prinzips **Gender Mainstreaming** wird oft kritisiert, der Name sei unverständlich und nicht zu vermitteln. Deshalb einige kurze Anmerkungen zum Begriff! Was bedeutet „gender“? Die englische Sprache kennt Unterscheidungen, die in der deutschen Sprache nicht in gleicher Weise erfasst werden. Sie besitzt einen Begriff für die biologisch definierten Aspekte des Geschlechts in dem Wort „sex“ und einen Begriff für die sozialen und kulturell definierten Aspekte des Geschlechts in dem Wort „gender“. „Gender“ bedeutet soziale und kulturelle Geschlechterrolle.

Eine Übersetzung des englischen Fachausdrucks Gender Mainstreaming ist ähnlich schwierig. Er umfasst wesentlich mehr als die allgemeine Forderung nach Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Die bisherigen Ansätze zur **Gleichstellung von Frauen und Männern** greifen zum Teil in strukturellen Bereichen zu kurz, da Frauen- und Männerbelange durchaus unterschiedlich sein können. Es muss darum gehen, Entscheidungen zu treffen, die sich nicht automatisch zugunsten der einen und zulasten der anderen Gruppe auswirken. Alle politischen Entscheidungen müssen darauf hinterfragt werden, ob Frauen und Männer unterschiedlich betroffen sind, gerade in so genannten geschlechtsneutralen Bereichen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel aus dem Bereich der **Arbeitsmarktpolitik**: Wegen der Unterschiede in Berufswahl und Erwerbsbiografie sind Männer und Frauen in unterschiedlichen Phasen ihres Erwerbslebens unterschiedlich von Arbeitslosigkeit und beruflicher Benachteiligung betroffen. Es kann daher keine geschlechtsneutrale Arbeitsmarktpolitik geben. Ein inhaltliches Beispiel: Wir haben jahrelang versucht, Mädchen für den gewerblich-technischen Bereich zu interessieren. Es ist

(Jutta Schümann)

uns in der Tat nicht geglückt. Offensichtlich müssen wir anders an dieses Thema herangehen.

Gender Mainstreaming ist ein neuer Ansatz, der darauf ausgerichtet ist, dass zum Beispiel in Politik und Verwaltung alle grundsätzlichen Entscheidungen auf die tatsächliche Gleichheit der Geschlechter Rücksicht zu nehmen haben. Ziel ist es, in allen Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.

Gender Mainstreaming und **klassische Frauenförderung** sind untereinander nicht austauschbar. Sie haben unterschiedliche Aufgaben, aber ein gemeinsames Ziel, nämlich die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die bisherige Gleichstellungspolitik, wie wir sie in Schleswig-Holstein, seit die SPD am Ruder ist - wenn ich das einmal so sagen darf - relativ erfolgreich - sonst bräuchten wir dieses Instrument heute nicht -

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Relativ!)

durchgeführt haben, basiert auf der Kompensation von Nachteilen und Diskriminierung von Frauen. Damit ist allerdings die Gefahr verbunden, dass Frau sein als defizitär und ausgleichsbedürftig wahrgenommen wird, was natürlich überhaupt nicht der Fall ist.

Die **Quote** berücksichtigt Frauen zwar prozentual, macht aber keine Aussage über die tatsächliche Berücksichtigung von Frauenbelangen. Die klassische Frauenförderung ermöglicht zwar den Einstieg in die männlich dominierte Welt, ändert sie jedoch nicht per se. Inhalte, Handlungs- und Entscheidungsmuster werden mit ihr nicht automatisch verändert, obwohl insbesondere die von Gisela Böhrk favorisierte Frauenpolitik auch immer diese strukturellen Aspekte mit in den Blick genommen hat.

Genau aus diesem Grund erscheint es notwendig, das Instrument des Gender Mainstreaming als zusätzlichen Ansatz zur Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren. Wir werden uns also und Sie werden sich also an den Begriff gewöhnen müssen,

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

genauso wie es zum Beispiel mit den Begriffen Multimedia Campus, Start up Unternehmen, Internet, Homepage bereits erfolgt ist.

Das Festhalten an diesem Begriff hat außerdem den Vorteil, dass damit eine international entwickelte

Strategie benannt wird und die notwendige Verständigung auf internationaler Ebene möglich ist.

Die EU ist uns inzwischen schon sehr weit voraus. Mit dem In-Kraft-Treten des **Vertrages von Amsterdam** am 1. Mai 1999 wurde die Gleichstellung von Männern und Frauen als grundlegendes Prinzip des Gemeinschaftsrechts und als eines der Ziele der Gemeinschaft festgeschrieben. Die Gemeinschaft verpflichtet sich bei all ihren Tätigkeiten, auf die Beseitigung von Ungleichheiten und die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern hinzuwirken. Der EU liegen dabei drei Annahmen zugrunde:

Erstens. Die Gleichberechtigung ist ein Grundrecht.

Zweitens. Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern ist ein demokratisches Grundprinzip.

Drittens. Unterrepräsentierung in Gremien stellt die Legitimität der Beschlussfassung infrage.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja-wohl!)

In vielen Fällen findet das **Gender Mainstreaming** auf europäischer Ebene bereits jetzt seinen Niederschlag, zum Beispiel in der Entwicklung neuer Methoden zur Messung und Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Ein Beispiel: In den Jahren 2000 bis 2006 erhält Deutschland rund 930 Millionen DM aus dem **Europäischen Strukturfonds** für spezifische Frauenmaßnahmen zur Verfügung. Wegen der bestehenden Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sollen zur Verwirklichung der Chancengleichheit unterschiedliche Maßnahmen eingeleitet werden. Es ist geplant, im Sinne des Gender Mainstreaming die Ursachen für Benachteiligungen von **Frauen auf dem Arbeitsmarkt** systematisch zu analysieren. Dabei sollen die Aspekte der schlechteren Bezahlung und der geringeren Karrierechancen von Frauen besonders beachtet werden.

Es ist außerdem geplant, Frauen in allen Fördermaßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen zu berücksichtigen. Es ist weiter geplant, für Berufsrückkehrerinnen, allein stehende Frauen und ältere Arbeitnehmerinnen besondere Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen bereitzustellen.

Ebenso wie die EU hat das **Bundeskabinett** in seinem Beschluss vom Juni letzten Jahres die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung anerkannt und sich dazu verpflichtet, diese Aufgabe im Sinne des Gender Mainstreaming zu fördern und umzusetzen. Eine interministerielle Steuerungsgruppe wird auf Leitungsebene

(Jutta Schümann)

unter Federführung des Bundesfrauenministeriums dafür sorgen, dass das Gender Mainstreaming in allen Ressorts zur Handlungsroutine wird.

In Analogie zum Beschluss der EU und der Bundesregierung fordern wir heute die Landesregierung auf, die Prinzipien des Gender Mainstreaming in der **Landesverwaltung** umzusetzen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das wird auch langsam nötig!)

Dabei geht es uns sowohl um personelle als auch um sachliche Entscheidungen. Die bisherigen Instrumente zur Sicherung der Teilhabe von Frauen und Männern an allen gesellschaftlichen Bereichen - wie Frauenförderprogrammen, Frauenförderplänen und Gleichstellungsbeauftragten - sind mit einzubeziehen. Wir stellen den Antrag, weil er ein weiteres wichtiges Instrument zur Erreichung der Ziele „Geschlechtergerechtigkeit“ und „Abbau von Diskriminierung“ bedeutet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auf den ersten Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konzepts gespannt. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor wir uns dem nächsten Redebeitrag zuwenden, möchte ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne begrüße ich Mitglieder der Marinewaffenschule Eckernförde, zweite Lehrgruppe A, sowie Mitglieder des Bundeswehrverbandes Kiel-Nord und Kronshagen. Herzlich Willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits deutlich, dass **Gender Mainstreaming** nicht unbedingt ein Begriff ist, den jeder von uns zu seinem täglichen aktiven Wortschatz zählt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gerade das Traurige!)

- Genau das wollen wir jetzt ändern.

(Beifall im ganzen Haus)

Frau Schümann, deswegen wollte ich auch einige Erläuterungen an den Anfang meiner Rede stellen. Diese haben Sie nun schon - zum Teil und ein wenig einseitig

- gegeben. Ich möchte noch das eine oder andere hinzufügen. Ziel des Gender-Ansatzes ist es, im **Geschlechterverhältnis** mehr Gleichberechtigung zu erreichen. Dabei geht es aber nicht nur um die Stärkung der Position von Frauen, sondern um Veränderungen des Verhältnisses der Geschlechter zueinander.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Um dies zu erreichen, bezieht der Gender-Ansatz Männer explizit ein.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Beim Gender Mainstreaming geht es im politischen Bereich darum, die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken. Zur Verwirklichung der Gleichberechtigung müssen ausdrücklich sämtliche allgemein-politischen Konzepte und Maßnahmen eingespannt werden, indem die etwaigen Auswirkungen auf die Situation von **Frauen und Männern** bereits in der Konzeptionsphase aktiv und erkennbar integriert werden. Dies setzt voraus, dass politische Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und ihre etwaigen Auswirkungen bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Maßnahmen zur Gleichstellung erfordern ein ehrgeiziges Konzept, das von der Bereitschaft der Anerkennung einer weiblichen und einer männlichen Identität sowie von der Bereitschaft zu einer ausgewogenen Teilung der Verantwortung zwischen Frauen und Männern ausgehen muss. Förderung der Gleichstellung ist nämlich nicht einfach der Versuch, statische Parität zu erreichen. Da es darum geht, eine dauerhafte Weiterentwicklung der Elternrollen, der Familienstrukturen, der Formen der Arbeitsorganisation, der Zeiteinteilung und so weiter zu fördern, betrifft die Chancengleichheit nicht allein die Frauen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer Selbstständigkeit, sondern sie betrifft auch die Männer und die Gesellschaft insgesamt, für die sie ein Fortschrittsfaktor und ein Unterpfand für Demokratie und Pluralismus sein kann.

Bei meinen - die Ausführungen von Frau Schümann ergänzenden - Erläuterungen des Begriffs halte ich mich eng an die Definition der EU. Genau das ist die Richtung, die die CDU in der Frauen- und Gleichstellungspolitik verfolgt und schon immer verfolgt hat.

(Unruhe)

(Caroline Schwarz)

Sie wurde von der EU 1997 im **Vertrag von Amsterdam** mit dem Begriff Gender Mainstreaming als Prinzip der Chancengleichheit von Männern und Frauen festgeschrieben. - Ich bemerke Unruhe auf der linken Seite des Hauses. Das ist so, das ist überall nachzulesen.

(Lothar Hay [SPD]: Wir können nicht lesen!)

- Das ist das Problem. Ich bin Frau Schlosser-Keichel, die den Antrag für die SPD mit unterschrieben hat, Frau Fröhlich und auch Frau Schümann sehr dankbar, dass sie dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir mit allen Bestandteilen und allen Formulierungen des vorliegenden Antrags einverstanden sind. Ich bin zum Beispiel nicht mit dem zweiten Satz des ersten Absatzes einverstanden, in dem davon die Rede ist, dass „unter dem Schein der rechtlichen Gleichheit die traditionellen Ausgrenzungen faktisch nicht fortgesetzt werden dürfen.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können Sie das bitte wiederholen?)

- Herr Kubicki, das hört sich so an, als ob sich in den letzten Jahren zum Thema **Gleichstellung von Männern und Frauen** und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern nichts getan hätte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In Schleswig-Holstein nicht!)

Das ist nun wirklich nicht der Fall. Auch wenn es immer wieder von SPD und Grünen verschwiegen wird: Gerade in den Regierungsjahren von CDU und F.D.P. in Bonn von 1982 bis 1998 sind beachtliche Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt worden. Diese Fortschritte sind im besten Sinne des Wortes alltäglich geworden. Ein Leben ohne Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld, ohne Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung - jeweils sowohl für die Frau als auch für den Mann, je nachdem, wer die Kinder erzieht beziehungsweise erzogen hat -

(Beifall bei CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder ein Leben ohne Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz können wir uns gar nicht mehr vorstellen. Gerade diese gleichstellungs- und familienpolitischen Errungenschaften haben bewirkt, dass die Ausgrenzung von Frauen abgebaut wurde und nicht fortgesetzt wird. Die Errungenschaften haben weiter bewirkt, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe wahrgenommen wurde und wird.

Wir geben zu, dass nichtsdestoweniger noch viele **Defizite** festzustellen sind. Zu nennen sind zum Bei-

spiel der erschreckend geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen - trotz besserer Schulabschlüsse. Frauen oder Mädchen machen bessere Schulabschlüsse als Männer oder Jungen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Ja!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter sind die ungerechten Einkommenssituationen, die unterschiedliche Teilnahme am öffentlichen Leben, Gewalt gegen Frauen und leider vieles mehr zu nennen. Auch das Verhältnis von Gender Mainstreaming zur traditionellen Gleichstellungsförderpolitik ist offensichtlich von SPD und Grünen nicht ganz richtig verstanden worden. Jedenfalls habe ich nach dem Antrag diesen Eindruck.

Die im dritten Absatz des Antrags genannten Instrumente einer **spezifischen Frauenförderpolitik** - wie Frauenförderprogramme, Frauenförderpläne und Gleichstellungsbeauftragte auf der einen Seite und Gender Mainstreaming auf der anderen Seite - sind zwei unterschiedliche Strategien für die Erreichung der selben Zielsetzung, nämlich der Gleichstellung von Männern und Frauen.

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Politikanalysen besteht in den beteiligten Akteuren und den konzeptionellen Ansatzpunkten. Die bisherige Frauenförder- oder Gleichstellungspolitik geht von einer konkreten Problemstellung aus, die die Ungleichheit der Geschlechter betrifft. Über bestimmte organisatorische Einheiten, die für die Gleichstellungspolitik zuständig sind, wird eine konkrete Lösung für dieses Problem entwickelt. Das ist der Optimalfall.

Demgegenüber setzt **Gender Mainstreaming** an allen politischen Entscheidungen an, auch da, wo auf den ersten Blick kein geschlechtsspezifischer Problemegehalt erkennbar ist. Alle diese Maßnahmen werden unter einer geschlechterbezogenen Perspektive betrachtet, das heißt, die möglicherweise unterschiedlichen Ausgangsbedingungen oder Auswirkungen der Maßnahmen auf beide Geschlechter müssen abgefragt und ermittelt werden. Die unterschiedlichen Realitäten von Frauen und Männern werden deutlich und zum politischen Entscheidungskriterium für die Eignung und Qualität der Maßnahme erhoben. Es muss sozusagen eine Bilanz erstellt werden.

In dieser Hinsicht habe ich allerdings das sichere Gefühl, dass diese Bilanzierung bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung heftig zu kurz gekommen ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

(Caroline Schwarz)

Ein aktuelles Beispiel aus der jüngsten Zeit ist die **Beschaffungsordnung der GMSH**, die allenfalls dafür geeignet ist,

(Renate Gröpel [SPD]: Ich wusste, etwas fehlt noch!)

eine Antistimmung gegen Frauen zu erzeugen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Bilanz stimmt hier absolut nicht.

Mithilfe der „traditionellen“ Frauenförder- oder Gleichstellungsmechanismen, vorausgesetzt, sie werden vernünftig angewendet - kann rasch und zielorientiert gehandelt werden. Die jeweilige Maßnahme beschränkt sich jedoch auf eine spezifische politische Problemstellung. Gender Mainstreaming dagegen setzt als Strategie grundlegender und sehr viel breiter an. In einem effektiven **Gesamtkonzept** ergänzen sich beide Politiken, aber nur dann, wenn es sich nicht um isolierte Maßnahmen handelt, wie es bei einer großen Anzahl von Aktivitäten der Landesregierung zur Frauenförderung der Fall ist, die ohne größeren Einfluss auf die Gesamtsituation der Geschlechtergleichstellung und ohne wesentlichen Einfluss auf politische Konzepte insgesamt bleiben.

Der Weg muss also sein: Schwerpunktverlagerung, weg von isolierten Maßnahmen zugunsten von Frauen hin zu einem stärker **integrierten Ansatz!** Die europäischen Strukturfonds gehen nach diesem Prinzip vor, wie es unter anderem auf der Internetseite der Frauenministerin, Frau Lütkes, zum Thema „Frauen im Erwerbsleben“ deutlich wird. Allerdings möchte Frau Lütkes auf dieser Internetseite - kennen Sie die? -

(Ministerin Anne Lütkes: Ja! - Heiterkeit)

den Eindruck vermitteln, dass die Einbeziehung von Gender Mainstreaming in die Kriterien der EU-Fördermittelvergabe eine schleswig-holsteinische Erfindung sei. Das ist nun wirklich nicht so. Das ist Bestandteil einer entsprechenden Entschließung des EU-Rates.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört! - Lars Harms [SSW]: Es gibt überall kluge Leute!)

- Ja!

(Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Gut recherchiert!)

- Was meinen Sie, wie dankbar ich dem Internet in der letzten Zeit war!

Ich halte also Folgendes fest. Obwohl spezielle Maßnahmen als Teil eines dualen Ansatzes in der Gleichstellungspolitik in nächster Zukunft wohl noch not-

wendig sein werden, erfordert das Gender Mainstreaming insgesamt einen umfassenderen Ansatz auch hier im Land.

Die fünf im Antrag aufgeführten Punkte sind nach meiner Meinung nur bedingt tauglich, diesen umfassenden und integrativen Ansatz zu verfolgen.

Wir beantragen, den Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Das habe ich mit den Kolleginnen der SPD und der Grünen abgesprochen. Wir wollen dort dem von SPD und Grünen formulierten Auftrag an die Landesregierung noch einige Aspekte aus unserer Sicht hinzufügen, die diesem integrierten Ansatz der EU und übrigens auch dem von der **Weltfrauenkonferenz in Peking** 1995 gewollten Ansatz entsprechen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum SSW-Änderungsantrag möchte ich noch einen Satz hinzufügen. Sie beantragen, dass alle zwei Jahre ein **Rechenschaftsbericht** darüber abgegeben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zweimal im Jahr!)

- Wie bitte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zweimal im Jahr soll das sein!)

Die SPD hat ihren Antrag dahin gehend geändert, dass das in regelmäßigen Abständen erfolgen sollte. Ich könnte mir vorstellen, dass es zusammen mit dem Gleichstellungsbericht geschieht, der einmal in der Legislaturperiode abgegeben werden soll.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

Darüber können wir im Innen- und Rechtsausschuss noch intensiver sprechen.

(Lebhafte Beispiele bei CDU, SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Baasch, ich bin bis zur letzten Minute vom Krankenhausbett in Bäk instruiert worden, Ihnen das vorzutragen, was ich Ihnen gleich vorzutragen werde. Unsere frauenpolitische Sprecherin, Frau Dr. Christel Happach-Kasan, befürchtete, dass ich aus einer männlichen Beklommenheit heraus mög-

**(Dr. Heiner Garg)**

licherweise zu milde mit dem Antrag von Rot-Grün umgehen würde. Deswegen gab sie mir die folgenden Worte mit auf den Weg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind jetzt weibliche Worte! - Heiterkeit)

Nach der Definition der EU-Kommission bedeutet **Gender Mainstreaming**, „die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen“. Das heißt also: Gleichstellung ist eine **Querschnittsaufgabe**.

Man könnte das Prinzip „Gender Mainstreaming“ als Übertragung eines deutschen Grundrechtes in europäisches Recht interpretieren, denn im europäischen Vergleich hängt Deutschland in Fragen der Gleichberechtigung mit Sicherheit nicht hinterher.

(Silke Hinrichsen [SSW]: Das stimmt nicht!)

- Frau Kollegin Hinrichsen, ich weiß, in Dänemark ist fast alles besser.

(Lothar Hay [SPD]: Es ist gut, wenn man das erkennt!)

Das Grundgesetz ist an dieser Stelle wohl eindeutig: Männer und Frauen sind gleichberechtigt und niemand darf wegen seines Geschlechtes bevorzugt oder benachteiligt werden.

Die **Grundrechte** binden den Staat in seiner Gesamtheit, nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowohl als Abwehr- als auch als Teilhaberechte. Die Einhaltung der Grundrechte sollte in der Landesverwaltung daher eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Nichtsdestotrotz wird in diesem Antrag die Landesregierung aufgefordert, Verfassungsgrundsätze in der Landesverwaltung durchzusetzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch wohl nicht nötig!)

Wohlgemerkt: Der Antrag wurde von den Regierungsfractionen gestellt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es besteht Bedarf!)

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen: Sind Sie wirklich der Meinung, dass

unsere **Landesregierung** ständig gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verstößt, eine Landesregierung, in der vier von acht Minister- und Ministerinnenposten - auch wenn viele Ministerinnen jetzt nicht hier sind - durch Frauen besetzt sind und der die einzige Ministerpräsidentin in dieser Republik vorsteht?

(Beifall bei der F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]. Darauf sind wir auch stolz!)

- Herr Kollege Kubicki, darauf bin ich auch stolz. Das fand ich schon bemerkenswert, als ich noch in Baden-Württemberg war. Schon aufgrund dieser Tatsachen war mir Schleswig-Holstein sehr sympathisch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Das ist Anbiederei!)

Im Einzelnen fordern die Antragsteller zunächst, dass alle Entscheidungen der Landesregierung auf ihren Beitrag zur Gleichberechtigung überprüft werden. Damit sind wir voll und ganz einverstanden.

Jede Entscheidung, die die Gleichberechtigung beeinträchtigt, ist ein Verfassungsverstoß und muss deshalb unverzüglich revidiert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich frage Sie allerdings ausdrücklich, liebe Frau Kollegin Schlosser-Keichel als Antragstellerin und liebe Frau Kollegin Schümann - -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Etwas mehr Aufmerksamkeit können wir dem Thema schon widmen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Lars Harms [SSW])

**Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:**

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie wollen Sie im Einzelnen feststellen, ob **Gleichberechtigung als Teilhaberecht auf Chancengleichheit** verwirklicht wird?

Das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse ist hierbei ein zweifelhaftes Signal. Wenn ein Geschlecht zum Beispiel in einer bestimmten Berufsgruppe nicht paritätisch vertreten ist, kann dies ein Hinweis auf geschlechtsspezifische Diskriminierung sein, muss es aber nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hebammen!)

**(Dr. Heiner Garg)**

Es könnte ebenso gut sein, dass nicht ausreichend geeignete Frauen oder Männer diesen Berufsweg eingeschlagen haben. Wie wollen Sie hier differenzieren?

Eine einfache Analogie soll dieses Problem verdeutlichen. Millionen Menschen, übrigens Frauen und Männer, spielen jede Woche Lotto, aber nur wenige ziehen einen Hauptgewinn. Müssen wir daraus schließen, dass das **Lottospiel** ungerecht ist, dem Gleichheitsgrundsatz zuwider läuft und so umgebaut werden muss, dass jeder genau seinen Einsatz wieder gewinnt?

(Jutta Schümann [SPD]: Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Ich denke nicht, denn alle hatten die gleichen Chancen auf den Hauptgewinn - entsprechend ihrem freiwilligen Einsatz.

(Zurufe von der SPD)

Vom Ergebnis der Lotterie auf deren gerechte Ausgestaltung zu schließen, Frau Kollegin Birk, funktioniert, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt. Einfache Erbsenzählerei hilft bei der Feststellung der Chancengleichheit also nur sehr bedingt weiter. Deshalb frage ich Sie nochmals: Wie wollen Sie die Einhaltung der Chancengleichheit tatsächlich messen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine spannende Frage!)

Der zweite Punkt des Antrages erübrigt sich wegen des ersten: Da die Landesregierung keine Entscheidungen treffen darf, die gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen, muss dies in allen Phasen eines Entscheidungsprozesses berücksichtigt werden. Folglich sind wir auch hiermit voll und ganz einverstanden.

Der dritte Punkt allerdings bedarf einer näheren Erörterung: Alle **Sondermaßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung** sollen in eine Überprüfung einbezogen werden. Dies widerspricht der „Präambel“ des Antrages, denn dort wird festgestellt, dass diese Programme weiterhin notwendig sind. Das aber deutet daraufhin, dass die Antragstellerinnen die Fördermaßnahmen schon überprüft haben und zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen sind. Warum also sollte die Landesregierung sie noch einmal überprüfen?

Die Antragstellerinnen schließen a priori die Notwendigkeit einer unvoreingenommenen Prüfung der Landesregierung damit aus. Dies leuchtet mir schlicht und ergreifend nicht ein. Was geschieht, wenn zum Beispiel die Überprüfung eines Frauenförderplanes ergibt, dass die Beschäftigungschancen von Frauen infolge des Förderplanes sinken? Gilt dann § 1, „Die Antragsteller haben immer Recht und der Förderplan ist weiterhin notwendig“, oder gilt § 2, „Wenn ein Förder-

plan die geschlechtsspezifische Chancengleichheit beeinträchtigt, tritt automatisch § 1 in Kraft“?

Ich plädiere dafür, dass die Sondermaßnahmen unvoreingenommen überprüft werden, und dafür, dass diejenigen Maßnahmen, die ihren Zweck verfehlen, überarbeitet oder abgeschafft werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gerade diese Sondermaßnahmen zur Förderung der **Gleichberechtigung** von Frauen sind oftmals zweischneidige Schwerter. Als Beispiel möge die Frauenquote dienen. Frauenquoten produzieren Quotenfrauen und dem Begriff „Quotenfrau“ hängt ein schaler Beigeschmack an.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde - das ist mein voller Ernst -, dem Begriff „Quotenfrau“ hängt ein schaler Beigeschmack an, Frau Kollegin Heinold; wenn Sie anderer Meinung sind, dann ist das ja in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Kollegin Christel Happach-Kasan hat es folgendermaßen formuliert.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie sind doch keine Quotenfrau, Herr Hentschel, oder?

(Heiterkeit)

Meine Kollegin Christel Happach-Kasan hat es wie folgt formuliert: Die fortwährende Betonung der Notwendigkeit der Frauenförderung hat der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen einen neuen Impuls gegeben nach dem Motto: Wer so viel Förderung braucht, kann gar nicht gut und kompetent sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine ganz ernsthaft: Dieser Punkt sollte im Ausschuss noch einmal sehr ausführlich erörtert werden.

Viertens soll die Landesregierung prüfen, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen Anreize zur Verwirklichung von **Gender Mainstreaming** gesetzt werden können. Dieser trivialen Forderung schließen wir uns selbstverständlich an, denn Gender Mainstreaming bedeutet ja gerade, dass bei allen politischen Konzepten und Maßnahmen die Frage der Chancengleichheit zu berücksichtigen ist und mittels dieser Konzepte und Maßnahmen entsprechende Anreize zu setzen sind, denn Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und damit ein Auftrag an alle politisch Verantwortlichen.

**(Dr. Heiner Garg)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Menschen sollten die gleichen rechtlichen Möglichkeiten haben, ihr Leben entsprechend ihren Wünschen und Möglichkeiten zu gestalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Alle Menschen sollten die gleiche Chance auf ein faires rechtliches Los in der Lotterie des Lebens haben.

Selbstverständlich stimmt die F.D.P.-Fraktion der Ausschussüberweisung zu und selbstverständlich werden wir uns dort auch mit dem SSW-Antrag positiv auseinander setzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich rede hier als Mann und nicht als Frau.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist uns gar nicht aufgefallen, Herr Hentschel! - Martin Kayenburg [CDU]: Es ist gut, dass Sie das noch einmal betonen!)

Gleichstellung ist heute noch nicht erreicht.

(Zuruf von der CDU: Bei den Grünen muss man das immer dazu sagen! - Heiterkeit)

Wenn die Zahl der Professorinnen an den schleswig-holsteinischen Universitäten unter 10 % liegt, obwohl die Zahl der Frauen, die Abitur machen, mittlerweile bei 52 % liegt, dann stimmt etwas nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die müssen erst einmal studieren, bevor sie Professorinnen werden können!)

Wenn die Bezahlung von Frauen in gleichen Berufen in dieser Republik durchschnittlich um ein Drittel niedriger ist, dann stimmt etwas nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei uns ist das nicht so!)

Wenn Sie dann behaupten, Herr Garg, wenn Sie es dann wagen, hier zu behaupten,

(Frauke Tengler [CDU]: Keine Drohungen, bitte!)

wer so viel Förderung braucht, kann gar nicht kompetent sein - das haben Sie eben wörtlich gesagt -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es kann der Eindruck entstehen!)

wer so viel Förderung braucht, kann gar nicht kompetent sein, haben Sie gesagt -, dann kann ich nur sagen: Dann haben Sie irgendetwas nicht verstanden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein!

77 % der Frauen zwischen 16 und 29 Jahren - also der jungen Frauen - halten Frauenpolitik weiterhin für notwendig.

(Caroline Schwarz [CDU]: Und Männer halten Männerpolitik für notwendig!)

Gleichstellungspolitik - das ist das Wichtige an dem Ansatz von Gender Mainstreaming - ist eine **Querschnittsaufgabe** für alle Politikfelder und -bereiche und kein isoliertes Inselthema. Aber - ich zitiere Sie da, Frau Schwarz, weil Sie das auch richtig gesagt haben - Gleichstellung darf sich nicht auf Frauenpolitik, auf besondere Förderinstrumentarien beschränken. Das ist richtig. Das heißt aber nicht, dass ich damit besondere Förderinstrumentarien ablehne, sondern es geht darum, einen neuen Ansatz zu bringen, der zu der bisherigen Frauenpolitik hinzukommt. Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn? Sagen Sie einmal konkret, welchen Ansatz Sie meinen!)

Sie haben gesagt, Herr Garg, alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten haben, ihr Leben zu gestalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So steht es in der Verfassung!)

Wenn es so ist, dass die Zahl der Frauen in Führungspositionen dramatisch niedriger ist als die Zahl von Männern, wenn es so ist, dass die Bezahlung von Frauen in dieser Gesellschaft dramatisch schlechter ist

**(Karl-Martin Hentschel)**

als die von Männern, können Sie doch nicht behaupten, dass die Chancen gleich sind!

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Sie können wohl nicht anders, als ständig die Worte von anderen Leuten im Munde herumzudrehen! Schlimm ist das! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann sagen Sie doch einmal, wie es im öffentlichen Dienst ist!)

Ich habe das F.D.P.-Programm zu diesem Thema nachgelesen, weil mich das interessiert hat. 1996 tauchte im F.D.P.-Programm das Wort „Frauen“ an zwei Stellen auf. Da steht einmal: „Den besonderen Belangen der Frauen ist daher in allen Politikfeldern Rechnung zu tragen.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieser Satz ist im F.D.P.-Programm für das Jahr 2000 gestrichen worden. Stattdessen steht dort an der gleichen Stelle: „**Quotenregelungen** beziehungsweise die Bevorzugung bestimmter Gruppen sind der Entwicklung zur Chancengleichheit kontraproduktiv und gehören somit abgeschafft.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

1996 stand im F.D.P.-Programm noch: „Bestehenden Nachteilen und Problemlagen für Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft ist nach wie vor entgegenzuwirken.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Jahre 2000 ist dieser Satz im F.D.P.-Programm durch folgenden Satz ersetzt worden: „Es ist nicht im Sinne der kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes, Gleichmacherei zu propagieren.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Ergebnis: Das Wort „Frauen“ kommt im gesamten F.D.P.-Programm des Jahres 2000 nicht an einer einzigen Stelle mehr vor.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie oft kommt denn das Wort „Männer“ darin vor? Haben Sie das auch ausgezählt? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie oft kommt das Wort „Männer“ vor?)

Dagegen zitiere ich folgenden Satz: „Gleichstellung muss sich aber auch mit den Rechten und Schwierigkeiten von Jungen und Männern beschäftigen.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Richtig!)

Deswegen haben wir Herrn Garg heute gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Gender Mainstreaming, Herr Hentschel! Das ist der Inhalt!)

- Ja, ich komme noch dazu.

Ich bedanke mich ausdrücklich für den mutigen und engagierten Beitrag, den meine Kollegin Caroline Schwarz hier gehalten hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich gehe auf diese parteipolitischen Entwicklungen deswegen ein, weil ich glaube, dass sich darin sehr viel von der gesellschaftlichen Entwicklung in diesem Lande widerspiegelt. Ich weiß auch, dass die Auseinandersetzung über **Frauenpolitik** in den letzten 20 Jahren in der CDU eine wichtige Rolle gespielt hat und zu wichtigen Entwicklungen geführt hat. Deswegen unterscheidet sich das CDU-Programm 2000 übrigens ganz erheblich von dem der F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen wir auch hoffen!)

Da steht nämlich zum Beispiel dieser zentrale Satz: „Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann bleibt in allen Lebensbereichen eine besondere Herausforderung für die CDU.“

(Beifall bei der CDU)

„Viele Lebens- und Alltagssituationen sind für Frauen noch immer ungleich schwerer zu meistern als für Männer.“

Ich weiß aus dem, was ich gelesen habe - ich habe mich damit beschäftigt -, dass es sehr viele Jahre harter Kämpfe gefordert hat, um zu diesem Satz in dem CDU-Programm zu kommen; deswegen gratuliere ich den Frauen, die das durchgefochten haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott! Ihr Redebeitrag ist ja an Peinlichkeit kaum zu überbieten, Herr Hentschel!)

Die Europäische Union hat sich im Amsterdamer Vertrag auf das Prinzip Gender Mainstreaming verpflichtet. Es geht darum, dass im Gegensatz zur alleinigen Förderungspolitik über bestimmte Instrumentarien jetzt generell der Weg der Verwaltung, wie sie nun einmal arbeitet, genutzt wird, um dieses Thema in den Griff zu kriegen und Fortschritte zu machen.

Das heißt, die Verwaltung bekommt den Auftrag, in allen Bereichen zu gewährleisten, dass Ziele der **Gleichstellung** erreicht werden, und die Verwaltung muss dann überprüfen, woran es liegt, dass ein Ziel nicht erreicht worden ist, und dementsprechend Vorschläge machen, wie es korrigiert wird.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Herr Kubicki, diese Vorschläge können durchaus zu besonderen Maßnahmen der Förderung von Frauen führen. Das werden sie sogar in der Regel. Es geht nicht darum, dass eine Gender Mainstreaming-Politik sagt, dass es keine Frauenförderung mehr gibt, sondern es geht darum, dass sich alle Bereiche mit diesem Thema beschäftigen und Vorschläge machen müssen, wie sie umgesetzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist der Paradigmenwechsel. Dazu braucht es die Sensibilisierung und Vermittlung von entsprechendem Fach- und Methodenwissen für alle Führungskräfte und die Umsetzenden. Es bedarf ebenso entsprechender **Controlling-Mechanismen**.

Ich glaube, dass Schleswig-Holstein ein ganzes Stück dieses Weges beschritten hat, dass aber noch ganz viel vor uns liegt. Schleswig-Holstein ist sicher auf gutem Weg, wenn es als erstes Land eine Ministerpräsidentin hat und die Mehrzahl der Minister im Kabinett Frauen sind - nicht nur, weil deswegen besonders Frauenthemata beachtet werden, sondern vor allem auch deswegen, weil das ein Signal für alle Frauen und alle Menschen in diesem Lande ist, dass so etwas möglich ist. Das ist ein erheblicher Schritt voran.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Debatte von gestern, Herr Hentschel!)

Schleswig-Holstein hat in einer ganzen Reihe von klassischen Politikfeldern - ich nenne zum Beispiel die Themen Existenzgründung, Wohnungsbauförderung, Auftragsvergabe des Staates - frauenpolitische Elemente eingebracht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Strauß, wenn Sie uns wieder einmal Ihre Aufmerksamkeit zuwenden könnten!

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Genau das ist im Sinne des Gender Mainstreaming, dass eben nicht nur **Frauenbeauftragte** geschaffen werden, sondern dass wir in der ganz normalen Tätigkeit der Landesverwaltung, zum Beispiel bei der Auftragsvergabe, der Wohnungsbaupolitik, überprüfen, ob das, was wir tun, auch im Interesse von Frauen ist.

(Caroline Schwarz [CDU]: Von beiden! Das ist das Entscheidende!)

In der Wohnungsbaupolitik hat das zum Beispiel dazu geführt, dass die Grundrisse von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau daraufhin überprüft worden sind, ob sie den unterschiedlichen Lebenssituationen angemessen oder nur bestimmten Lebenssituationen angemessen sind, und das hat zu einer Überarbeitung der Grundrisse geführt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und was ist dabei herausgekommen?)

unter erheblicher Beteiligung der Kommission „Frauen planen Wohnen“, die genau dieses Thema in den normalen Verwaltungsvorgang eingebracht hat. Das ist ein typisches Beispiel für Gender Mainstreaming, das sich von der klassischen Frauenpolitik unterscheidet.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Noch ein Beispiel! An der Fachhochschule Kiel wurde im Fachbereich Elektronik ein neuer Studiengang „Elektronikmanagement“ eingeführt, wo es zum ersten Mal in einem technischen Studiengang gelungen ist, dass 61 % der Neuanmeldungen Frauen waren, insbesondere weil in der Ausbildung bestimmte technische Ausbildungsgänge in gesonderten Vorlesungen für Frauen durchgeführt werden. Auch ein Novum, wo man zunächst denkt: So etwas geht nicht. Aber es hat Erfolg und das ist das, was zählt.

Ich glaube, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, und freue mich über alle Frauen und Männer, die uns auf diesem Weg begleiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Kollegin Hinrichsen, wir freuen uns auch über alle Frauen und Männer! Ich freue mich mehr über Frauen!)

**Silke Hinrichsen** [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Vorrednern möchte ich gern danken, insbesondere Ihnen,

(Silke Hinrichsen)

Frau Schümann, für Ihren Beitrag, der eine gute Erklärung war.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wäre schön, wenn wir lernten, uns in Zukunft besser gegenseitig zuzuhören. Ich finde den Antrag auf Ausschussüberweisung auch deshalb sehr gut, weil sich im Laufe der Debatte zeigt, dass es noch einige Missverständnisse gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Ich weiß nicht, wie viele von uns sich an die 4. UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking erinnern; vermutlich wenige.

(Jutta Schümann [SPD]: Herr Kubicki! - Heiterkeit)

Es war eine der vielen Veranstaltungen auf internationaler Ebene, von der viele denken: Schade, dass nicht mehr dabei herausgekommen ist.

Bei eben dieser Konferenz ist aber das Konzept des Gender Mainstreaming entwickelt worden. Heute erhalten alle Kolleginnen und Kollegen die Chance, dafür zu sorgen, dass die UNO-Konferenz in China doch etwas gebracht hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ziel des Gender Mainstreaming ist die **Gleichstellung der Geschlechter**.

Über die rechtliche Gleichstellung hinaus geht es darum, für Frauen und Männer faktisch eine gleiche Teilhabe an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zu erreichen. Dabei sollen sich die Geschlechter neu positionieren, mit neuen Möglichkeiten und neuen Verantwortlichkeiten. Frauen sollen zum Beispiel familiäre Macht abgeben und sich mehr öffentliche Macht aneignen; Männer sollen mehr öffentliche Macht abgeben und mehr auf der familiären Ebene erscheinen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es soll eine neue gesellschaftliche **Aufbruchstimmung** geschaffen werden, in der sich nicht mehr allein die Frauen, sondern auch die Männer bewegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Sie müssen vor allem akzeptieren, dass sich Frauen nicht immer der üblicherweise männlich geprägten Lebensplanung anschließen.

(Beifall bei SSW, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Um zu zeigen, wie wichtig es ist, dass wir auch in Schleswig-Holstein endlich mit der Umsetzung dieses international akzeptierten Konzeptes beginnen, möchte ich gern noch einmal auf die Geschichte des Gender Mainstreaming eingehen. Sie macht nämlich deutlich, dass heute noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind.

Der Ansatz selbst begann sich bereits 1994 im Europarat zu entwickeln. Dieser setzte einen Ausschuss ein, der für Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen zuständig war und gleichzeitig die Verpflichtung hatte, mit allen Ausschüssen zusammenzuarbeiten. In Schweden wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt mit diesem Ansatz gearbeitet.

Das Konzept wurde dann durch die Pekinger Konferenz von der UNO selbst in die tägliche Arbeit aufgenommen. Das Gender Mainstreaming wurde obligatorischer Tagesordnungspunkt und der Generalsekretär unterliegt einer jährlichen Berichtspflicht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Jutta Schümann [SPD])

Das Thema kam in Europa **bei der EU** wieder neu auf die Tagesordnung, als 1997 eine Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission ein Strategiepapier zur konkreten Umsetzung des Gender Mainstreaming entwickelte. Es wurden dann folgend ein Berichtswesen für alle Dienststellen eingeführt und jeweils hierfür Beauftragte ernannt.

Das EU-Parlament unterstützte dies und 1998 wurde durch die Kommission der erste Bericht vorgelegt. Die Kommission veröffentlicht seitdem jährlich einen Bericht, in dem der Umsetzungsstand und die konkreten Maßnahmen zum Gender Mainstreaming dargestellt werden.

Der Abschlussbericht im Rahmen des Europarates wurde durch die Arbeitsgruppe 1998 präsentiert. Seit diesem Zeitpunkt wird auch hier jährlich ein Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter vorgelegt. Sodann erfolgten im Vertrag von Amsterdam 1998 in Artikel 2 und 3 die Rechtsgrundlagen hierfür. Die EU erhielt hier neue Befugnisse für die Verwirklichung der Gleichstellung unter Berücksichtigung der klassischen Förderpolitik und des Gender Mainstreaming. Diese beiden Instrumente stehen weiterhin nebeneinander.

In vielen Ländern sind Fortschritte seit der **UNO-Weltkonferenz** in Peking eingetreten. Die gleiche Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft wird inzwischen von vielen Ländern als Voraussetzung für eine tragbare wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung gesehen. Die Pekinger Konferenz setzte

(Silke Hinrichsen)

hierzu einen Anstoß auch im Aufbau von Methoden und Institutionen zur Förderung der Gleichstellung und es begann der Weg von der alleinigen Gewichtung aus der Frauenperspektive hin zu einer Geschlechterperspektive.

Sie sehen also, dass es allerhöchste Zeit war, als die Bundesrepublik erst 1999 begann, das Prinzip des Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe anzuerkennen. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und diese tagte immerhin schon im Mai dieses Jahres. Die Bundesregierung hat also vor einem halben Jahr endlich begonnen, das umzusetzen, was 1995 in China beschlossen wurde.

In Schleswig-Holstein beginnen wir jetzt mit diesem Antrag,

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

diese Aufgabe auch hier umzusetzen, als Ergänzung und Bereicherung der klassischen Gleichstellungspolitik. Es wird nach meiner Ansicht auch langsam Zeit.

(Beifall bei SSW und SPD)

Gender Mainstreaming muss in allen Köpfen eine Selbstverständlichkeit werden. Dazu ist der politische Wille erforderlich, der heute hoffentlich auch dokumentiert wird - aus den bisherigen Äußerungen konnte ich das schon entnehmen -,

(Jutta Schümann [SPD]: Die F.D.P. kriegen wir auch noch ins Boot! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und auch ein sichtbares Engagement aller Führungsebenen. Nur durch dieses breite Engagement lässt sich das ambitionierte Projekt Gender Mainstreaming umsetzen, es verlangt nämlich viel.

Voraussetzungen sind zum Beispiel, dass die Erhebung und die Auswertung von Daten künftig eindeutig geschlechterspezifisch erfolgen, da nur so eine ausreichende Grundlage für die Geschlechterpolitik besteht. Es muss auch eine umfassende Sach- und Fachkenntnis der Gleichstellung geben; diese sollte zum Wissensgebiet erklärt werden.

Auch ein Fortbildungsangebot für Führungskräfte muss es geben - und dies gilt wohl auch für uns als Abgeordnete.

Zukünftig sollte auch die **Parität der Geschlechter** als wesentlicher Aspekt beachtet werden.

Zentral ist auch, dass das Gender Mainstreaming eine Ergänzung der bisherigen Politik ist. Unabhängig vom umfangreichen Arbeitsprogramm bleibt die traditionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik unverzicht-

bar. Für die Umsetzung, über die uns zukünftig die Landesregierung berichten wird, müssen die Eckpunkte des Gender Mainstreaming festgehalten und direkt auf Schleswig-Holstein angewendet werden. Da insbesondere im Ausland, aber auch bei der EU schon große Erfahrungen mit diesen Eckpunkten gemacht wurden und eigentlich auch die Zielsetzung schon niedergelegt ist, gehen wir davon aus, dass dies mit einbezogen wird.

Einer der zentralen Punkte ist dabei - das lässt sich auch dem Ländervergleich im Papier des Bundesministeriums entnehmen -, dass die Ministerpräsidenten ein großes Engagement zeigen, um diesen Prozess in Gang zu setzen. Sie müssen klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten benennen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Der Erfolg des Gender Mainstreaming hängt ganz entscheidend von der leitungsnahen Ansiedlung dieses Prozesses als Querschnittsaufgabe ab.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Staatskanzlei!)

Wichtig ist auch der Aufbau von **Kontrollmechanismen**. Ich möchte gern darauf hinweisen, dass es in anderen Ländern, insbesondere natürlich in skandinavischen Ländern, so ist, dass die Staatssekretärinnen in allen Ministerien für diesen Bereich zuständig sind, die Koordination läuft über die Gleichstellungsministerin, zuständig ist aber jeweils der Chef oder die Chefin der Regierung.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Jutta Schümann [SPD])

Wichtig ist angesichts der vielen **Handlungsfelder** noch der Hinweis, dass es leider notwendig ist, dass hierfür auch Geld zur Verfügung gestellt wird, damit die Fortbildung, die Erhebung und auch der personelle Einsatz zu finanzieren sind.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir stehen also vor einer großen Herausforderung, die uns von der internationalen Gemeinschaft auferlegt ist und die ein gemeinsames Handeln aller in diesem Haus fordert. Es ist klar, dass das Umdenken aber auch Zeit kostet. Es geht bestimmt nicht so schnell, wie wir uns das manchmal wünschen.

Deshalb ist es gerade wichtig, erste Schritte einzuleiten und durch zeitliche Vorgaben wirklich einzelne

(Silke Hinrichsen)

Projekte innerhalb einer bestimmten Zeit durchzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir brauchen hierzu aber ein solides Berichtswesen, um eine verlässliche Grundlage zu haben. Aus diesem Grund haben wir auch den Antrag gestellt, dass zweimal in der Legislaturperiode und nicht zweimal im Jahr - insoweit möchte ich Sie gern korrigieren, Frau Schwarz - -

(Caroline Schwarz [CDU]: Das war Herr Kubicki! Das war ich nicht!)

- Aber gehört habe ich es nur von Ihnen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Nein, nein!)

Das erwarten wir. Aber ich möchte gern darauf hinweisen, dass ich nun - bezogen auf den Bericht - nicht erwarte, dass ein großes Werk mit viel Papier beschrieben wird, sondern es liegt mir wirklich daran, dass kurz und prägnant vielleicht die ersten Projekte darin stehen und Hinweise darauf, wie man es umsetzen kann.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Wie gesagt, es ist wichtiger, dass das vielleicht auf einer Seite dargestellt wird, aber dass man sieht, dass etwas geschieht. Das halte ich für wesentlich besser.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Ich bedanke mich, dass auch unser Antrag mit dem Antrag auf Ausschussüberweisung übernommen wurde.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt Frau Ministerin Lütkes das Wort.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesen Redebeiträgen muss ich leider mein Manuskript sehr zusammenstreichen; denn dankenswerterweise haben alle Rednerinnen und Redner bei ihrer Vorbereitung realisiert, dass der Begriff Gender Mainstreaming ein zu erklärender ist. Nun ist das hier ja sehr deutlich von Ihnen vorgetragen worden und deshalb habe ich einige Seiten meines Manuskriptes zur Seite getan; denn ich glaube, auch wenn die Debatte hier

bereits in Ansätzen zeigt, dass man es eigentlich auch heute noch nicht oft genug erklären kann, sollte ich das jetzt nicht zum sechsten Mal versuchen. Aber doch einige kurze Hinweise.

So ungern ich Ihnen widerspreche: Es ist heute nicht der Tag, an dem Schleswig-Holstein beginnt, sich mit dem Begriff des Gender Mainstreaming auseinander zu setzen. Wie Sie sich vielleicht denken können und wie ich gehofft hatte, dass Sie es wissen, hat sich das **Frauenministerium**, hat sich aber auch das gesamte Ministerium Justiz, Frauen, Jugend und Familie mit diesem Thema beschäftigt, aber nicht nur erst in dieser Zusammensetzung, sondern bereits in den vergangenen Legislaturperioden. Insofern können wir Ihnen versichern, dass wir der Berichtspflicht sehr gern nachkommen, ebenso gern auch in der von Ihnen formulierten kürzeren Form.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir werden Ihnen dann gern darstellen, dass beispielsweise im Oktober bereits eine ausführliche Fachtagung zu diesem Thema hier in Kiel stattgefunden hat, an der 200 Frauen, aber auch einige Männer teilgenommen haben und die sich mit diesem Thema, aber insbesondere mit den Anfängen der Umsetzung von Gender Mainstreaming in europäischen Ländern auseinander gesetzt hat. Diese Tagung - ich denke, aber auch die heutige Debatte - zeigt, dass mehr als fünfzig Jahre nach der Formulierung des Artikels 3 des Grundgesetzes, mehr als vierzig Jahre nach dem Gleichberechtigungsgesetz, mehr als zwanzig Jahre nach der Abschaffung des Schuldprinzips und damit der Einführung des Rechts zum Getrenntleben für Frauen - nicht nur für Männer, das es ja damals verkappt immer gab - und keine zehn Jahre nach der Begründung der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe die Debatte um Frauenpolitik und die politische Umsetzung von **Fraueninteressen** beileibe nicht beendet sind

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

und sich viele Männer - wenn ich mir das erlauben darf zu sagen, Herr Kubicki -, noch mit diesem Themenbereich auseinander setzen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Gender Mainstreaming ernst genommen, bedeutet, das Angebot an Führungskräften in Politik und Verwaltung, sich mit diesem Thema ernsthaft in Form von

(Ministerin Anne Lütkes)

Schulungen auseinander zu setzen; denn Artikel 3 ernst genommen, ist sehr schwierig in der Praxis umzusetzen.

Sie haben zwar darauf hingewiesen - da will ich Ihnen gar nicht widersprechen -, dass die Landesregierung selbstverständlich an Recht und Gesetz und insbesondere an die Verfassung gebunden ist, aber **Verfassungswirklichkeit**, Umsetzung des **Verfassungsanspruchs** und der hehre Anspruch, der hinter der Formulierung der Verfassung steht, sind ja leider - wie wir alle wissen - noch immer nicht deckungsgleich. Daran zu arbeiten, ist oberste Verpflichtung insbesondere eines Ministeriums wie dem meinen. Deshalb denke ich, dass wir hier zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen müssen; denn Frauenpolitik ist ein hartes Geschäft - um das einmal so zu sagen. Wir haben zwar viel erreicht und das Prinzip des Gender Mainstreaming ist in einigen Programmen der Landesregierung bereits durchgesetzt - nehmen Sie „ziel“, nehmen Sie das „Regionalprogramm 2000“ oder nehmen Sie „Arbeit für Schleswig-Holstein“.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz  
[CDU])

- Wahrlich nicht, aber Schleswig-Holstein arbeitet an der Umsetzung dieses generellen Leitprinzips, das im Übrigen keine EU-Erfindung ist, sondern im Rahmen der Frauenbewegung schon sehr lange diskutiert worden ist. Der qualitative Sprung, den wir haben, ist, dass das im Amsterdamer Vertrag von den Vertragsstaaten unterzeichnet worden ist und damit zu einer staatlichen Verpflichtung erhoben worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SSW und vereinzelt bei der SPD)

Das ist der qualitative Sprung.

Aber nach 25 Jahren Frauenbewegung ist es wahrlich nicht eine Frage des Urheberrechts, sondern eine Frage des Umsetzens gerade dieser Erkenntnisse. Daran arbeiten wir und deshalb ist der heutige Antrag sicherlich sehr lobenswert.

Wenn ich mir aber noch einmal den Hinweis erlauben darf, dass die Landesregierung daran arbeitet und die Landesregierung auf allen Ebenen in der Politik das Prinzip des Gender Mainstreaming gern umsetzen will, möchte ich auch noch einmal hervorheben, dass es - wie Sie sehr genau wissen - der Ausarbeitung von sehr genauen Kriterien bedarf. Ihr Hinweis, dass es sehr schwer messbar ist, ob nun wirklich **Gleichberechtigung** gegeben ist oder wie sich die einzelnen Lebensverhältnisse gleichberechtigt zueinander verhalten, ist sehr schwierig. Die EU ist auch noch nicht so weit, dass sie einzelne Kriterien entwickelt hätte.

Wir haben aber die Verpflichtung, für die einzelnen Lebenssachverhalte und für die einzelnen **Politikfelder** diese Kriterien zu entwickeln und uns der Tatsache zu stellen, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming manchmal auch sehr banal ist, dass nämlich das Denken von Gleichheit und Differenz, das ja Artikel 3 fordert, im Konkreten manchmal nichts anderes bedeutet, als wirklich über die Höhe der Bürgersteige nachzudenken und sich in der Verkehrspolitik wirklich darüber Gedanken zu machen, ob eine Straßenbahn so gestaltet ist, dass eine Frau mit dem Kinderwagen hineinkommt. Das ist ein ganz schwieriges Unterfangen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.])

Man muss sich selber klar machen, dass es immer um sehr konkrete Sachverhalte geht, die parallel zu einer sehr theoretischen Analyse der Gesellschaft führen. Sich dem zu stellen heißt aber, dass man sich beispielsweise in der Verkehrspolitik verdeutlichen muss, dass Frauen diejenigen sind, die den öffentlichen Personennahverkehr benutzen, während Männer in der Regel diejenigen sind, die den Individualverkehr bedienen und einen eigenen PKW haben. Das heißt, bei aller verkehrspolitischen und ökologischen Betrachtungsweise ist auch an eine Geschlechterkomponente mit zu denken.

Das führt dann, wenn es konsequent geschieht, zu sehr positiven Verhältnissen der Menschen untereinander und insbesondere für den Lebensalltag von Frauen zu qualitativ ganz anderen Verhältnissen, die wir dann durchaus mit Freude betrachten.

Die Debatte ist sehr notwendig; denn trotz aller rein formalen Gleichheit, der langen Geschichte des Artikel 3 GG, hat Alice Schwarzer - die ich nicht oft zitiere, aber sehr lange kenne - in der Vergangenheit, vor einigen Wochen, im „Spiegel“ für die heutige Situation eine sehr gute Formulierung gefunden. Sie hat darauf hingewiesen, dass Frauenpolitik in der heutigen Zeit gegen eine gläserne Wand läuft und sich mit einer „wortlosen Unterströmung“ in der Gesellschaft auseinander zu setzen hat. Diese wortlose Unterströmung bedeutet, dass zwar verbal niemand die Gleichheit von Frauen und Männern, die Durchsetzung von Artikel 3 GG in Frage stellt - das ist nicht zeitgemäß; Gender Mainstreaming ist auch ein Modewort, das oft im Munde geführt wird -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von Rot-Grün!)

aber gleichzeitig zeigen die Umsetzung desselben und die unterschwellige Belustigung, die dieses Thema bei vielen hervorruft, dass die Analyse von der Kollegin Schwarzer durchaus richtig ist. Immer dann, wenn die

**(Ministerin Anne Lütkes)**

Umsetzung von Artikel 3 GG im alltäglichen Leben in die **Lebensrealität** des einzelnen Mannes vordringt und er sich die banale Frage stellt: Wer spült denn heute? - um es einmal ganz banal zu sagen -, dann stellt sich die Frage des Gender Mainstreaming in jedem einzelnen Haushalt und in jedem einzelnen Leben. Wir wissen, dass wir da immer noch an unsere Grenzen stoßen. Und wir wissen, dass wir parallel zu der notwendigen Frauenförderpolitik - das ist hier in den Vorreden auch schon beschrieben worden; Gender Mainstreaming ist keine Alternative zur herkömmlichen Frauenförderpolitik, sondern ein qualitativer Sprung in der Frauenpolitik -, diese gesellschaftliche Unterströmung nur durch sehr lautes, klares Benennen, aber auch ebenso klares Handeln in den Griff bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich kann Ihnen versichern: Die Landesregierung ist dabei. Ich möchte jetzt nicht der Frau Ministerpräsidentin vorgreifen und hier Schulungen für Führungskräfte in der Landesregierung und in der Landesverwaltung ankündigen, aber sicherlich werden wir auch darüber diskutieren müssen; denn Gender Mainstreaming ist die Querschnittsanlage, Frauenpolitik die Querschnittsaufgabe.

Das Ergebnis muss aber sein, dass die Gleichheit und Differenz von Geschlechtern in jeder einzelnen Handlung - nicht nur von einer Regierung - mitgedacht wird und eine solche Diskussion dann vielleicht in fünf Jahren überflüssig ist; denn ich gehe davon aus, dass das, was im Rahmen der hier schon zitierten Weltfrauenkonferenz ausgerechnet worden ist, dass wir nämlich - wenn die **Gleichberechtigungs- und Gleichstellungspolitik** in dem Tempo weitergeht, wie sie bisher gelaufen ist - exakt 476 Jahre brauchen, um eine tatsächliche Gleichheit zu erreichen, richtig ist. Ich bin nun hier etwas länger als ein halbes Jahr Ministerin, glaube auch, es noch etwa länger zu sein, aber 476 Jahre habe auch ich nicht Zeit. Ich denke, wir sollten gemeinsam etwas schneller arbeiten - aber gemeinsam.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Sassen.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frauen sind anders als Männer, das ist unbestritten. Sie fühlen anders - meistens jedenfalls -, gehen Pro-

bleme anders an und lösen diese auch anders. Sie sind auch sehr mutig, wenn es darum geht, Stellung zu beziehen. Frauen zeichnen sich durch besondere Fähigkeiten aus. Gerade in diesem Anderssein liegen aber auch der Reiz und auch die Verpflichtung, Frauen intensiv an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Nur im **Miteinander von Frauen und Männern** bei Entscheidungsprozessen und im alltäglichen Leben kann es eine Welt geben, in der sich sowohl Männer als auch Frauen wohl fühlen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um dies zu erreichen, muss nicht nur - leider immer noch - in den Köpfen vieler Männer - ich denke, hier natürlich nicht! -

(Heiterkeit)

etwas geschehen oder ein Umdenken verordnet werden, sondern auch die Frauen müssen sich der Herausforderung und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft stellen und Verpflichtungen und Aufgaben übernehmen wollen. Unser politisches Ansinnen muss es sein, die Frauen darin zu bestärken und den Weg dorthin zu erleichtern.

Ich warne aber vor allzu viel Reglement. In diesem Zusammenhang - das wurde heute schon erwähnt - verweise ich auf die Neuordnung des Beschaffungswesens in der Landesverwaltung und die Errichtung einer zentralen Beschaffungsstelle der GMSH mit den Förderplänen, die den Frauen mehr schaden können, als sie ihnen nützen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Damit können sich Frauen als Bremsklotz des Mittelstandes fühlen und das wollen Frauen nicht. Mir ist die politisch verordnete Geschlechtergerechtigkeit des vorliegenden Antrages ein wenig zu viel. Es drängt sich mir gelegentlich der Eindruck auf, als sei das Frausein an sich eine Behinderung, der man sich besonders annehmen müsse.

(Jutta Schümann [SPD]: Nein, das ist jetzt falsch! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist richtig! Nein, der Eindruck ist falsch! Das wollte ich sagen!)

- Darüber unterhalten wir uns nachher noch; denn dann haben Sie gar nichts verstanden!

(Heiterkeit und Beifall - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich arbeite daran!)

Ich wünsche mir für die Frauen mehr Selbstverständlichkeit, mehr Beachtung ihrer besonderen Fähigkeiten

(Ursula Sassen)

und weniger Gleichmacherei. Auch das ist Gender Mainstreaming.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Ulrike Rodust [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; damit schließe ich die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung - zur abschließenden Beratung - an den Innen- und Rechtsausschuss beantragt worden. Wird eine Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die so verfahren wollen, den Antrag zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/469

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! - Herr Kubicki, dürfte ich vielleicht auch einmal reden? - Danke schön!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im **Bundestag** wird heute in erster Lesung ein Gesetz beraten, mit dem die Bundesregierung einen umfassenden **Anspruch auf Teilzeitarbeit** gesetzlich festschreiben und die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge einschränken will. Beides verstärkt die staatliche Regulierung des Arbeitsmarktes. Das Beschäftigungswachstum wird gesenkt und die Arbeitslosigkeit wird erhöht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P. kämpft mit allem Nachdruck gegen diesen Jobkiller.

(Vizepräsident Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Die derzeitige Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist konjunkturell bedingt. Der schwache Euro und die starke Weltkonjunktur haben die Nachfrage nach deutschen Exporten verstärkt. Um diese Nachfrage befriedigen zu können, stellen die Unternehmen mehr Arbeitskräfte ein. Die Entwicklung überdeckt die strukturellen Probleme des deutschen Arbeitsmarktes, sie

verringert sie jedoch nicht. Alle internationalen Vergleiche zeigen, dass der **deutsche Arbeitsmarkt** zu inflexibel ist. Dies ist eine der großen Ursachen dafür, dass wir die hohe Langzeitarbeitslosigkeit haben, dafür, dass die Beschäftigungschancen für geringer qualifizierte so schlecht sind und dass wir ein niedriges Beschäftigungswachstum haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Um die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen, brauchen wir weniger Regulierungen. Die Absicht der Bundesregierung weist genau in die falsche Richtung. Paragraphen schaffen keine Arbeitsplätze, aber Unternehmen schaffen mehr Arbeitsplätze, wenn Paragraphen gestrichen werden!

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Der Anspruch auf Teilzeitarbeit erhöht die **Kosten** des Faktors Arbeit; denn eine Vollzeitkraft kostet weniger als mehrere Teilzeitkräfte. Vorausschauend handelnde Unternehmer werden deshalb bei Neueinstellungen vorsichtiger sein. Das gilt insbesondere für die mittelständische Wirtschaft.

Sie müssen damit rechnen, dass eine neu eingestellte Vollzeitkraft ihren Anspruch auf Teilzeit verwirklichen will. Das würde dem Unternehmen zusätzliche Kosten aufbürden, ohne dass es dafür irgendeine Gegenleistung erhält. Folglich werden weniger Menschen eingestellt. Das gilt insbesondere für diejenigen, bei denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie irgendwann eine Teilzeitarbeit fordern können - zum Beispiel für jüngere Frauen.

Da sind wir wieder bei dem Thema, das wir eben angesprochen haben. Es nutzt nichts, noch so gute Frauenförderprogramme, insbesondere im beruflichen Bereich, aufzulegen, wenn gleichzeitig durch andere, sicherlich gut gemeinte Gesetze, aber eben keine guten Gesetze der Zugang für Frauen zum Arbeitsmarkt erschwert wird. Das wird die Folge sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich kann mich da auf die Aussagen von Professor James Heckmann berufen, Arbeitsmarktspezialist und diesjähriger Nobelpreisträger für Ökonomie, der dazu in der „Wirtschaftswoche“ vom 26. Oktober sagte: „So etwas wird fehlschlagen. Die Löhne und die Beschäftigung von Frauen werden sinken.“ Das will hier im Hause sicherlich niemand.

**Befristete Arbeitsverträge** - das ist der zweite Punkt - haben zwei große Vorteile. Erstens sind sie ein vorzügliches Sprungbrett für Berufseinsteiger und Wie-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

dereinstieger in den Arbeitsmarkt und später in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Zweitens sind sie eine gute Möglichkeit für Unternehmen, flexibel auf schwankenden Arbeitsbedarf zu reagieren. Bei unsicherer Konjunktur wird eher eingestellt, wenn Befristung möglich ist. Besteht diese Möglichkeit nicht, wird vielleicht gar nicht eingestellt, ich kann auch sagen: wird mit Sicherheit weniger eingestellt.

Die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse wird deshalb dazu führen, dass weniger Menschen Arbeit finden. Das wollen wir doch alle nicht. Wer für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit in Deutschland sorgen will, darf den Arbeitsmarkt nicht noch weiter regulieren. Im Gegenteil: Der Arbeitsmarkt und das Arbeitsrecht müssen flexibler werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das gilt im Übrigen auch für die geplante **Verschärfung der betrieblichen Mitbestimmung**. Ich erspare mir an dieser Stelle weitere Ausführungen dazu. Die Wirtschaft hat sich dazu in den vergangenen Wochen eindeutig geäußert. Sie werden das alles verfolgt haben.

Die Landesregierung hat die Steigerung der Beschäftigung und die Senkung der Arbeitslosigkeit zu ihrer Jahrhundertaufgabe bestimmt. Im Bundesrat allerdings hat die Landesregierung bereits der stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes zugestimmt und damit tatsächlich für weniger Beschäftigung und für mehr Arbeitslosigkeit gestimmt.

Taten zählen mehr als Worte. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung bisher auf dem falschen Weg gewesen ist, und möchte Sie sehr herzlich bitten, die Zustimmung dazu zu geben, dass sich die Landesregierung in anderer Weise, nämlich für mehr Beschäftigung, einsetzt. Für den Fall, dass Sie mir nicht glauben - normalerweise glauben Sie der Opposition ohnehin nicht -, möchte ich Sie auf das Sachverständigengutachten der fünf Weisen verweisen. Auf Seite 13 können Sie dies alles in wesentlich wohlgesetzteren Worten finden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Minderheitsvotum!)

- Lesen Sie es, auch wenn es ein Minderheitsvotum sein sollte!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Januar 2001 soll ein neues **Gesetz** in Kraft treten, das die **Teilzeitarbeit** neu ordnet und das für die Zukunft klarere Vorgaben für **befristete Arbeitsverträge** schafft. Kernpunkte der neuen Teilzeitregelung sind der Schutz vor Diskriminierung, die Förderung von Teilzeitarbeit sowie das Schaffen von mehr Transparenz in Betrieben und Unternehmen in Bezug auf Teilzeitarbeitsplätze.

Ähnliche Argumente gelten für die zukünftigen Regelungen für befristete Arbeitsverträge. Auch hier stehen der Schutz vor Diskriminierung sowie die Zulässigkeit von befristeten Arbeitsverträgen und die verbesserten Chancen des Übergangs in einen Dauerarbeitsplatz im Mittelpunkt. Diese Regelungen halten wir nicht nur für überfällig, sondern auch für zwingend notwendig, und deshalb werden wir den Antrag der F.D.P.-Fraktion ablehnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Gesetz, das vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorgelegt wurde, wird dazu führen, dass Teilzeitarbeit noch stärker als bisher gefördert werden kann. Dadurch werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Gegenteil wird der Fall sein!)

Gleichzeitig werden die **Chancengleichheit** von **Männern und Frauen** gefördert sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat Ihnen bloß diesen Unsinn aufgeschrieben?)

Das hilft Männern und Frauen und trägt so zur Stabilisierung der Gesellschaft bei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie werden sehen, was passiert!)

- Sie sagen, das Gegenteil wird passieren. Wir sagen: Das, was Sie an die Wand malen, haben wir heute. Wir wollen es zum Positiven verbessern.

Kernpunkte der neuen Teilzeitregelung sind zum Beispiel der Schutz vor Kündigung, wenn der Arbeitneh-

**(Wolfgang Baasch)**

mer es ablehnt, von einem Vollzeit- in ein Teilzeitarbeitsverhältnis oder umgekehrt zu wechseln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie Austauschkündigungen! Da fallen Sie vor jedem Arbeitsgericht hinten herunter!)

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zukünftig auch Anspruch auf Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die ihre berufliche Entwicklung und Mobilität fördern. Arbeitgeber sind in Zukunft verpflichtet, freie Arbeitsplätze im Betrieb auch als Teilzeitarbeitsplätze auszuscheiden. Ich denke, das allein sind Gründe, die für eine Veränderung sprechen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt auch nicht! Da heißt es: Wenn das betrieblich möglich ist!)

- Wir argumentieren sauber. Sie brauchen nur einmal nachzulesen, was im Gesetzentwurf steht. Darin können Sie das alles finden.

Im Zusammenhang mit dem Wandel der Arbeitswelt, mit der Flexibilisierung der Arbeitsformen und Arbeitsweisen schafft die neue Teilzeitregelung die Voraussetzungen für eine dienstleistungsorientierte Betrachtung von Arbeit. Dies sind nur einige Kernpunkte, die deutlich machen, dass Schutz vor Diskriminierung, Förderung von Teilzeitarbeit, mehr Transparenz in Betrieb und Unternehmen durch dieses Gesetz gewährleistet werden.

Ein Kernpunkt für den Bereich befristeter Arbeitsverträge ist der **Schutz vor Diskriminierung**. So dürfen befristet beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber unbefristet Beschäftigten nicht schlechter gestellt werden. Befristet beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben künftig zumindest Anspruch auf anteilige betriebliche Leistungen. Es wird im Gesetzentwurf festgehalten, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse auch in Zukunft die übliche Form der Beschäftigung bleiben. Um den Übergang aus einem befristeten Arbeitsvertrag in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern, gelten in Zukunft neue Regeln.

Aufgrund dieser neuen Regeln ist der Unternehmer verpflichtet, befristet beschäftigte Arbeitnehmer in seinem Betrieb über neu zu schaffende unbefristete Arbeitsplätze zu informieren. Befristet beschäftigte Arbeitnehmer haben Anspruch auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus müssen Betriebs- und Personalräte künftig über die Anzahl befristet Beschäftigter und ihren Anteil an der Gesamtbelegschaft des Betriebes und der Unternehmen informiert werden. Die Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und Unternehmen werden so besser in die

Lage versetzt, auch die Interessen der befristet Beschäftigten zu vertreten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer soll das alles bezahlen?)

Die Gründe für das Gesetz, das mehr Teilzeitarbeit ermöglicht und klarere Vorgaben für befristete Arbeitsverträge enthält, machen deutlich, wie überfällig und notwendig diese Regelungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Betriebe und Unternehmen sind. Inflexibilität, weniger Mitbestimmung, ungleiche Löhne und weitere populistische Forderungen nützen nämlich keiner Seite, nicht einmal den Arbeitgebern. Gesetze und Tarifverträge schützen nicht nur die Beschäftigten vor Lohndrückerei, sondern auch die Betriebe vor unlauterer Konkurrenz. Mit der neuen Teilzeitregelung können mehr Menschen weniger arbeiten. Das ist ein Vorteil für die Einzelnen ebenso wie für Betrieb und Gesellschaft.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nicht zu glauben!)

Walter Riester hat zur Förderung von Teilzeitarbeit formuliert - ich zitiere -:

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Der ist doch schon gar nicht mehr im Amt!)

- Das hätten Sie gern. Aber der ist zäh.

„Bei konsequenter Verwirklichung der Teilzeitwünsche können durch das freiwerdende Arbeitszeitvolumen langfristig rund 1 Million neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Deutschland kann es sich nicht leisten, dieses Beschäftigungspotenzial noch länger ungenutzt zu lassen.“

So Walter Riester. Walter Riester hat Recht. Wir wollen ihm nicht, wie die F.D.P., im Wege stehen und werden deshalb den Antrag der F.D.P. ablehnen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Ergebnis gucken wir uns dann einmal an!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich neue Gäste auf der Tribüne begrüßen. Ich begrüße die Damen und Herren der Seniorenunion Flensburg und der Jungen Union Schleswig. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Manfred Ritzek das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Rücken Sie das wieder gerade!)

**Manfred Ritzek** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rohwer, Sie haben zwar den Vortrag Ihres Parteikollegen nicht ganz gehört, ich möchte aber dennoch gern wissen, was Sie jetzt fühlen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was Sie dazu sagen, würde ich auch gern wissen!)

wie es Ihnen bei der Begründung der **Teilzeitarbeit** geht. - Als Minister vielleicht ganz gut, aber als Professor der Wirtschaftswissenschaften mit Sicherheit grottenschlecht, könnte ich mir denken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Was das rot-grüne Bundeskabinett als Gesetz zur Überarbeitung des Beschäftigungsgesetzes aus dem Jahre 1996 plant, schadet auch unserem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein in höchstem Maße,

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

ist verfassungsrechtlich bedenklich und wirkt kontraproduktiv gegenüber einer qualifizierten Beschäftigungspolitik in Unternehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Familienpolitische Vorteile als Begründung sind an den Haaren herbeigezogen, zumal in dem Gesetzentwurf überhaupt nicht definiert ist, welche Begründung es für Teilzeitarbeit geben soll. Welche Szenarien werden sich zwangsläufig bei der Realisierung der geplanten gesetzlichen **Neuregelungen** zur Teilzeitarbeit ergeben? - Einige Beispiele!

**Kleinbetriebe** mit 15 Mitarbeitern werden alles daransetzen, keinen 16. Mitarbeiter einzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Denn mit dem 16. Mitarbeiter würden die Betriebe der geplanten rot-grünen Regelung zum Teilzeitananspruch nach Wahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterliegen. Was ist die Folge? - Überstunden, Schwarzarbeit!

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nach einem halben Jahr soll jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin den abgeschlossenen Vollzeitvertrag einseitig brechen und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen können. Das wäre ein klarer Systembruch in der Rechtsordnung. Die Planungen der Arbeitgeber würden über den Haufen geworfen, denn einige Mitarbeiter wollen nur noch vormittags, andere nur zu bestimmten Tageszeiten, andere wiederum nur tageweise pro Woche arbeiten.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist doch Quatsch!)

Die Arbeitsgerichte werden Hochkonjunktur haben, denn was „dringend betriebliche Erfordernisse“ sind, die dem Arbeitgeber als Begründung für die Verweigerung des Teilzeitanpruchs übrig bleiben, ist in dem geplanten Gesetz nicht definiert.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Hochkonjunktur für Arbeitsgerichte! - Auch eine Konjunktur!

Frau Justizministerin, ich würde Ihnen empfehlen, allen Jurastudentinnen und -studenten zu raten, Arbeitsrecht zu studieren, denn es kommt Arbeit auf sie zu.

Einige weitere Szenarien: Das Getreide verrottet, weil die Mährescherfahrer am Wochenende oder vor angekündigten Wetterverschlechterungen nicht noch am Abend oder in der Nacht mähen wollen.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wenn die Arbeitsgerichte über das „dringende betriebliche Erfordernis“ entschieden haben, ist das Getreide vergammelt. Aber das gefällt vielleicht einigen auf der linken Bank des Hauses, denn das vergammelte Getreide ist Biomasse und aus Biomasse kann man regenerative Energie produzieren.

Wer hier im Hause ein bisschen Ahnung von **Großunternehmen** hat, weiß doch genau, dass die Großbetriebe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der nächsten Gelegenheit hinausschmeißen würden, die im Labor, in den Raffinerien, im Transport nur noch halbtags arbeiten wollen und damit die Arbeitsplanung der Unternehmen total über den Haufen werfen.

Dann bleiben die LKWs eben 100 km vor dem Zielort stehen. Dann wird der Ersatzfahrer mit dem PKW zur Raststätte Tecklenburger Land gefahren.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Laborversuch wird nicht zu Ende geführt. Die Ventile in den Raffinerien werden später geschlossen. Das ist Teilzeitarbeit!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unfassbar!)

In den Krankenhäusern fällt die Betreuung nachts aus, weil die Krankenschwestern nur noch am Tage arbeiten wollen. Ich wünsche Ihnen nicht, Herr Baasch, dass Sie im Krankenhaus liegen und nachts Hilfe brauchen, aber keine Krankenschwester da ist.

(Manfred Ritzek)

Dänemark und die Niederlande haben Teilzeitkonzepte auf freiwilliger Basis erfolgreich realisiert. Das Handwerk und der Einzelhandel in Deutschland wehren sich vehement gegen die beabsichtigte neue Regelung. Es handelt sich hier wohl um einen rot-grünen Schnellschuss, der die Gewerkschaften moderat stimmen soll, weil die rot-grüne Bundesregierung die Regelung der befristeten Arbeitsverträge gegen den Widerstand der Gewerkschaften verlängern will, allerdings muss sie dann diesen Bonbon der Teilzeitarbeit schlucken.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf ist wirtschaftsfeindlich und bringt die Familien nicht weiter. Der nahezu voraussetzungslose Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit steht im Widerspruch zur unternehmerischen Entscheidungsfreiheit und zur allgemeinen Vertragsfreiheit.

Die damit verbundenen Folgen für den Betriebsablauf - auch für den Schichtbetrieb - sind im Entwurf der Bundesregierung überhaupt nicht berücksichtigt worden. Durch diese **Reglementierung** - nicht Regelung - entstehen dem Standort Deutschland und damit auch unserem Land neue unverantwortliche Nachteile.

Wer ein bisschen Verständnis für unternehmerische und betriebliche Abläufe hat, wird meinen Ausführungen zustimmen. Deshalb stellt die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Der Landtag möge dem Antrag der F.D.P.-Fraktion über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge zustimmen. Gleichzeitig beantragen wir jedoch, den gesamten Sachverhalt federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen, um wirklich konkrete familienspezifische Inhalte in dem Antrag zur Teilzeitarbeit zu berücksichtigen, allerdings auf der Basis einer gemeinsamen Vereinbarung und gemeinsamer Akzeptanz von Arbeitnehmern und Arbeitgeberern.

Folgende Inhalte könnten es sein: Es muss mindestens ein Kind unter 12 Jahren versorgt werden, ein ärztliches Gutachten muss die Notwendigkeit der Pflege eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen bestätigen, der Antragsteller muss selbst in der Erwerbstätigkeit gemindert sein.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Wir haben eine wichtige Frage vor uns, nämlich die Frage, welches Leitbild die Arbeitsverträge der Zukunft führt: nur **Vollzeit**, aber dafür befristet, womöglich immer wieder in Kettenverträgen verlängert und mit unbefristeten Überstunden? Diesen Eindruck habe ich gewonnen, als ich mir den Antrag der F.D.P.-Fraktion durchgelesen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Birk, man sieht, dass Sie keine Ahnung haben!)

Es geht aber darum, das, was im Augenblick von den Arbeitsgerichten in vielen Einzelurteilen arbeitsrechtlich ausgehandelt worden ist, endlich in ein insgesamt kohärentes Recht zu gießen. Das verlangt von uns die EU. Da gibt es die entsprechende Richtlinie, der die Bundesregierung und die Landesregierung folgen müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten über das reden, wovon Sie etwas verstehen!)

Das macht Sinn, denn wir kommen damit endlich in vielen Fragen, die die Arbeitsgerichte sonst mühsam beschäftigen würden, zu Rechtssicherheit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Das will auch das Bündnis für Arbeit, das deutlich darauf hingewiesen hat, dass die Bundesregierung im Gegensatz zu den Nachbarländern - beispielsweise auch im Gegensatz zu den zitierten Niederlanden - in Sachen Arbeitszeit weit hinter den Bedürfnissen der Arbeitsmarktpartner zurück ist.

Sehen wir das doch einmal rational. In Schleswig-Holstein haben die zunehmende Anzahl von **Teilzeitarbeitsplätzen** und die Möglichkeiten, die im öffentlichen Dienst, aber auch in Großbetrieben geschaffen wurden, dafür gesorgt, dass der Anteil von Frauen am Arbeitsmarkt in den letzten 12 Jahren stetig nach oben gegangen ist - das ist auch ein Beitrag zum Gender Mainstreaming -, dass sich gleichzeitig aber der Anteil von Männern an Teilzeitarbeit auch in Schleswig-Holstein von der noch immer sehr kleinen Marge von 1 % bis 2 % nach oben bewegt und irgendwann wirklich die 10 %-Hürde locker überschreiten wird. Das ist ja immer eine Schallgrenze.

Wir haben im Bereich der Jobrotation - neulich hat es übrigens die interessante Fachtagung mit der Arbeitsministerin gegeben - das Beispiel Dänemark vor uns. Auch hier geht es um Befristung von Arbeitsverträgen, häufig aber auch um Teilzeitarbeit. Der Wiedereinstieg von Arbeitslosen in den Beruf, insbesondere von Frauen, die wegen Familientätigkeit unterbrochen

(Angelika Birk)

haben, wird durch solche flexiblen Instrumente ermöglicht.

Damit das aber nicht das Einfallstor für Sozialdumping wird, damit diese Menschen nicht Arbeitskräfte zweiter Klasse sind, ist es wichtig, dass wir sowohl den Arbeitsanspruch auf Teilzeitarbeit rechtlich regeln als auch das Thema Befristung deutlich definieren: Wann darf befristet werden? Mit welchem Argument darf befristet werden? Bei solch einer Befristung muss auch der Anspruch auf Weiterbildung bestehen

(Martin Kayenburg [CDU]: Da haben wir eine gesetzliche Regelung! Ist Ihnen das noch nicht aufgefallen?)

und der Betriebsrat muss Mitverantwortung übernehmen können. Wir haben eine gute Praxis, die jetzt an einigen Stellen verbessert wird. Ich finde es richtig und gut, dass dieses Gesetz möglichst bald - nämlich schon Anfang nächsten Jahres - in Kraft treten wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Baasch [SPD])

Nun unterstellen Sie den Untergang des Abendlandes und verweisen auf die vielen kleinen Betriebe. Erstens. Das Gesetz gilt nur für Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten. Auch das ist etwas, was wir im Bereich des Elternurlaubs ebenso als Marge genommen haben. Wir wissen aber gleichzeitig, gerade in Kleinbetrieben kann damit - wenn es alle Beteiligten wollen - sehr flexibel umgegangen werden.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Aber dann freiwillig!)

Gerade der **Wettbewerb** zur **Chancengleichheit**, der noch im letzten Jahr unter meiner Federführung durchgeführt wurde, zeigte, dass vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe hinsichtlich familienrechtlicher Arbeitszeiten vorbildlich waren. Sonst hätten wir sie doch gar nicht prämiieren können.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Kayenburg, nun sagen Sie, wir bräuchten das nicht mehr, weil es einige - zum Glück nicht wenige - Betriebe gibt, die gut sind. Sie wissen, dass Gesetze nicht für diejenigen geschaffen werden, die gutwillig sind. Gesetze werden für diejenigen geschaffen, die offensichtlich eine solche juristische Leitlinie brauchen, um ihr Verhalten zu normieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb können wir dieses gute Beispiel auf der gesetzlichen Grundlage besser Schule machen lassen. Ich

hoffe jedenfalls, dass Rationalität in die Debatte einkehrt und dass wir die Beispiele unter dem Motto „Mann teilt Zeit“ demnächst zur Regel haben. Meine Nachfolgerin ist unseren guten Ansätzen aus dem vergangenen Jahr gefolgt. Wir brauchen weiter gute rechtliche Rahmenbedingungen. Wenn wir hier lange und einvernehmlich über Gender Mainstreaming gesprochen haben, dann sollten wir auf dem Arbeitsmarkt auch Taten folgen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen hat für den SSW das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Teilzeitarbeit gibt Arbeitnehmern Spielraum in Bezug auf ihre Lebenszeit und ermöglicht mehr Zeit für die Familie. Sie eröffnet dem Arbeitgeber Flexibilität und ist arbeitsmarktpolitisch wirksam. Deshalb ist es - unabhängig von der Einschätzung der Detailregelungen - erst einmal begrüßenswert, dass sich jetzt eine Bundesregierung dazu durchgerungen hat, diesen Bereich zu stärken. Wir brauchen endlich vernünftige Bedingungen für Menschen, die Teilzeitarbeit wollen. Die **Teilzeitarbeit** wird von der F.D.P. und Teilen der Union kritisiert, weil ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit angeblich die Arbeitgeber über Gebühr belastet. Wir können die massive Kritik aber nicht nachvollziehen, denn den Arbeitgebern wird noch reichlich Spielraum gegeben, um Arbeitnehmern aus betrieblichen Gründen die Teilzeitarbeit zu versagen und um freie Arbeitsplätze nicht als Teilzeitarbeitsplätze auszu-schreiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur aus dringenden Gründen!)

Sicherlich erwächst den Arbeitgebern daraus eine gewisse Belastung, weil sie im Zweifelsfall den Beweis dafür erbringen müssen. Das halten wir aber für zumutbar, denn läge die Beweislast bei den Arbeitnehmern, ließe sich eine solche Regelung nie durchsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Ritzek, das Horrorszenario, das Sie aus dem neuen Gesetz heraus aufgezeichnet haben, erinnert

(Silke Hinrichsen)

mich ein wenig an Diskussionen, die abends bei einem Bier stattfinden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten  
Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs befasst sich mit befristeten Arbeitsverträgen. Hintergrund der Änderung ist das Problem, dass Arbeitgeber die für sie vorteilhafte Möglichkeit **befristeter Arbeitsverträge** ausgenutzt und Arbeitnehmer jeweils nur für einige Monate eingestellt haben. Wenn kein Kettenarbeitsvertrag mehr bestand, haben sie diese Arbeitnehmer wieder eingestellt. Diese Arbeitgeber haben immer wieder auf diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgegriffen, sodass wir der Meinung sind, es wäre sinnvoll, die neue Regelung - so wie es jetzt beabsichtigt ist - durchzuführen.

Dieser Umgang mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss unterbunden werden. Deshalb ist es begrüßenswert, dass die Rechte der Arbeitnehmer in den befristeten Beschäftigungsverhältnissen gestärkt werden.

Wir sehen aber auch die Probleme, die von der F.D.P. angesprochen worden sind. Es geht darum, dass Arbeitgeber konjunkturell oder saisonal begrenzt Arbeitskräfte brauchen, die sie aber auf Dauer nicht finanzieren können. Diese Möglichkeit wird den Arbeitgebern auch zukünftig belassen. Sie können - mit sachlicher Begründung - zum Beispiel weiterhin vorübergehend zusätzliche Arbeitskräfte befristet einstellen. Sie können es sogar bis zu zwei Jahre lang ohne sachlichen Grund tun. Es fällt schwer zu sehen, dass hier keine Flexibilität vorhanden sein soll.

Ich gebe ihnen insoweit Recht, als der Gesetzentwurf der Bundesregierung erneut nur an den Symptomen des deutschen Arbeitsrechts kuriert, statt strukturelle Probleme zu beseitigen.

(Beifall bei SSW und F.D.P.)

Sollte mit Riesters Reform dem Bedürfnis der Unternehmen an Flexibilität bei Einstellungen und Kündigungen nicht Genüge getan werden, dann muss eine grundsätzlichere Lösung gefunden werden. Wie so etwas funktionieren kann, lässt sich bei einigen unserer Ostseekooperationspartner lernen. Frau Birk, in Skandinavien hat man schon zu Anfang des letzten Jahrhunderts zwischen Arbeitgebern und Arbeiterbewegungen einen Kompromiss gefunden. In Skandinavien gibt es diese flexible Handhabung. Sie ist ausdrücklich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt worden. Die Arbeitgeber erhielten vorteilhafte Regelungen beim Kündigungsschutz, die Arbeitnehmer bekamen großzügige Sozialleistungen. Die Ar-

beitgeber können so schnell auf veränderten Personalbedarf reagieren. Die Arbeitnehmer sind bei Kündigungen gut abgesichert. Das hat auch die Jobrotation in **Dänemark** im wahrsten Sinne des Wortes befördert.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Gerade am Beispiel Dänemark finde ich es schwierig, nur einen Teilaspekt der Jobrotation zu betrachten. Dass in Dänemark so viele Menschen Arbeit bekommen haben, ist gerade diesem System zu verdanken. Es belebt den Arbeitsmarkt. Eine Explosion der Sozialausgaben gibt es nicht, weil die schnellere Kündigungsmöglichkeit auch dazu geführt hat, dass Arbeitgeber schneller wieder einstellen. Eine solche Lösung macht für alle Sinn, weil sowohl die Interessen der Arbeitgeber als auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Die Initiative der F.D.P. tut es leider nicht. Hier werden die Interessen der Arbeitgeber denen der Arbeitnehmer eindeutig übergeordnet. Daher können wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]: Das hätte uns auch gewundert!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Moser das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge war überfällig, und zwar nicht nur wegen des drohenden Fristablaufs von Bestimmungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes, sondern weil eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsmarktordnung eindeutig geboten ist. Eine Flexibilisierung ist allerdings für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geboten. Ich bin Frau Hinrichsen sehr dankbar, dass sie dies in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]

Die Tatsache, dass wir in der Bundesrepublik 6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, die teilzeitbeschäftigt sind, zeigt, dass wir über kein neues Instrument reden. Im Übrigen haben wir 2 Millionen befristete Arbeitsverhältnisse. Die Teilzeitquote steigt in Deutschland jedoch zu langsam. Sie lag 1995 bei 18 %. 1999 lag sie bei knapp 20 %. Zum Vergleich: In den Niederlanden liegt sie bei rund

**(Ministerin Heide Moser)**

40 %. Dazu hat offenbar beigetragen, dass es in den Niederlanden einen Anspruch auf **Teilzeitarbeit** gibt. Herr Kayenburg, auch dort hat es seitens der Unternehmen Kassandrarufo gegeben, wie Sie sie eben ausgesprochen haben. Herr Ritzek, ich weiß nicht, ob es in den **Niederlanden** Abgeordnete gegeben hat, die eine so schlechte Meinung von den dort ansässigen Unternehmern hatten, wie Sie das eben zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn es dem Wirtschaftsminister während dieser Debatte irgendwann „grottenschlecht“ gegangen ist, dann bei Ihrer Beschreibung von Unternehmen, die es nicht fertig bringen, Arbeitsabläufe vernünftig zu organisieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aktuelle Umfragen sprechen davon, dass etwa 3 Millionen Frauen und Männer Teilzeitarbeit wünschen. Die Nutzung dieses Nachfragepotenzials würde - nach den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit - ganz erhebliche Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt auslösen. Kollege Baasch hat schon von 1 Million zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse gesprochen. Es ist doch richtig, dass es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Insofern ist es auch ein Beitrag zum Gender Mainstreaming, einen verbesserten flexiblen Arbeitsmarkt für Frauen und Männer zu schaffen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Der Gesetzentwurf zielt bei der Ausweitung von Teilzeitarbeit auf ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Ich weiß nicht, ob Sie schon den Begriff „Flexicurity“ kennen. Er ist im europäischen Wirtschaftsraum inzwischen „in“. Dabei soll die Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Sicherheit von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften kombiniert werden. Das ist ein vernünftiges Ziel; einvernehmliche Lösungen stehen klar im Vordergrund. Dennoch ist die Grundlage eines Anspruchs wichtig zur Erzielung solcher einvernehmlicher Lösungen.

Eine Belastung kleiner Betriebe muss vermieden werden. Auch das ist überhaupt kein Streitpunkt. Deshalb sieht der Gesetzentwurf vor, dass bei Betrieben mit bis zu 15 Arbeitnehmern dieser Teilzeitananspruch nicht besteht. Möglicherweise wird im Gesetzgebungsverfahren über diese Schwelle noch zu sprechen sein. Schleswig-Holstein hat sich für eine Anhebung dieses Schwellenwerts ausgesprochen.

Ich darf Sie allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die weitere Behandlung dieser gestellten Anträge darauf hinweisen, dass es ein zustimmungsfreies Gesetz ist. Das sollte uns den Umgang mit allzu langen Ausschussberatungen erleichtern, die weitere Regulierungen vorschlagen, wie sie Herr Ritzek eben ins Gespräch gebracht hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wissen, dass auch zustimmungsfreie Gesetzentwürfe vom Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können!)

Zum zweiten Kernbereich des Entwurfs, nämlich zu den neuen Regelungen über **befristete Arbeitsverträge**, will ich nur ein paar kurze Anmerkungen machen. Der Gesetzentwurf enthält auch in diesem Teil seiner Regelungen einen fairen Kompromiss, der für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer tragbar ist. Mit der so genannten erleichterten Befristung, nämlich der Möglichkeit von befristeten Arbeitsverträgen bei Neueinstellungen ohne sachlichen Befristungsgrund, können Arbeitgeber hinreichend flexibel auf Auftragspitzen reagieren.

Natürlich hat die Frau Abgeordnete Hinrichsen Recht, dass es eine Systemfrage ist, ob man dieses Problem so löst oder ob man das über eine andere Behandlung der Frage des Kündigungsschutzes löst. Letztlich ist wichtig, dass eine notwendige Flexibilität erreicht wird. Ich denke, diese Form der erleichterten Befristung in solchen Fällen ist eine beschäftigungspolitisch sinnvolle Alternative zu Leiharbeit, zu Überstunden, zu Outsourcing.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch genau die Konsequenz!)

Dabei stellen nach meiner Überzeugung die aufgrund der Vorgaben der EG-Richtlinie im Gesetzentwurf festgelegten Befristungsbeschränkungen - ich habe es schon gesagt - ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anpassungsfähigkeit aufseiten des Arbeitgebers einerseits und Schutz des Arbeitnehmers andererseits sicher. Im Übrigen gibt es darüber hinaus auch die Möglichkeit tariflicher Vereinbarungen.

Ich denke, wir sollten - wie in den Niederlanden - einem solchen Gesetz die Chance geben, sich in der Praxis zu bewähren, und im Gesetzgebungsverfahren ein aufmerksames Auge darauf haben, ob es in Einzelfragen noch Klärungs- und Verbesserungsbedarf gibt, auch wenn wir formal nicht zustimmen oder ablehnen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich trete in die Abstimmung ein. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Werden weitere Anträge gestellt?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Sache abstimmen!)

- Es ist also Ausschussüberweisung auf der einen und Abstimmung in der Sache auf der anderen Seite beantragt.

Zuerst ist über die Ausschussüberweisung abzustimmen. Wer den Antrag der F.D.P., Drucksache 15/469, in den zuständigen Wirtschaftsausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 15/469 in der Sache zustimmen will, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/516

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/535

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Helmut Jacobs.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum debattieren wir jetzt darüber? Das ist nicht zustimmungspflichtig! Wir brauchen gar nicht darüber zu debattieren!)

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist festzustellen, dass trotz einer Verpackungsverordnung mit dem Drohinstrument, ein Dosenpfand einzuführen, falls die Mehrwegquote über mehrere Jahre hinweg unter die 72-%-Marke sinken sollte, der Anteil der **Einwegverpackungen für Getränke** kontinuierlich zunimmt. In gleichem Maße reduzierte

sich die Verwendung von Mehrwegverpackungen. In Schleswig-Holstein werden sogar rund 35 % aller Getränke in Einwegverpackungen verkauft. Das liegt sicherlich mit daran, dass zu wenige Kommunen in ihrem Befugnisbereich für dosenfreie Zonen sorgen.

Die alte Bundesregierung mit ihrem Umweltminister Töpfer hatte die Verpackungsverordnung auf den Weg gebracht, weil sie erkannt hatte, dass sich der Trend zu Einwegverpackungen nachteilig auf unser Wirtschaftsgefüge und auf den schonenden Umgang mit den Ressourcen auswirken würde. Es lag in der Hand der Getränkeindustrie, ein Dosenpfand abzuwenden.

Die Getränkeindustrie füllte aber unbeirrt weiter und zunehmend in Dosen ab. So ist nach der derzeit gültigen **Verpackungsordnung** die logische Konsequenz, im Sommer 2001 ein **Dosenpfand** von 50 Pf. einzuführen. Dieses Dosenpfand gilt nur für Bier und Mineralwasser, dagegen wären sonstige Getränke, insbesondere kohlenensäurehaltige Erfrischungsgetränke, von dieser Regelung ausgenommen.

Fruchtsäfte und Milchgetränke werden zunehmend in Kartonverpackungen abgefüllt. Kartonverpackungen sind wegen ihres geringen Gewichtes und wegen ihrer hohen Recyclingquote in ökologischer Hinsicht fast mit der Mehrwegverpackung vergleichbar.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-  
neit-Lücke [F.D.P.]

Die Verwertung dieser Einwegverpackungen wurde deutlich verbessert. Es wurde mengenmäßig mehr verwertet und die Qualität der Verwertung ist durch neue Verfahren verbessert worden. Hierzu haben die Verbraucher durch das Getrennsammeln entscheiden den Anteil.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten  
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wenn sich die Umweltminister der Bundesländer und der Bundesumweltminister für eine Novellierung der Verpackungsverordnung einsetzen, liegt das an der Erkenntnis, dass die derzeitige gesetzliche Regelung mit der Bezugnahme auf Mehrwegquoten aus heutiger Sicht keine optimale Lösung mehr darstellt. Eine neue Verpackungsverordnung sollte als einziges Steuerungsinstrument nicht nur die Einhaltung einer bestimmten Quote haben. Vielmehr erscheint es sinnvoller, in einer novellierten Verpackungsverordnung zwischen ökologisch nachteiligen und ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen zu unterscheiden. Eine Pfandpflicht für alle ökologisch nachteiligen Verpackungen wäre sinnvoll.

Bemerkenswert ist auch, dass einwegverpackte Produkte oft deutlich längere Wege - teils quer durch

(Helmut Jacobs)

Europa - hinter sich haben als Erzeugnisse in **Pfandflaschen**.

(Lothar Hay [SPD]: Ja!)

Diese werden sogar in unserer Nachbarschaft abgefüllt. Besonders die mittelständischen Betriebe, die Brauereien, nutzen die Pfandflasche und haben seit Jahrzehnten in vernünftige Mehrwegsysteme investiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall beim SSW)

Die Gegner einer Novellierung der Verpackungsverordnung tragen die üblichen, durch ständige Wiederholung allerdings nicht richtiger werdenden Parolen vor, die Getränkepreise würden in die Höhe getrieben und Arbeitsplätze gefährdet.

Dass derartige Aussagen unsinnig sind, führt uns **Dänemark** vor Augen. Dort gibt es bereits seit Jahren keine Bierdosen und Einwegflaschen mehr. Kohlensäurehaltige Getränke werden dort selbstverständlich in Pfandflaschen abgefüllt. Ich meine, die Dänen sind uns in vielen Bereichen Vorbild und könnten dies vielleicht auch sein, was die konsequente Vermeidung von Einwegverpackungen angeht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Der größte Gewinner einer novellierten Verpackungsverordnung wird jedoch unsere Umwelt sein. In jeder Gemeinde gibt es Plätze, die durch weggeworfene leere Einwegverpackungen verunstaltet werden. Besonders offensichtlich ist dies noch immer an Autobahnrastplätzen und an den Ufern unserer Gewässer. Eine generelle Pfandpflicht wird zur Folge haben, dass Umweltverschmutzungen durch Einwegflaschen und Getränkedosen endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem CDU-Änderungsantrag, nach dem die Verpackungsverordnung auf der Grundlage vorliegender ökologischer und ökonomischer Fakten überprüft werden soll, sei gesagt, dass das bereits geschehen ist. Es gibt eine umfangreiche Studie zu diesem Thema, die von vier Instituten erarbeitet worden ist. Diese Ökobilanz wurde im August vom Bundesumweltminister und vom Präsidenten des Umweltbundesamtes vorgelegt. Sie hat gezeigt, dass eine Novellierung erforderlich ist.

Darum bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Frauke Tengler das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Amrum und Pellworm haben es gut - sie sind getränkedosenfreie Inseln.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

In Dänemark ist der Verkauf von Getränkedosen verboten. Es wird allerdings für den Export in Dosen produziert.

(Zuruf von der SPD: Schweinkram!)

- Das ist Schweinkram, ja! - Und wir haben seit 1991 die **Verpackungsverordnung**, die besagt - mein Kollege Jacobs hat es schon erwähnt -, dass bei Unterschreitung des Mehrweganteils von 72 % mehr als zwei Jahre hintereinander ein Pflichtpfand erhoben werden kann. Dies war 1997 und 1998 der Fall.

Mehrwegsysteme haben in der Vergangenheit die hohen gestellten Anforderungen erfüllt und werden ihnen laut Bericht des Umweltbundesamtes vom 9. August 2000 auch in Zukunft in höchstem Maße gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU insgesamt - anders als die SPD - stand und steht zur Verpackungsverordnung. Die vorgelegte Ökobilanz des Umweltbundesamtes hat die Entscheidung der früheren Bundesregierung für den Mehrweg und die Verpackungsverordnung bestätigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie fordern nun in Ihrem Antrag klar auf der Linie Ihres Bundesumweltministers und Ihrer Landesumweltminister eine unmittelbare Pfandpflicht auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

unabhängig von Quoten, Füllmengen und Getränk. Heißt das, dass Sie sich von der Erfüllung der Mehrwegquoten verabschieden wollen?

Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass die Verpackungsverordnung zu novellieren ist, unter anderem auch deshalb, weil sich die Verpackungsmaterialien - mein Kollege Jacobs hat es angesprochen - in den letzten zehn Jahren deutlich weiterentwickelt haben. So stuft die Ökobilanz des Umweltbundesamtes den Einweggetränk Karton dem Mehrweg als gleichwertig ein.

**(Frauke Tengler)**

Allerdings sind deshalb aus unserer Sicht vor der Einführung eines Zwangspfandes unabdingbar folgende Fragen zu klären: Sind die Gesichtspunkte der Ökobilanz ausreichend berücksichtigt? Wird es ein echtes Pfand oder eine zusätzliche Abgabe? Gilt das Pfand einheitlich für alle Dosen?

Vor diesem Hintergrund und dem Hintergrund, dass die Einführung eines Zwangspfandes auf erhebliche Bedenken der EU-Kommission stößt und dass auch in Zukunft eine differenzierte und flexible Betrachtung der Mehrwegquote nötig ist, tritt die CDU-Fraktion für den Erhalt der **Mehrwegquote** ein, ist gegen eine übereilte Aufgabenlösung, gegen eine verfrühte Zwangspfand Einführung und absolut gegen eine Lenkungsabgabe

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- danke schön, Frau Kollegin! -, auch wenn der schleswig-holsteinische Umweltminister laut Presseerklärung vom 9. August 2000 schon wieder Morgenluft wittert. Er zieht eine Abgabe sehr wohl in Betracht. Damit bliebe die Landesregierung in ihrer Tradition, jede Möglichkeit der bürgernahen Geldbeschaffung zu nutzen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Abzocken nennt man das!)

Ungeachtet dessen habe ich doch noch die Hoffnung, dass sich die Bundesregierung eines Besseren besinnt und zumindest von einer Zwangsabgabe Abstand nimmt.

Die Bandbreite von den dosenfreien Inseln bis zum Dosenverbotsland Dänemark, von der sofortigen Einführung eines Zwangspfandes bis zur Überprüfung der aktuellen ökonomischen und ökologischen Fakten ist groß. Wir sollten das im Umweltausschuss noch einmal miteinander besprechen und ich bitte um Überweisung des Antrags an den Umweltausschuss, Herr Nabel.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort hat für die F.D.P.-Fraktion jetzt Frau Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß ja, dass Sie das Original vorziehen; erlauben Sie mir aber trotzdem, dass ich heute in Vertretung der erkrankten Kollegin Happach-Kasan spreche.

(Lothar Hay [SPD]: Nun sind wir gespannt!)

Zunächst eine kleine formelle Merkwürdigkeit! Ich frage Sie: Welchen Zweck hat es, die Landesregierung zu etwas aufzufordern, was sie schon vor vier Wochen getan hat?

(Heiterkeit der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Vor vier Wochen haben die Umweltminister von Bund und Ländern eine Erklärung zur Pfandregelung für ökologisch nachteilige Verpackungen abgegeben. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz halten alle - ich zitiere wörtlich - „eine unmittelbare Pfandpflicht auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen, unabhängig von Quoten und Füllmengen sowie vom Getränk, für sinnvoll“. Dieses Zitat wurde nahezu wörtlich in den vorliegenden Antrag übernommen und der Antrag wurde sechs Tage nach der Erklärung der Umweltminister gestellt. Das sagt uns zweierlei:

Erstens können die Antragsteller fehlerfrei abschreiben lassen,

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

zweitens haben die Antragsteller anscheinend nur wenig Vertrauen in ihre eigene Landesregierung, denn sie fordern diese zu etwas auf, was die Landesregierung schon sechs Tage zuvor erklärt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass Außenstehende dieses Verhalten als Beweis des Vertrauens innerhalb der Regierungskoalition interpretieren.

Die Begründung des Antrags ist aus der oben genannten Erklärung übernommen worden und mit ihr die unlogische Argumentation über die vermeintlichen ökologischen Vorteile des Zwangspfandes. Die Eindämmung ökologisch nachteiliger Einwegverpackungen, Dosen oder Einweg-Glasflaschen ist ökologisch ein erstrebenswertes Ziel, denn die Ökobilanzen des Umweltbundesamtes beweisen, dass diese Verpackungen im Vergleich zu Mehrwegflaschen und Getränkekartons ökologisch nachteilig sind. Eine Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Verpackungen würde den Gebrauch dieser Verpackungen allerdings nicht einschränken. Ich zitiere aus dem Jahresgutachten 2000 des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen: „Ob die Einführung eines Pflichtpfandes zu einer Stützung von Mehrwegverpackungen führt, muss bezweifelt werden.“

Hier ist auch die Argumentation des Bundesumweltministers widersprüchlich. Einerseits soll die Pfandpflicht für Mehrwegflaschen der wesentliche Grund für den Erfolg des Mehrwegsystems sein, andererseits

(Christel Aschmoneit-Lücke)

soll nun die Pfandpflicht auf ökologisch nachteilige Verpackungen das Mehrwegsystem stützen, obwohl der logische Schluss ja sein müsste, dass das Dosenpfand die Dose unterstützt, so wie das Pfand auf Mehrwegflaschen die Mehrwegflasche unterstützt. Wie das funktioniert, sehen wir in Skandinavien, wo die Dose alle anderen Getränkeverpackungen weitestgehend verdrängt hat.

Ein **Pfand** auf **Dosen** und **Einwegverpackungen** ist in erster Linie ein zinsloser Kredit an Getränkehändler. Das beim Kauf hinterlegte Pfand erhöht den Cashflow des Getränkehändlers und senkt das verfügbare Einkommen des Verbrauchers. Der Händler wird diese zusätzlichen Mittel in seine Finanzierungsrechnung einbeziehen und realisiert Zinsgewinne.

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen das anhand eines Beispiels vorrechnen. Dies ist eine Möglichkeit, sich über Kredite, die vom Verbraucher gewährt werden, zu finanzieren, insbesondere natürlich für große Kredite, wenn große Mengen von Dosen abgesetzt werden.

Die Verbraucher allerdings haben nur Nachteile, denn wenn sie dem Getränkehändler beim nächsten Kauf nicht noch mehr Kredit geben wollen, müssen sie die Dosen sammeln, statt sie gleich im gelben Sack zu entsorgen. Der ökologische Nachteil der Dose bleibt, unabhängig davon, ob sie zurückgegeben wird oder gleich im gelben Sack verschwindet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Deutschen sind ja, wie wir wissen, Weltmeister im Müllsortieren; daher ist es kaum vorstellbar, dass der Großteil der verbrauchten Dosen an Parkbänken oder auf Rastplätzen liegen bleibt. Meine Damen und Herren, das sind sehr unangenehme Ausnahmen und ich ärgere mich wirklich schlagrührend über jede Dose, die irgendwo im Park oder sonst wo herumliegt - oder auch auf der Straße -; das ist ästhetisch höchst ärgerlich, aber ökologisch macht es überhaupt keinen Unterschied, ob die Dose in der gelben Mülltonne oder beim Händler entsorgt wird; wenn die Dose einmal in der Welt ist, muss sie entsorgt werden - wie auch immer. Das ist ökologisch höchst ärgerlich, aber es macht eben - wie gesagt - keinen Unterschied, wie sie letztlich entsorgt wird.

Meine Damen und Herren, wenn man den Gebrauch ökologisch nachteiliger Verpackungen eindämmen will, muss man den relativen Preis dieser Verpackungen erhöhen. Das Zwangspfand allein erreicht dies nicht. Deshalb ist dieser Antrag nicht nur formell, sondern auch materiell unsinnig.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Selbstverständlich werden wir uns der Überweisung an den Ausschuss nicht widersetzen und ich nehme an, dass sich meine Kollegin Happach-Kasan im Ausschuss sehr konstruktiv an der weiteren Beratung beteiligen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Monika Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen gern, dass über den Antrag in der Sache abgestimmt wird und er nicht in den Ausschuss geht. Die F.D.P. hat Ja gesagt, dass sie ihn ablehnt. Die CDU wird sich positionieren müssen. Was die CDU in ihrem Antrag fordert, ist ja nur das, was das Bundesumweltministerium im Sommer bereits getan hat, nämlich zu prüfen, auch die ökonomischen und ökologischen Fakten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo ist das Ergebnis?)

- Das hat der Bundesumweltminister ja verkündet und daraufhin der Landesumweltministerkonferenz seine Vorschläge gemacht. Der Grund, warum wir dies noch einmal einbringen, liegt darin, dass in der Zwischenzeit die Landwirtschaftsminister und -ministerinnen getagt haben und zu einem gegenteiligen Beschluss gekommen sind.

Grüne und SPD bringen also heute diesen Antrag zur Verpackungsverordnung in den Landtag ein, da diese Verordnung - 1991 noch von der CDU/F.D.P.-Bundesregierung auf den Weg gebracht - novelliert werden muss. Wir wollen, dass der Landtag ein deutliches Signal setzt, dass er den Vorschlag des Bundesumweltministers zur Novellierung der **Verpackungsverordnung** unterstützt.

Worum genau geht es? Es geht um die Einführung einer unmittelbaren **Pfandpflicht** auf ökologisch nachteilige **Getränkeverpackungen**, unabhängig von Quoten, von Füllmengen sowie vom Getränk selbst. Dabei gelten als ökologisch nachteilig jene Verpackungssysteme, die nach den Erkenntnissen des Umweltbundesamtes in Herstellung und Entsorgung problematischer sind als andere. Während das Mehrwegsystem und inzwischen auch Getränkekartons durch verbesserte Verwertbarkeit ökologisch vorteilhaft sind, belasten alle anderen Einwegverpackungen die Umwelt überdurchschnittlich.

Die alte Verpackungsverordnung sieht die Einführung einer Pfandpflicht für einige Getränkeverpackungen

(Monika Heinold)

vor, wenn der Mehrweganteil drei Jahre in Folge unter 72 % sinkt. Nach unserem Kenntnisstand ist dies eine Muss- und keine Kannvorschrift, Frau Tengler. Dazu müssten Sie uns noch einmal sagen, wie Sie darauf kommen, dass dies eine Kannvorschrift ist.

Da seit 1997 dieser Wert unterschritten wird, werden wir im kommenden Sommer gegen den sinkenden Mehrweganteil in der Getränkebranche Maßnahmen ergreifen müssen. Die Umweltminister von **Bund** und **Ländern** haben dies diskutiert und sprechen sich erfreulicherweise deutlich für die von Minister Trittin vorgeschlagene **Pfandpflicht** aus. Einzige Ausnahme bildet das Land Rheinland-Pfalz, welches um Wettbewerbsnachteile fürchtet, wenn auch auf Weinflaschen eine Pfandpflicht erhoben wird. Auch Umweltschutzverbände, mitteldeutsche Brauereien und der Getränkehandel haben sich für einen Pfand auf Dosen und Einwegflaschen ausgesprochen.

Das von Minister Trittin vorgestellte Modell ist einfach, verständlich und praktikabel. Alle ökologisch nachteiligen **Getränkeverpackungen** würden einer Pfandpflicht unterliegen, ohne komplizierte Ausnahmeregelungen oder Quoten. Auch die Einfüllmenge bleibt unberücksichtigt, um nicht schon im Vorfeld Schlupflöcher in die neue Verordnung einzubauen.

Diese Regelung wäre ein deutliches umweltpolitisches Signal, um auf den stetig steigenden Verbrauch von Einwegflaschen und Dosen zu reagieren. Mehr als 9 Milliarden l Getränke werden in Deutschland jedes Jahr in Einwegverpackungen abgefüllt, davon fast 3 Milliarden l in Dosen, Tendenz steigend. Achtlos weggeworfene PET-Flaschen und Dosen verschandeln schon jetzt Städte und Landschaften.

Die Einführung einer Pfandpflicht - so zeigen Erfahrungen aus unseren Nachbarländern wie beispielsweise Schweden - wird eine ganze Reihe positiver Auswirkungen mit sich bringen. Das Mehrwegsystem wird stabilisiert durch Aufheben des wesentlichen Wettbewerbsnachteils. Eine sortenreine Sammlung wird erheblich verbessert und es macht einen Unterschied, Frau Aschmoneit-Lücke, ob die Dose im Park liegt oder ob sie tatsächlich einem Recycling-System zugeführt wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Plenum dient dem Austausch von Informationen, nur ist Informationsgeber der Redner. Ich bitte darum, das zu beachten.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bedanke mich, Herr Präsident. - Eine sortenreine Sammlung wird erheblich verbessert, Stoffkreisläufe werden enger geschlossen und damit die Wiederverwertbarkeit optimiert. Es werden deutlich weniger **Kunststoffflaschen** oder **Dosen** auf der Straße oder in der Landschaft herumliegen.

Gegner der Pfandpflicht argumentieren mit den **Kosten**, die auf Industrie und Handel zukommen. Ich bin der F.D.P. sehr dankbar, dass sie noch einmal deutlich gemacht hat, dass das ein Vorteil ist, im Sinne eines günstigen Kredites für die Wirtschaft. Insofern dürfte das wirtschaftspolitische Argument von Frau Aschmoneit-Lücke heute aus dem Weg geräumt worden sein.

(Anhaltende Unruhe)

So wird ein automatisches Rücknahmesystem - -

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf ernsthaft ein bisschen um Ruhe bitten.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der Bundesumweltminister sagt, dass ein automatisches Rücknahmesystem erst einmal 1 Milliarde DM an Kosten verursachen wird. Wenn es um die Interessen der Wirtschaft geht, müssen wir aber auch die mittelständischen Unternehmen erwähnen, die in den vergangenen Jahren im Vertrauen auf geltende Regelungen Milliardenbeträge in Mehrwegsysteme investiert haben.

Wir sind uns hoffentlich parteiübergreifend einig, dass es sinnvoller ist, in Maßnahmen der **Müllvermeidung** zu investieren, als die Kosten für die Beseitigung von vermeidbarem Müll zu tragen. Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, vor allem auch von der CDU, die Sie ja damals zu dieser Verordnung beigetragen haben, unserem Antrag zuzustimmen und die Landesregierung damit zu beauftragen, sich für eine **Novellierung der Verpackungsverordnung** einzusetzen - wie sie es ja auch schon gemacht hat; aber der Streit ist nicht beendet -, welche eine unmittelbare Pfandpflicht auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen unabhängig von Quoten, Füllmengen sowie vom Getränk zur Folge hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

(Lothar Hay [SPD]: Gibt es eigentlich Whisky in Dosen? - Heiterkeit)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Diskussion um die **Pfandpflicht** für alle **Getränkeverpackungen** wird ab und zu der Untergang des Abendlandes beschrieben. Das haben wir auch gerade eben wieder erleben können. Diese Schwarzseherei ist nicht im Entferntesten berechtigt. Ich möchte dies anhand einiger Thesen darlegen.

Erste These! Es gibt derzeit massive Marktvorteile für ökologisch nachteilige **Einwegverpackungen** gegenüber **Mehrwegverpackungen**. Dies ist auch ein Wettbewerbsnachteil für die Marktteilnehmer, die auf Mehrwegverpackungen setzen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser unberechtigte Vorteil darf so nicht weiter bestehen. Einwegverpackungen spielen vor allem bei Großunternehmen eine wichtige Rolle. In mittelständischen Unternehmen sind Einweggetränkeverpackungen eher die Ausnahme beziehungsweise sie weisen nur einen geringen Anteil an der Gesamtproduktion auf. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen würden durch die Einführung von Pfandsystemen gestärkt werden und dies sollte auch im Interesse der Betriebe in Schleswig-Holstein sein.

Zweite These! Das Erheben von Pfand für alle Getränkeverpackungen wird die derzeit gleichen Ausgangsbedingungen für Anbieter von Getränken in Einwegverpackungen untereinander nicht verändern. Da die **Investitionen in Pfandsysteme** für alle gleich sind, bleiben auch zukünftig die Ausgangslagen für die ehemaligen Einwegverpacker untereinander gleich.

Dritte These! Die Motivation der Wirtschaft, in Mehrwegsysteme zu investieren, wird sich erhöhen und damit erreichen wir das verfolgte ökologische Ziel des Mehrwegsystems. Es wird erreicht, dass man Verpackungen wieder verwerten wird, anstatt sie nur zu entsorgen. **Wiederverwertung** wird auf Dauer gesehen für ein Unternehmen wirtschaftlicher sein, als die Verpackungen zu sammeln und dann unter Aufwand einer hohen Logistikleistung einer reinen Entsorgung zuzuführen. Dies geht vor allem dann, wenn mit einem Pfand auch eine Rücknahmepflicht verbunden ist. Das sollte man allerdings auch in einem Gesetzentwurf bedenken.

(Beifall beim SSW)

Vierte These! Die **Rücklaufquote** bei Dosen, Einwegglas und Kunststoffverpackungen wird sich steigern und damit wird sich die Verwertungsquote erhöhen. Man wird zu Hause wie gehabt sammeln und trennen und dadurch wird sich die Rücklaufquote geringfügig ändern. Aber außerhalb der eigenen vier Wände wird die Cola-Dose nicht mehr zusammen mit sämtlichen anderem in den Mülleimer geworfen und wird dann auch nicht mehr auf die Halde verbracht. Aus diesen Gründen ist eine Pfandpflicht ebenfalls sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich sinnvoll.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun zitiere ich einmal nicht Dänemark, wie es meine Vorgänger gemacht haben, nun zitiere ich einmal Schweden.

(Zurufe)

In **Schweden** wird bereits Pfand auf Getränkedosen erhoben und dort ist die Welt noch nicht untergegangen. Dort wurden Möglichkeiten geschaffen, überall an Automaten Dosen getrennt abzugeben.

(Zurufe)

Dort stellt es kein Problem dar. Es war nur eine Frage der Gewöhnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Daher bin ich zuversichtlich, dass ein solches Steuerungsinstrument auch in Deutschland erfolgreich Einzug halten kann. Die Pfandpflicht darf sich jedoch nicht nur auf bestimmte Getränkearten beziehen, sondern muss grundsätzlich für alle Getränkeverpackungen gelten. Bei der genauen Festlegung für eine Pfandpflicht sollte man sich daran orientieren, wie die Ökobilanz einer bestimmten Getränkeverpackung ausfällt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das haben die Vorredner auch schon erwähnt. Wir sollten eine **Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen** so schnell wie möglich einführen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stimmt der SSW dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Müller.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Frau Tengler, Sie haben vorhin damit geendet, wir hätten keinen Zeitdruck, wir könnten uns dieses Themas weiter in Ruhe annehmen. Ich möchte Ihnen da gern deutlich widersprechen. Wir erleben zum einen, dass wir eine erhebliche Verunsicherung in der Diskussion haben, und zwar deshalb, weil sie jetzt schon sehr lange andauert; zum anderen haben wir bei zahlreichen Firmen, insbesondere dem Einzelhandel, eine erhebliche Planungsunsicherheit. Sie können sich nicht darauf einstellen, was kommendes Jahr verlässlich passieren wird.

Der Ausgangspunkt dieser Diskussion ist der alte „Töpfer“-Automatismus. Die alte Bundesregierung hat damals beschlossen: Wenn die **Mehrwegquote** unter 72 % sinkt, tritt ein Automatismus in Kraft. Insofern sind Ihre Ausführungen auch nicht ganz korrekt, dass es hier eine Wahlmöglichkeit gibt. Wir erwarten die Zahlen in Kürze. Voraussichtlich wird die Mehrwegquote im dritten Jahr in Folge unterschritten sein, sodass wir bei Bier und Mineralwasser für **Dosen ein Pflichtpfand** einführen müssten; bei Cola-Dosen, wo diese Entwicklung nicht eingetreten ist, wäre dies nicht der Fall. Dies wäre eine Entwicklung, die Sie keiner Verbraucherin, keinem Verbraucher erklären könnten.

Im letzten Jahr hat das Bundesland Rheinland-Pfalz versucht, an der Quote zu drehen, um noch ein bisschen Zeit zu gewinnen, um das Problem auszusitzen. Zu Recht hat diese Position des Aussitzens im Bundesrat keine Mehrheit gefunden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

In der Landesregierung sind wir uns einig, dass der Schutz von **ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen** wirtschafts- und umweltpolitisch sinnvoll ist. Die Ökobilanz II, die in diesem Sommer vorgestellt worden ist, hat dies eindrücklich bewiesen; sie ist unstrittig und wird auch von niemanden angezweifelt. Auch deshalb ist der CDU-Antrag meines Erachtens unverständlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die **Ökobilanz-II-Studie** hat belegt, dass der Schutz und die Förderung von Mehrweg nach wie vor ökolo-

gisch gerechtfertigt sind, Kartonverpackungen ökologisch aufgestiegen sind, aber Dosen und Einweg aus Glas und PET nach wie vor ökologisch die Schlusslichter sind und dass hier deshalb ein Pfand legitim ist. Ein Pfand ist auch absolut glasklar mit EU-Umweltrecht vereinbar; die gegenwärtige Quotenregelung ist es allerdings nicht unbedingt.

Auf der **Umweltministerkonferenz** - lassen Sie mich hier aus dem Nähkästchen plaudern - haben die B-Länder - ich erinnere mich noch gut an Herrn Schnappauf aus Bayern, an Herrn Müller aus Baden-Württemberg, an die Kollegen aus dem Saarland, aus Hessen, aus Thüringen; sie sind alle unverdächtig, ein rotes oder ein grünes Parteibuch zu besitzen - mit dazu beitragen, dass sich die Umweltministerkonferenz - mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz - parteiübergreifend einig war, dass erstens Handlungsdruck besteht, dass zweitens die Lage ökologisch und wirtschaftspolitisch klar ist und wir hier vorankommen müssen.

Deshalb unterstützt die Landesregierung - wir würden uns hier auch über das deutliche Votum des Landtages freuen - ein **Pflichtpfand für ökologisch nachteilige Verpackungen**. Dies wird in Schleswig-Holstein auch von Unternehmen im Getränkehandel und von mittelständischen Getränkefirmen unterstützt,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf von der CDU)

die nämlich in Mehrweg investiert haben und die uns deshalb eindringlich auffordern, hier tatsächlich zu handeln.

Das, was jetzt notwendig ist, sind Gespräche mit dem Einzelhandel. Hier gibt es nachvollziehbar Bedenken. Schätzungen gehen von rund 1 Milliarde DM an **Investitionsbedarf** aus, der nötig wäre, um zu einer automatengestützten Regelung zu kommen, um die Dosen dann auch wieder einsammeln zu können. Das sind auf der einen Seite nicht zu vernachlässigende - ich sage das deutlich - Hürden oder Hemmnisse für den Einzelhandel.

Auf der anderen Seite - umgekehrt - gibt es inzwischen Automatenfirmen, insbesondere in Skandinavien, die jetzt schon wieder Briefe schreiben und sagen: Oh ja, bitte führt das ein! Sie sehen hier nämlich Absatzmöglichkeiten. Ich wünsche mir, dass auch die deutsche **Automatenindustrie** in der Lage wäre, sich einen solchen Markt zu erschließen.

Die Umweltministerkonferenz war sich einig, dass in der **Novellierung der Verpackungsverordnung** a) eine Weiterentwicklung für Verpackungen möglich sein muss - wenn hier andere Verpackungen ökologisch aufsteigen, muss es zu Anpassungen kommen -, dass es b) wichtig ist, die Logistiksysteme für den

**(Minister Klaus Müller)**

Einzelhandel so optimal wie nur irgend möglich zu nutzen - sei es in Konkurrenz zu DSD oder mit dem DSD -, und dass c) natürlich auch der Einführungstermin des Euro zu berücksichtigen ist, um hier nicht zu einer Regelung zu kommen, die ein halbes Jahr vor der Währungsumstellung gewisse Anforderungen stellt, dass nämlich nach einem halben Jahr der Euro eingeworfen werden müsste und nicht mehr die D-Mark. Das wäre natürlich absurd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier kann man zu einer vernünftigen Regelung kommen.

Die größte **Unterstützung** erfahren wir zurzeit von zahlreichen **Kommunen** - auch unabhängig vom Parteibuch. Die sind es nämlich Leid, dass sie mit ihren Abfallwirtschaftsbetrieben Dosen quer durch den Park aufsammeln müssen. Ein Besuch in Skandinavien oder auch in den Vereinigten Staaten lehrt, dass dieser Effekt mit einem Dosenpfand so nicht mehr eintreten würde,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

weil es dann nämlich viele Leute gibt, die dafür sorgen werden, dass das so nicht mehr der Fall ist.

Fragen Sie die Menschen auf der Straße, richten Sie sich nach dem gesunden Menschenverstand! Ein Einwegpfand für ökologisch nachteilige Verpackungen ist für die Bevölkerung absolut nachvollziehbar. Deshalb freue ich mich auf die Vorlage der novellierten Verpackungsverordnung des Bundesumweltministers und ich hoffe und gehe davon aus, dass wir sie unterstützen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Jürgen Feddersen.

(Zuruf von der SPD)

**Jürgen Feddersen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich nicht zurückhalten; als Praktiker muss ich Ihnen dazu ein paar Worte sagen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] )

Ich sage ganz einfach: Der **Einzelhandel** wird wieder einmal geknebelt. Die ganze Sache wird jetzt wieder auf den Einzelhandel abgewälzt.

Ich meine, dass das nicht der richtige Weg ist, den die Regierungsfractionen vorhaben - und auch der SSW; den muss ich da ja mit einschließen. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass das zu viel ist. Ich hätte gar keine Probleme damit, die **Dosen** und auch die **Einwegflaschen** langfristig oder mittelfristig zu verbieten. Damit hätte ich gar keine Probleme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Claus Hopp [CDU] und Günter Neugebauer [SPD])

Das ist aber meine private Meinung; das muss ich hier dazu sagen.

Ich kann das auch begründen, weil ich das seit zehn Jahren auf **Pellworm**, auf **Föhr** und auf **Amrum** beobachte. Wir sind ja nicht nur kleine Gemeinden, sondern wir haben auch einige Millionen Übernachtungen. Wenn unsere Gäste uns dann im Laden fragen, warum wir keine Dosen hätten und warum wir dieses oder jenes nicht in Einwegflaschen hätten, dann erklären wir das; heute brauchen wir das aber gar nicht mehr zu tun, weil die das wissen. Die freuen sich darüber.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die fragen: Warum wird das bei uns nicht so gemacht? Das ist das eine.

Nur, das Problem sehe ich jetzt darin, wenn wir das wieder zurücknehmen sollen. Ich habe mich damals auch geärgert, als Umweltminister Töpfer - obwohl das mein Parteikollege ist - quasi im Laden stand und dem Einzelhändler alles schön hingelegt hat. Damit war er das los. Aber das Problem war ja gar nicht gelöst; denn wir mussten das entsorgen. Das kostet irgendwo auch Geld. Insofern sehe ich das jetzt auch überhaupt nicht ein. Ich sehe auch die Zinsvorteile nicht; darauf will ich gern verzichten.

Wenn sich der Bürger also für Einweg entscheidet - er kann ja im Laden wählen; er muss das ja nicht nehmen -, dann muss er das auch bezahlen. Deswegen sehe ich jetzt noch nicht so sehr die Lösung und möchte sehr dafür plädieren, dass wir das im Ausschuss noch einmal behandeln.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

(Konrad Nabel [SPD]: Dosen-Hentschel!)

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Feddersen, ich finde den Vorschlag, den Sie vorgetragen haben, gut. Überzeugen Sie die Ministerpräsidenten der CDU, dass sie mitmachen. Der grüne Umweltminister in Berlin und der in Schleswig-Holstein werden sicher auf Ihrer Seite sein, wenn Sie das erfolgreich durchsetzen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir treten in die Abstimmung ein. Zunächst geht es um den Änderungsantrag, die Drucksache 15/535. Es ist Ausschussüberweisung an den zuständigen Ausschuss beantragt. Ist das richtig?

(Frauke Tengler [CDU]: Jawohl!)

Er soll federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden?

(Frauke Tengler [CDU]: Jawohl!)

- Wunderbar. Wer der Ausschussüberweisung des Änderungsantrags 15/535 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Heinz Maurus [CDU]: Betonpolitik ist das! - Unruhe)

- Die Zeit ist bereits weit fortgeschritten. Wir befinden uns in einer Abstimmung. Deswegen ist es wichtig, dass bilaterale Diskussionen in den Sitzreihen auf das Überlebenswichtige beschränkt werden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Enthaltungen? - Damit ist die Ausschussüberweisung der Drucksache 15/535 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ist dann als Zweites für den Antrag Abstimmung in der Sache beantragt?

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

- Ja, dann sollten wir jetzt über die Drucksache 15/535 in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag in der Sache seine Zustimmung erteilen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher war das?)

- Drucksache 15/535, der Antrag der Fraktion der CDU.

Wer möchte ihm die Zustimmung erteilen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag 15/535 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/516. Ist Ausschussüberweisung beantragt?

(Holger Astrup [SPD]: Nein!)

- Es ist also nur Abstimmung in der Sache beantragt worden?

(Holger Astrup [SPD]: Ja!)

Wer dann diesem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vorliegenden Form seine Zustimmung in der Sache erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden. Dieser Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/517

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der Antragsteller erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In diesem Fall spreche ich für mich und meine Fraktion und nicht für Frau Dr. Happach-Kasan.

Ich habe es unter anderem zwei jungen Damen zu verdanken, dass ich mein VWL-Studium erfolgreich abschließen konnte.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P., SPD und CDU - Klaus Schlie [CDU]: Gut gemacht!)

**(Dr. Heiner Garg)**

Denn gemeinsam räumten wir Stolpersteine wie lineare Algebra und Analysis aus dem Weg und gemeinsam machten wir unser Examen - eine Türkin, eine Griechin und ein Deutscher. Was mittlerweile aus mir geworden ist, wissen Sie ja.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aus den anderen beiden - vielleicht findet das ja eher Ihre Zustimmung - sind mittlerweile erfolgreiche Geschäftsfrauen geworden. Die eine übernahm den elterlichen Betrieb mit acht - überwiegend deutschen - Angestellten und die andere ist Marketingleiterin eines pharmazeutischen Unternehmens.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Na und?“, mag jetzt die eine oder der andere von Ihnen sagen, „So etwas ist doch heute selbstverständlich“. Vielleicht ist es aber gerade diese Selbstverständlichkeit, warum dieser Aspekt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die **Zukunft des Einwanderungslandes Deutschland** nach meiner Auffassung viel zu wenig Beachtung findet.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Das ändert überhaupt nichts daran, dass Solidarität und Zivilcourage von uns allen gefordert ist, wenn es darum geht, Ewiggestrigen die rote Karte zu zeigen.

Wir müssen uns aber vorsehen, dass in der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht der Eindruck entsteht, wir würden unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die Rolle des Opfers rechtsradikaler Gewalt in unserem Land reduzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der F.D.P.)

Wir dürfen nicht zulassen, dass mehr über die ebenso dümmlichen wie platten Parolen brauner Glatzen gesprochen wird als über die Leistungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Und all jenen, die sich still und heimlich mit den braunen Parolen identifizieren sage ich: Angst um Arbeits- und Ausbildungsplätze, Angst um die **Zukunft der sozialen Sicherungssysteme** müssten wir erst Recht haben, wenn kein Ausländer mehr bereit wäre, ein Unternehmen in Deutschland zu gründen, wenn kein Ausländer mehr seinen Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen leisten würde, wenn kein Ausländer mehr Steuern zahlen würde.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Angesichts der momentanen Entwicklung und auch angesichts der momentanen Diskussion frage ich dann

aber: Warum sollte ein Ausländer bereit sein, hier bei uns sein Wissen, seine Arbeitskraft und sein Geld in den Aufbau eines Unternehmens zu investieren und damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, wenn er Angst um sein Leben oder das seiner Familie haben muss?

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Das Engagement, die Risikobereitschaft und der Ideenreichtum ausländischer **Arbeitgeber** wie **Arbeitnehmer** haben in der Vergangenheit unser Land bereichert, haben aktiv zu unserem heute erreichten Wohlstand beigetragen und das soll und muss in Zukunft auch so bleiben.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Feststellung, es geht gar nicht ohne den Beitrag ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist hierbei aber nur eine Seite derselben Medaille. Auf der anderen muss das unmissverständliche Bekenntnis stehen: Wir wollen es auch gar nicht anders! Das, was heute Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur unseres Landes ausmachen und worauf wir zu Recht stolz sein können, wurde bereits seit Jahrzehnten von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mitgeprägt und weiterentwickelt.

(Beifall bei F.D.P., SPD, SSW und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, lassen Sie uns deshalb das an und für sich Selbstverständliche in die aktuelle Auseinandersetzung einbeziehen: Noch so lautes Gegröle von rechts kann und wird nicht übertönen, welchen Beitrag ausländische Mitbürger für unsere Gemeinschaft in der Vergangenheit geleistet haben, heute leisten und auch in Zukunft leisten werden.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wir alle zusammen sind nicht nur stimmungsgewaltiger, wir haben auch die besseren Argumente!

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Bernd Schröder.

**Bernd Schröder** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion, ob **Deutschland** nun ein **Einwanderungsland** ist oder nicht, könnte zweifellos versachlicht werden, wenn sich alle Beteiligten schlicht an den Tatsachen orientieren würden, die für jedermann nachvollziehbar sind. Dazu zählen in erster Linie die ökonomischen und sozialen Daten über die Erwerbstätigkeit der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und damit die Bedeutung, die die hier lebenden **Ausländer** für die **deutsche Wirtschaft** und die **sozialen Systeme** inzwischen haben.

Um über die Faktenlage ein aktuelles Bild zu bekommen, ist der F.D.P.-Antrag sicherlich hilfreich und findet deshalb auch unsere Unterstützung. Er findet vor allem deshalb unsere Zustimmung, weil mit den Ergebnissen des Berichts - ohne hier im Einzelnen vorgeifen zu wollen - mit ebenso hartnäckigen wie falschen **Vorurteilen** aufgeräumt werden kann, die gerade im Dunstkreis der rechten Szene gepflegt werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich kann es zumindest nachvollziehen, wenn sich verunsicherte Jugendliche - die nicht sicher sein können, ob sie eine Lehrstelle und anschließend einen Job bekommen - von der These beeindruckt lassen, die Ausländer würden ihnen ihre Jobs wegnehmen. Natürlich lässt sich diese Behauptung durch nichts belegen. Im Gegenteil, das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt zu dem Ergebnis, dass die Formel „Weniger Ausländer gleich mehr Jobs“ nicht aufgeht. So werden rund drei Viertel der Arbeitsgenehmigungen für Ausländer erteilt, weil sich bevorrechtigte Arbeitnehmer, also Deutsche oder Bürger aus Ländern der EU, für diese Tätigkeiten nicht finden lassen. Bei den restlichen handelt es sich zu einem großen Teil um Saisonkräfte, beispielsweise um Erntehelfer, die - wie man aus diversen Berichten in der Zeitungen und im Fernsehen weiß - auch nicht gerade den Deutschen die Jobs streitig machen.

Wenn man darüber hinaus bedenkt, dass in der Zwischenzeit rund 200.000 Ausländer in Deutschland selbstständig sind und Arbeitsplätze schaffen, und zwar nicht nur für Ausländer, sondern in der Mehrzahl für Deutsche, dann wird klar: Per Saldo ist der **Beschäftigungseffekt** positiv. Klarheit darüber dürfte der Bericht liefern, um den es hier geht.

Anders ausgedrückt: Die Ausländer in Deutschland machen den Deutschen keine Arbeitsplätze streitig. Sie schaffen auch Arbeitsplätze und liefern somit - als unselbstständig Beschäftigte und als Selbstständige - ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Ergebnis und na-

türlich auch in die Sozialversicherung und in die Rentenkasse.

So viel steht auch fest: Der wirtschaftliche Beitrag, den die hier lebenden Ausländer leisten, ist nicht mehr wegzudenken. Am wenigsten können sich das übrigens die Unternehmen vorstellen. Eine Erhebung des arbeitgebernahen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass es der Wirtschaft ohne ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wesentlich schlechter gehen würde. Die Analyse des Instituts kommt deshalb klipp und klar zu dem Ergebnis, dass sich Deutschland um Einwanderer bemühen soll. Man muss sich das klar machen: Ohne Zuwanderung würden unsere sozialen Systeme unter einem enormen Druck geraten.

Man muss sich auch klar machen: Die Alternative zur Einwanderung heißt für die Deutschen unweigerlich, die Lebensarbeitszeit verlängern zu müssen. Das sollten diejenigen bedenken, die eine Volksabstimmung darüber fordern. Auf dem Stimmzettel müsste nämlich stehen: Wollen Sie, dass Deutschland zum Einwandererland wird, was es de facto schon ist, oder wollen Sie in den nächsten Jahren länger arbeiten, damit wir unser soziales System finanziert kriegen und damit der wirtschaftliche Beitrag erarbeitet wird, den die ausländischen Mitbürger bei uns leisten?

In **Schleswig-Holstein** leben knapp 150.000 **Ausländer**; das sind etwas mehr als 5 % der Gesamtbevölkerung. Damit liegt Schleswig-Holstein etwas unter dem Bundesdurchschnitt, den das Statistische Bundesamt mit etwas mehr als 9 % angibt. Bei uns sind knapp 35.000 Ausländerinnen und Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Wir sollten uns klar machen: Ohne die Arbeit der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ginge es uns nicht besser, sondern schlechter. Was ebenso wichtig ist: Wir sollten diese Erkenntnis nicht für uns behalten, sondern wir sollten vor allem auch den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen, dass wir sie, dass wir ihre Arbeit und ihren Beitrag zum Gemeinwohl sehr zu schätzen wissen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P., SSW und vereinzelt bei der CDU)

Ich hoffe, dass der vorliegende Bericht die Grundlage dafür bietet, dass es uns - ähnlich wie in der, das muss man sagen, Sternstunde, in der Diskussion vor einem Monat zum Rechtsradikalismus - gemeinsam gelingt, diese Bedeutung, diesen Wert der ausländischen Mit-

(Bernd Schröder)

bürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesellschaft festzustellen und öffentlich zu verdeutlichen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt das Wort dem Oppositionsführer und Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Martin Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von der F.D.P. eingeforderte Bericht wird wichtige Ergebnisse für volkswirtschaftliche Diskussionen bringen. Dabei besteht allerdings das Risiko, dass damit von der eigentlichen Problematik abgelenkt wird und diese auf statistische, demografische und versicherungsmathematische Fragen reduziert wird. Dabei geht es um viel mehr, als in diesem Berichtsantrag deutlich wird.

Angesichts der laufenden Diskussionen über Zuwanderung und angesichts von Fremdenfeindlichkeit in einigen Gruppierungen in Deutschland, die zum Beispiel in den Aufmärschen der Rechtsradikalen erkennbar wird, ist eine objektive Diskussion über die Möglichkeiten der Gestaltung und die Notwendigkeit von **Einwanderung** dringend erforderlich. Der F.D.P.-Antrag zwingt die Landesregierung deshalb, die tatsächlichen Gegebenheiten konkret aufzulisten.

Jeder von uns hat Beziehungen und Kontakte zu **Ausländern**, privat und im allgemeinen Umgang. Wir gehen in die Pizzeria oder zum Chinesen zum Essen. Beim Einkauf werden wir häufig mit einem fremden, oft liebenswerten Akzent begrüßt. In den Kliniken werden wir von ausländischen Ärzten behandelt. Auch mancher niedergelassene Arzt ist Ausländer. Die Putzkolonnen der Reinigungsfirmen bestehen häufig komplett aus ausländischen Mitarbeitern. Im öffentlichen Dienst haben wir eine ähnliche Situation. Diese Auflistung ließe sich beliebig fortsetzen.

In fast jeder Berufsgruppe finden wir also inzwischen Ausländer, egal ob es sich um gering oder hoch qualifizierte Berufe handelt. Wir werben mit der so genannten Greencard um ausländische Computerspezialisten in der ganzen Welt. Die Industrie möchte diese Regelung auch auf die technischen Berufe ausgedehnt wissen; denn es fehlen uns nicht nur Kommunikations- und Informatikexperten, sondern auch Naturwissenschaftlicher, Ingenieure und Facharbeiter. Wir werben für Lehrstellen in vielen ausbildenden Unternehmen, die von ausländischen Mitbürgern geleitet werden.

Ich denke, dies alles zeigt, welche Bedeutung ausländische Arbeitgeber und ausländische Arbeitnehmer schon heute in unserem Land haben.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Herr Schröder hat die Zahlen, was die **Quoten** anlangt, eben schon genannt. Ich will sie nicht wiederholen. Gründe und Motivation, weswegen diese **Ausländer** bei uns leben, sind sehr unterschiedlich. Manche sind schon in den 60er-Jahren als Gastarbeiter gekommen. Manche flüchteten vor blutigen Bürgerkriegen und manche erhielten politisches Asyl und Bleiberecht. Manche sind zugewandert und haben die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen.

Bei uns in Schleswig-Holstein haben wir die Bedeutung dieser Mitbürger und weiterer Zuwanderer schon zur Kenntnis genommen. Der Bevölkerungswissenschaftler Professor Herwig Birg von der Universität Bielefeld hat darüber hinaus einen viel beachteten Beitrag, unter anderem in der „FAZ“ vom 12. April 2000, geleistet. Danach benötigt **Deutschland**, um den jetzigen Stand an Beschäftigten bei alternder und schrumpfender Bevölkerung in etwa halten zu können, bis zum Jahre 2050 eine **Zuwanderung** von netto 188 Millionen Menschen. Nun kann man darüber streiten, ob die Zahl tatsächlich so hoch ist oder nicht. Professor Birg ist dabei von der Annahme ausgegangen, dass sich das Generationenverhalten der Zuwanderer wie in der Vergangenheit auch bei Neuzuwanderern unserem Kulturverhalten anpasst.

Die Zahl scheint unvorstellbar hoch. Dennoch muss uns klar sein, dass diese Zuwanderung überwiegend nicht aus Europa kommen kann; denn alle europäischen Staaten haben in ihrer demografischen beziehungsweise in ihrer Altersstruktur mehr oder weniger ähnliche Probleme wie Deutschland. Zuwanderung wird also vor allem aus anderen Kulturkreisen kommen.

Wir dürfen Zuwanderung nicht nur oder vor allem nicht unter dem Gesichtspunkt der Rentenproblematik betrachten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Viel gravierender ist die Tatsache, dass ohne Zuwanderung auch nicht genügend **Arbeitskräfte** zur Verfügung stünden. Die Unternehmen müssten ohne entsprechende Zuwanderung ihre Produktion aus Deutschland verlagern, um überhaupt noch die notwendigen Arbeitskräfte zu finden. Unsere Wirtschaft hier in Deutschland würde Not leidend und Arbeitsplätze würden wegfallen. Verarmung, vor allem der nicht so qualifizierten Bevölkerungsgruppen, wäre die Folge. Wir würden ein Land vielleicht von Holdings und wenigen Hightech-Unternehmen, vielleicht auch

(Martin Kayenburg)

noch von Ökobauern, allerdings bei hohen Arbeitslosenzahlen. Die Alarmglocken klingeln schon lange. Der Berichts Antrag wird die notwendige Ist-Analyse bringen.

Was wir aber darüber hinaus benötigen, ist eine Zukunftsvision, die auf eine Integrationspolitik ausgerichtet ist, die in unserem europäisch geprägten Kulturkreis und Traditionsraum den Zuwanderern in unserer freiheitlichen Demokratie Arbeit und gesellschaftliche Aufnahme bietet

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

und so ökonomische Notwendigkeiten und mitmenschliche Solidarität miteinander verbindet. Eine gesteuerte Zuwanderung ist für mich unverzichtbar, wenn wir diese Zukunftsprobleme lösen wollen.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P. und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Nun erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Rainer Steenblock das Wort.

**Rainer Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesrepublik **Deutschland** ist ein **Einwanderungsland**. Die Gestaltung von Einwanderung gehört zu den zentralen politischen Fragen, mit denen wir uns zurzeit beschäftigen. Wer über Einwanderung redet, der redet im positiven Sinne über die Zukunft unseres Landes. Deshalb bin ich der SPD für ihren Antrag dankbar, auch für Ihre Rede, Herr Garg,

(Zurufe von der CDU: Der F.D.P.!) )

- Entschuldigung, der F.D.P. - denn er gibt uns die Möglichkeit, in diesem Hause darüber zu diskutieren und darzustellen, wie wichtig die Leistung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger waren bei dem Aufbau dieser Republik und der Stabilisierung auch unseres Lebensstandards, bei der Stabilisierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse und der Standards im ökologischen und sozialen Bereich, auf die wir mit gutem Grund durchaus stolz sind. Dies wäre ohne die **Zuwanderung** ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger überhaupt nicht möglich gewesen. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, F.D.P. und SSW)

Für die Zukunft liegen unsere **Chancen** - die Chancen Deutschlands im internationalen Wettbewerb zur Erhaltung dieser Standards - darin, dass wir Zuwanderung gerade auch von jungen Menschen bekommen.

Hierfür fehlt zurzeit eine systematische Rechtsgrundlage. Die müssen wir dringend schaffen.

Wir haben in den letzten Jahren leider keine Anerkennung dieses jetzigen Diskussionsstandes gehabt. Dass wir Deutschland nicht schon früher als Einwanderungsland definiert haben, ist eine ganz wichtige Ursache für die vielen Schwierigkeiten, die wir im Zusammenleben mit Menschen aus unterschiedlichen Ethnien in unserer Gesellschaft haben. Wenn wir auf gesellschaftlicher Ebene früher zu dieser Erkenntnis gekommen wären und dies Konsens in dieser Gesellschaft gewesen wäre, hätten wir viele Schwierigkeiten nicht gehabt. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU: Über Zuwanderung zu reden, kann nicht heißen, gleichzeitig Abschottung zu signalisieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat auch keiner gemacht!)

Wenn Sie über diesen **Begriff der Leitkultur** diskutieren, müssen Sie akzeptieren, dass gerade die Gruppen, die Sie im Auge haben - nämlich die hoch qualifizierten Menschen aus anderen Ländern -, nicht gerade dadurch angezogen werden, dass Sie solche Begriffe in die Welt setzen. Das wirkt abschreckend. Das wirkt auf solche Menschen nicht als Einladung, zu uns zu kommen und mit uns zusammen eine Gesellschaft zu bauen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Klaus-Peter Puls [SPD] - Klaus Schlie [CDU]: Absoluter Quatsch!)

Das Grundgesetz kennt genau und aus gutem Grund nicht den Begriff der Leitkultur, sondern setzt im Gegenteil auf Toleranz, auf gleiche Rechte und Pflichten für alle im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebenden Menschen.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Das Grundgesetz garantiert auch die kulturelle Freiheit aller hier Lebenden. Die damit verbundene kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung der Bundesrepublik Deutschland.

Eines möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion sagen: Neben der notwendigen aktuellen Debatte über wirtschaftlich begründete Einwanderung darf die Einwanderung aus humanitären Gründen, die Gewährung von Asyl und der Nachzug von Familienmitgliedern nicht aus dem Blick der politischen Verantwortung geraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

**(Rainer Steenblock)**

Wenn man berücksichtigt, dass 40 % der Flüchtlinge einen Schutzstatus haben und nur 5 % oder 6 % anerkannt werden, dann ist diese **Asylpolitik** unrealistisch. Wir brauchen als oberstes Ziel der Asylpolitik den Schutz von Flüchtlingen und nicht den Schutz vor Flüchtlingen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer über Einwanderung spricht, muss auch über diejenigen reden, die seit vielen Jahren illegal geduldet oder ungesichert in der Bundesrepublik leben. Das Angebot der Legalisierung, der Verfestigung ihres Aufenthaltes und auch das Angebot der deutschen Staatsangehörigkeit wäre der Beginn einer modernen Einwanderungspolitik in Deutschland.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das genau nicht!)

Im Hinblick auf die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen sollten wir einen Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, nämlich das Rotationsprinzip, das mit der traditionellen **Gastarbeiterpolitik** verbunden war: Die Einwanderung muss auf Dauer angelegt sein. Es ist gerade für diejenigen, die nach Deutschland zuwandern wollen, notwendig, dass wir ihnen eine dauerhafte Lebensperspektive bieten. Auch die Integrationsbereitschaft von denjenigen, die zu uns kommen, wird davon abhängig sein, dass sie in diesem Lande eine dauerhafte Lebensperspektive haben. Das Modell des Rotationsprinzips ist gescheitert mit den fatalen integrationspolitischen Folgen, die wir heute hier haben. Wenn wir über Einwanderung reden, müssen wir nicht nur - wie zurzeit - darüber diskutieren, wer zu uns kommen soll, sondern wir müssen auch die Frage beantworten, wer unter welchen Bedingungen bei uns bleiben kann und bleiben soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In der Debatte kann es nicht nur um **Assimilation** an einen fiktiven leitkulturell geprägten Einheitsdeutschen geben, sondern wir leben in einer Gesellschaft von vielfältigen Lebensentwürfen, die nebeneinander existieren. Dabei ist es wichtig, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, in diese Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft auch einbringen können. Deshalb ist es wichtig - da stimme ich mit der CDU überein -

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss -, dass wir diesen Menschen gute Sprachkenntnisse als Schlüsselqualifikation vermitteln. Diese Angebote, ihnen vom Kindergarten bis zur Universität die Möglichkeit über den Erwerb von Sprachkenntnissen die **Integration** in unsere Gesell-

schaft mit ihren Lebensentwürfen zu ermöglichen, ist notwendig. Neben Ausbildung und Bildung ist die Teilhabe an unserer Gesellschaft ein Angebot, das wir machen müssen. Teilhabe an Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an der Gestaltung unseres Gemeinwesens

(Klaus Schlie [CDU]: Da sind wir nicht auseinander!)

muss eine Perspektive für Einwanderinnen und Einwanderer sein. Nur dann wird die Integration gelingen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW erteile ich Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang der modernen **Einwanderung** in die **Bundesrepublik** stand ein ökonomisches Kalkül. In Südeuropa wurden Arbeitskräfte angeworben, weil der Arbeitsmarkt nicht ausreichte, um die brummende Wirtschaft am Laufen zu halten. Der größte Teil dieser Arbeiter hat schon längst wieder das Land verlassen. Der Rest entschied sich wider Erwarten dafür, mit seinen Familien in unserer Gesellschaft zu leben. „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen“ - wie Max Frisch es ausgedrückt hat. Der Satz ist damals wie heute sehr passend.

Das war auch eigentlich kein Problem. Die Schwierigkeiten entstanden erst, als aus anderen Gründen soziale Probleme entstanden und Gefühle die ökonomische Rationalität verdrängten. Heute stehen wir wieder vor einem neuen ökonomischen Problem, nämlich der Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Erstmals besteht wieder Hoffnung darauf, dass das **ökonomische Kalkül** dazu beiträgt, die Auseinandersetzung über die Zuwanderung aus dem Ausland zu versachlichen.

Es ist erfreulich, dass sich endlich eine echte Einwanderungsdebatte abzeichnet, denn Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Hintergrund stellen nicht nur eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar, sie werden in Zukunft lebensnotwendig für unser Land sein. Um diesen Prozess aber planend zu gestalten, brauchen wir mehr Wissen über den wirtschaftlichen Effekt der Einwanderung. Dazu könnte der F.D.P.-

(Silke Hinrichsen)

Antrag sehr gut beitragen. Ich danke Ihnen auch für Ihren Wortbeitrag hierzu, Herr Dr. Garg.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Daten über den wirtschaftlichen Beitrag der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Hintergrund können aber nicht nur als Grundlage für eine rational geplante Einwanderung dienlich sein. Die Antworten auf die Fragen der F.D.P. sind hoffentlich ebenfalls ein geeignetes Instrument, um ausländerfeindlichen Menschen zu zeigen, was diese Mitbürgerinnen und Mitbürger eigentlich für uns leisten.

(Beifall beim SSW)

Wir werden dem Antrag der F.D.P. zustimmen. Ich kann trotzdem allerdings eine gewisse Skepsis nicht verhehlen, ob zu diesen komplexen Fragestellungen in so kurzer Zeit wirklich solide Daten besorgt werden können. Die Fragen sind so speziell, dass die entsprechenden Daten wahrscheinlich nicht unmittelbar greifbar sind. Wir werden also möglicherweise damit leben müssen, dass die Landesregierung nicht so schnell liefern kann, was wir wünschen. Letztlich wird es vermutlich der zuständigen Bundesebene - vor allem der **Einwanderungskommission** - vorbehalten bleiben, diese komplexen **Daten** erheben zu lassen.

Eine letzte Bemerkung: Der F.D.P.-Antrag stellt natürlich nur einen Aspekt der Zuwanderung dar. Dies hat der Kollege Steenblock auch schon erwähnt. Auch wenn ein ökonomisches Kalkül vollkommen legitim ist, müssen wir genau darauf achten, dass die Debatte über Migration nach Deutschland nicht nur unter ökonomischen Aspekten geführt werden darf.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wirtschaftlich begründete Einwanderung - also die so genannte Greencard - ist nur eine Dimension. Zur **Zuwanderung** gehört ebenso, dass politisch verfolgte Menschen **Zuflucht** bei uns finden können. Asylbewerberinnen und Asylbewerber können aber keinen wirtschaftlichen Beitrag leisten, denn sie dürfen nicht arbeiten. Gerade weil hier ganz andere Voraussetzungen vorliegen, müssen Einwanderung und Asyl auch in Zukunft klar getrennt bleiben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rohwer.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Ich glaube, das wird nirgendwo so deutlich wie im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Der **Standort Schleswig-Holstein** und sein wirtschaftlicher Erfolg wären gar nicht denkbar, ohne dass Ausländer bei uns als Unternehmensleiter, Krankenschwester, Wissenschaftler oder Einzelhändler arbeiteten, ohne dass ausländische Unternehmen bei uns in Deutschland und in Schleswig-Holstein investierten und ohne dass schleswig-holsteinische Unternehmen im Ausland investierten. Insofern bietet dieser Antrag eine gute Gelegenheit, fraktionsübergreifend und unter Einschluss der Landesregierung zu bekräftigen, dass uns **ausländische Arbeitskräfte** willkommen sind. Wir brauchen sie.

(Beifall im ganzen Haus)

Das wird in Zukunft noch viel deutlicher werden. Wir wissen, wie die **demografische Entwicklung** verlaufen wird: Drastischer Rückgang und Alterung der deutschen Bevölkerung und überproportionaler Rückgang der deutschen Erwerbsbevölkerung. Wir wissen auch, dass unsere Wirtschaft Qualifikationen benötigt, die durch Inländer in der nächsten Zeit nicht vollständig abgedeckt werden können. Insofern ist es keine Frage. Die Überschrift des Antrags ist richtig. Die Landesregierung - ebenso wie jeder vernünftige Mensch - stimmt ihr zu. Für mich ist es auch keine Frage, dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen. Wir brauchen es nicht mit dem Ziel der Verringerung, sondern mit dem Ziel der Steigerung von Zuwanderung.

Ich werde den Bericht gern geben, weil das Ziel richtig ist. In vereinzelten Fällen wird es schwierig sein, die geforderten **Daten** zu beschaffen. Wenn diese Daten eigens erhoben werden sollten, so würde das einem Arbeitsbeschaffungsprogramm gleichkommen. Ich schlage daher vor, dass wir uns bei der Antwort auf die Daten beschränken, die wir mit vertretbarem Aufwand aufbereiten können. Konzentrieren wir uns dann auf die eigentlichen Fragen, nämlich die politischen Konsequenzen.

Worum geht es letztlich? Es geht um die Frage: Wie schaffen wir nicht nur die gesetzlichen Voraussetzungen, sondern auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, dass wir Zuwanderung in angemessener Höhe verkraften und integrieren können. Es geht übrigens auch um die Frage, was angemessen heißt.

Es gibt eine sehr interessante Studie der United Nations. Diese Zahlen muss man kennen. Wollte man die

**(Minister Dr. Bernd Rohwer)**

derzeitige Wohnbevölkerung in Deutschland über die nächsten 50 Jahre konstant halten, dann müssten 17,2 Millionen Menschen einwandern. Wollte man den Altersquotienten konstant halten, müsste man 181,5 Millionen Menschen einwandern lassen. Das kann man kaum glauben. Wollten wir die Erwerbsbevölkerung konstant halten, bräuchten wir 24,3 Millionen Einwanderer. Ich glaube, diese Zahlen machen deutlich, über welche Dimension des Problems wir sprechen. Herr Kayenburg, Sie haben völlig Recht, es geht weit über die engere Problematik hinaus.

Die Frage ist: Wie schaffen wir es überall in Deutschland - und auch in Schleswig-Holstein -, ein tolerantes und ausländerfreundliches Klima zu sichern, das Einwanderung in einem größeren Umfang möglich macht? Wir brauchen einen **Arbeitsmarkt**, der für ausländische Arbeitskräfte offen ist. Wir brauchen einen **Wirtschaftsstandort**, der nicht nach Hautfarbe oder Gehaltsklasse unterscheidet. Dafür müssen Arbeitskräfte willkommen sein. Es darf nicht sein, dass Ausländer zusammengeschlagen werden, es darf nicht sein, dass Synagogen angezündet oder geschändet werden. Es darf nicht sein, dass Moscheen angezündet werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir müssen auch dem Ausland das klare Signal geben: Deutschland - und Schleswig-Holstein - sind humane Länder mit humanen Gesellschaften. Dafür müssen wir viel mehr tun. Ich werde Ihnen einen Bericht geben, der sicherlich einige Fakten zusammenstellen wird. Ich werde mir aber auch erlauben, aus diesen Zahlen einige Folgerungen zu ziehen, die wir dann gemeinsam - ich hoffe auch fraktionsübergreifend - diskutieren können.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordnete Roswitha Strauß zu einem Kurzbeitrag das Wort.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Debattenbeitrag von Minister Rohwer als sehr wohltuend empfunden. Ich denke, dass wir einen Schritt vorangehen, wenn wir die Dinge auf dieser Basis diskutieren.

Herr Kollege Steenblock, Sie haben es vorgezogen, in Bezug auf den **Begriff Leitkultur** Ihre Polemik zum Ausdruck zu bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, ich danke Ihnen. Ich lese Ihnen Teile eines Artikels von Professor Birg vor, der am 12. November 2000 in der Zeitung „Welt am Sonntag“ erschienen ist, damit wir in dieser Frage ein wenig sachlicher miteinander umgehen können.

„Frage: Was halten Sie von dem Begriff Leitkultur?“

Professor Birg: Wenn er ernst gemeint ist, dann bejahe ich ihn. Wenn er als ein politischer Kampfbegriff, sozusagen als leichte Münze, verwendet wird, dann kann ich mich nur wundern. ... Der Begriff Leitkultur ist wichtig, wenn man wirklich an den Inhalten interessiert ist. Denn je divergierender eine Gesellschaft wird, je inhomogener, desto wichtiger ist natürlich der gemeinsame Nenner.

Und zum Begriff Leitkultur gehört viel mehr als im Moment diskutiert wird. Ich denke, es gehört die Frage dazu, wie ernst man es erstens mit der Gleichberechtigung der Frauen meint. Die haben wir uns auch schwer errungen. Aber es wird vergessen, dass auch andere Dinge wie Korruptionsfreiheit der Politik und Verwaltung außerhalb Deutschlands, insbesondere in den Dritte-Welt-Ländern, aus denen inzwischen die Mehrzahl der Zugewanderten kommt, keineswegs selbstverständlich sind.“

Ich denke, das sind die Probleme, über die wir miteinander reden müssen. Ich bitte darum, eine dümmliche Diskussion über den Begriff Leitkultur nicht weiter in diesem Parlament zu verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Klaus-Peter Puls das Wort.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich auf ein Zitat aus den „Uetersener Nachrichten“ vom 8. November 2000, die über einen Vortrag des Landtagsabgeordneten - und unseres Vizepräsidenten - Thomas Stritzl berichteten:

(Zurufe von der CDU)

**(Klaus-Peter Puls)**

„Souverän und kenntnisreich bis ins Detail argumentierte der Kieler Christdemokrat Stritzl.“

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Er benutzte das Wort ‘Leitkultur’ nicht einmal, machte aber deutlich, was er davon hält. Reizvokabeln hätten für ihn nichts in der Diskussion zu suchen. Es gehe darum, einen möglichst breiten Konsens in der Gesellschaft über die Ausländerpolitik der Zukunft zu finden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde beantragt, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der F.D.P. - Drucksache 15/517 - seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bevor wir zum Ende der Sitzung kommen, möchte ich noch zwei geschäftsleitende Bemerkungen machen. Tagesordnungspunkt 16 wird heute nicht mehr aufge-

rufen, sondern auf die morgige Sitzung vertagt. Wir werden morgen mit diesem Punkt beginnen.

Darüber hinaus hat sich der Abgeordnete Rainer Wiegard zu einer persönlichen Erklärung gemeldet.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Wort Leitkultur habe ich nicht verwendet, aber ein anderes Reizwort, wie mir scheint. Wenn ich das Protokoll von gestern sorgfältig nachlese, stelle ich fest: Ich habe in der Auseinandersetzung mit Ihnen, Kollege Astrup, im Zusammenhang mit den Konsequenzen für die Gemeinden aus den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes das Wort „schmutzig“ verwendet. Ich hatte nicht die Absicht, die Handlungen der Landesregierung mit kriminellen Machenschaften zu vergleichen. Ich bedauere diesen Ausdruck, ziehe ihn zurück und entschuldige mich bei Ihnen.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Präsidium bedankt sich für die honorige Erklärung des Kollegen Wiegard.

Damit sind wir am Ende des heutigen Sitzungstages angelangt. Ich wünsche allen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:01 Uhr**